

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Winter 2007
Nr. 154, 36. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Ausverkauf des Staates

Die Ergebnisse der Großen Koalition nach rd. einem Jahr sind widersprüchlich. Der Prozeß der Umverteilung von unten nach oben wird fortgesetzt. Insofern hat sich im Prinzip gegenüber der rot/grünen Regierungspolitik nichts geändert. Im Vergleich zur Agenda-2010-Politik Schröders aber geschieht dies mit deutlich mehr Unbehagen bei beiden Koalitionsparteien. Hatte Schröder noch großspurig von einem Durchbruch getönt; hatte die Mehrheit der SPD noch von baldigen Erfolgen des Forderns und Förderns gegen die Arbeitslosigkeit geträumt (oder dies zumindest vorgetäuscht), so macht sich nun immer mehr Ernüchterung breit. Die CDU/CSU war im Wahlkampf als Vertreterin einer reinen neoliberalen Lehre angetreten. Einheitssteuern (Kirchhof), Kopfpauschale bei der Gesundheitsreform und Erhöhung der Mehrwertsteuer (allerdings „nur“ um 2 %) sollten zum Wirtschaftsaufschwung und damit ebenfalls zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen. Die Erwartungen der CDU/CSU, durch dieses Programm einen großen Wahlerfolg zu erreichen, wurden enttäuscht. Gerade mal ein kleiner Vorsprung vor den Sozialdemokraten war drin.

Die Erwerbslosigkeit sinkt nur geringfügig und das auch vor allem wegen statistischer Tricks (vgl. „Umverteilen nach alten Rezepten“ aus Arsti Nr. 153, Herbst 2006). Abbau

der Massenarbeitslosigkeit versprochen Union wie SPD bei Einhaltung einer strikt neoliberalen Politik. Diese Legitimation des Sozialabbaus blieb aus.

Die mühsam ausgehandelten Kompromisse des Koalitionsvertrags, die zudem häufig Leerformeln blieben, zeigen wenig Wirkung.

Die Folgen für beide Koalitionen sind: Weiterer Mitgliederverlust, weiteres Abbröckeln und bestenfalls Stagnation bei der Wählerbasis. Die Wahlbeteiligung sank bei den bisherigen Landtagswahlen kontinuierlich weiter. Ein Teil der Wähler wandert zur NPD ab. Die Stimmung im Lande ist trist. Die Kanzlerin war mit einigen Vorschußlorbeeren in den Meinungsumfragen bedacht worden, doch die Umfragewerte schmelzen dahin. Sie teilt dieses Schicksal mit

der politischen „Klasse“ generell. Auch die SPD-Führung verliert weiter an Zustimmung in den Umfragen.

Wenn seit Monaten über die Modalitäten der Gesundheitsreform gestritten wird, dann ist das auch darauf zurückzuführen, daß Union und SPD dem jeweils anderen Koalitions„partner“ den größeren Teil der Schuld an der Mehrbelastung für die Versicherten zuschieben wollen. In den Parteien läuft die Profilierung für die nächste Bundestagswahl. Doch im Prinzip sind sich alle einig: Schont die Pharma- und Geräteindustrie; schröpft die Versicherten!

Union und SPD entdecken den Sozialstaat wieder. NRW-Ministerpräsident Rüttgers will älteren Arbeitslosen das Alg I länger bezahlen.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- Ausverkauf des Staates	Seite 1
- Zum 100. Geburtstag unseres Genossen Isi Abusch	Seite 6
- Die Jahreskonferenz der Gruppe	Seite 7
- Gewerkschaften 2006	Seite 7
- Zum neuen DKP-Programm	Seite 13
- Bericht zur neuen Situation in Großbritannien	Seite 21
- Spanien: Sozialismus a la Sozialdemokratie	Seite 23
- Tschechien – doch eine blaue Republik?	Seite 28
- Nachdrucke: - Ungarn 1956	Seite 30
- - Katastrophe im Gaza-Streifen	Seite 39
- Rezension: ein lebenslanger Außenseiter – Fritz Lamm	Seite 40

In eigener Sache

Seit dem Erscheinen der letzten Nummer hat sich manches ereignet, das zu analysieren und zu kommentieren durchaus wichtig wäre. Doch fehlen uns sowohl die Kraft als auch der Raum in der Zeitschrift, um z.B. die Schlappe der Republikaner und der Bush-Clique bei den Wahlen in den USA zu behandeln, wie auch das immer deutlicher werdende Scheitern dieser Regierung im Irak und in Afghanistan.

Wir mussten uns auf die Jahreskonferenz der Gruppe konzentrieren und drucken die dort gehaltenen Referate ab. Dabei ging es um die Entwicklungen bei den Gewerkschaften und in den Betrieben, die zu immer größerer Sorge Anlaß geben. Ein anderes Thema war das Parteiprogramm der DKP, wobei wir uns darauf beschränkt haben, einige uns besonders wichtig erscheinende Punkte herauszugreifen. Ein Freund aus Großbritannien schildert die dortige politische Lage.

Unser Kopftitel zur Innenpolitik stellt eine wichtige Erscheinung in den Mittelpunkt: „Den „Ausverkauf des Staates“. Gesundheits- und Rentenreform werden wir in einer der nächsten Nummern unserer Zeitschrift abschließend kritisieren, wenn die endgültige Form dieser Umverteilungsmaßnahmen feststeht.

Aus Anlaß des 100. Geburtstags unseres 1991 verstorbenen Genossen Isi Abusch erinnern wir an die von ihm verkörperte Tradition der KPO und würdigen sein Wirken für die Gruppe.

Wir haben in der Herbstnummer und auch in einigen Veranstaltungen unsere Sicht des Spanischen Bürgerkrieges und die Rolle der Poup aufgearbeitet. In dieser Nummer gehen wir mit einem Bericht eines früher hier ansässigen Sympathisanten, der jetzt in Spanien lebt, auf die aktuelle politische Situation in Spanien ein.

Wir haben einige Nachdrucke ausgewählt, die uns sehr aussagekräftig erscheinen. Im „Freitag“ stand ein Artikel des israelischen Friedenskämpfers Uri Avneri über die humanitäre und politische Katastrophe im GAZA-Streifen, der wohl bei jedem Leser Erschütterung und Empörung auslöst.

Die bürgerlichen, antikommunistischen Medienmonopole („Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden“) tun alles um die geschichtliche Vergangenheit in ihrem Sinn zu verdrehen und den Kommunismus zu diskreditieren. Da kam der 50. Jahrestag des „Ungarn-Aufstandes“ gerade recht, um wieder mal die westliche „Freiheit“ hochleben zu lassen. Von der grausamen Verfolgung der Kommunisten und Staatsangestellten wurde nur am Rande oder gar nicht berichtet. Auf der anderen Seite gibt es „Kommunisten“, die immer noch die stalinistische Rákosi-Tyrannie herunterspielen. Siegfried Prokopp hat im „Freitag“ klargestellt: „Es gehörte zur bitteren Bilanz der Rákosi-Ära, dass von 1948 bis Mitte der fünfziger Jahre mehr Kommunisten in Lagern und Gefängnissen star-

ben als unter der 25-jährigen Diktatur Admiral Horthys bis 1944.“ Der ungarische Volksaufstand war einerseits zu Beginn ein Ansatz für einen neuen Sozialismus (Arbeiterräte, Petöfi-Kreis, Georg Lukács) und endete andererseits im weiteren Verlauf in der Konterrevolution und der Niederlage. Näheren Einblick geben unsere Nachdrucke aus „Leipzigs Neue“ und aus einer alten Arbeiterpolitik vom Dezember 1956. Dort werden unter der Überschrift „Erfüllung und Tragödie“ die Ereignisse in Polen und Ungarn gegenübergestellt. In Polen hatte sich der Reformkommunist Gomulka durchgesetzt (Erfolg), während in Ungarn die Kräfte um Imre Nagy gezwungen waren die sozialistischen Grundlagen preiszugeben (Tragödie).

In einer Rezension wird das politische Leben des ehemaligen „Funken“-Herausgebers Fritz Lamm gewürdigt, der auch Beziehungen zu unserer Gruppe hatte.

Vom 17. bis 19. November fand die 11. linke Literaturmesse in Nürnberg statt. Wir haben uns wie auch in den letzten Jahren mit einem Stand beteiligt, der auch Anklang fand. Die Gruppe möchte sich an dieser Stelle bei den Veranstaltern für ihre verdienstvolle Arbeit bedanken.

Wir danken wieder allen Zahlern und Spendern. Bitte die Begleichung des Abonnements für 2007 nicht vergessen. Wir schicken keine Rechnungen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presderechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften:
Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail:
redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung:
Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Das wäre diesen zu gönnen, wenn das Geld nicht bei Jüngeren und Menschen mit unterbrochener Berufslaufbahn abgenommen würde. SPD-Chef Beck entdeckt dafür den guten alten Investivlohn wieder. Jetzt rütteln sie alle – bei Fortführung des bekannten Sozialabbaus.

Die Medien, die vor einem Jahr die schwarz/gelbe Koalition mit aller Macht herbeischreiben und -senden wollten, sind etwas kleinlauter geworden. Themen, die vor noch nicht langer Zeit tabu waren, lassen sich nicht mehr länger unterdrücken. Die zunehmende relative Armut, das Bestehen und die Zunahme einer Unterschicht werden aufgegriffen. Zwar ist die Existenz einer Unterschicht (vor allem was mangelnde Qualifikation anbelangt) schon länger bekannt. Die Bundesregierung läßt schließlich seit rund 5 Jahren Armutsberichte erstellen. Die wurden aber wenig beachtet. Überschuldung ist ebenfalls keine neue Erscheinung.

Die Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zu Ungunsten der Arbeiterklasse, einschließlich Rentnern und Erwerbslosen zu Gunsten des Kapitals ist offensichtlich und ist, geht es nach dem Willen der Großen Koalition, noch längst nicht beendet. Doch sind weniger direkt auffällige Methoden gefragt.

Privatisierung

Doch ist dies das einzige politische Ergebnis neoliberaler Politik? Mehr Aufmerksamkeit als bisher verdient m. E. der schleichende Übergang ökonomischer und damit auch politischer Macht vom Staat direkt auf das Kapital – vor allem auf die großen transnationalen Konzerne. Der Staat ist zwar „entstanden aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse...“ (Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates), doch übte der bürgerliche Staat diese Agententätigkeit bisher in großem

Maße direkt und als scheinbar über den Klassen schwebende Institution aus. In der Privatisierung wichtiger Lebensbereiche übernimmt das Kapital **direkt** die Herrschaft – jedenfalls mit einer zunehmenden Tendenz. Für die „politische Klasse“ hat dies zudem den Vorteil, daß Löcher im Staatshaushalt gestopft werden, ohne daß unpopuläre Steuererhöhungen erforderlich werden. Zwar gibt es auch Proteste gegen Privatisierungen – vor allem von den Beschäftigten bzw. Mietern der jeweiligen Unternehmen, die in so gut wie allen Fällen Nachteile zu erwarten haben, doch bleiben diese meist begrenzt.

Die folgende Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Energiewirtschaft



Mit der Freigabe der Energiepreise von staatlicher Aufsicht, der Privatisierung von Energieerzeugung und der Leitungsnetze vor allem in Ostdeutschland bildeten sich die 4 großen Energiekonzerne E.on, EnBW, RWE und Vattenfall heraus. Kurzfristig sanken die Strompreise auch für die Verbraucher. Seither steigen sie unaufhörlich. Die anfänglichen Preissenkungen sind um ein

mehrfaches ausgeglichen. Der Besitz der Leitungsnetze schafft Gebietsmonopole und ermöglicht den 4 Konzernen hohe Monpolgewinne. Zwar kann der Verbraucher theoretisch auf andere Anbieter ausweichen, doch dazu braucht man gute Nerven, da die Herren über die Transportwege den Wechsel verteuern und erschweren können.

Bis Mitte 2007 müssen die Landesregierungen noch Preiserhöhungen genehmigen, doch schon jetzt steht diese Eingriffsmöglichkeit weitgehend auf dem Papier. Wenn eine Landesregierung zögert, Preiserhöhungen zuzustimmen (wie das hessische Wirtschaftsministerium in diesem Jahr), wird nicht nur mit rechtlichen Schritten sondern auch mit „Investitionsstreik“ gedroht. Das Kapital dieser Branche erpreßt offen den Staat, zeigt wer der Herr ist und macht die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und eine wichtige Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Produktion zu seiner Geisel.

Dabei hat das shareholder-value-Prinzip der möglichst kurzfristig zu steigenden Gewinne und Börsenwerte schon jetzt dafür gesorgt, daß notwendige Investitionen in das Leitungsnetz offensichtlich vernachlässigt wurden. 2005 fiel im Münsterland für mehrere Tage der Strom aus. Die Wetterverhältnisse waren zwar in der Tat ungewöhnlich, doch die zusammengebrochenen Strommasten waren aus den fünfziger Jahren und aus minderwertigem Stahl. Sie hätten längst erneuert werden müssen. Am 4. auf 5. November d. J. fiel in weiten Teilen West-, Mittel- und Südeuropas für rd. 1 Stunde

der Strom aus. Die Schutzbehauptung des E.on-Vorstands, „*menschliches Versagen*“ sei schuld, ist sehr umstritten. Selbst wenn Fehler gemacht wurden, was immer möglich ist, fehlte es offenbar an Reservekapazitäten.

Nicht mehr der Staat stellt die Versorgungssicherheit der Bevölkerung (und auch der Produktion) her; mächtige Kapitale üben unmittelbar Herrschaft aus.

Wasserversorgung

Wie die Strom- und Gasnetze soll nach den Wettbewerbsregeln der EU auch die Wasserversorgung privatisiert werden. Viele Kommunen wehren sich noch. Doch langfristig scheint die Entwicklung in diese Richtung zu gehen. Die Folgen werden ähnlich wie bei Strom und Gas sein. Die Thames Water Inc., der die Wasserleitungen rund um London gehören, ließ das Leitungsnetz so verrotten, daß große Teile des Wassers versickern, was im Dürrejahr 2006 in England die Versorgung der Bevölkerung ernsthaft beeinträchtigte. Investitionen in Versorgungssicherheit schmälern eben die Profite. Das ist nicht nur bei Hedge-Fonds (u. ä.) unwillkommen sondern bei jedem privaten Betreiber.

Public private Partnership

Straßen und öffentliche Gebäude, Krankenhäuser und Tunnels werden von privaten Finanzanlegern finanziert und für eine Reihe von Jahren an den Staat praktisch vermietet (geleast). Das entlastet kurzfristig die staatlichen Haushalte und ermöglicht Investitionen in öffentliche Einrichtungen, die vor allem von den Gemeinden sonst nicht finanziert werden könnten. Da die privaten „Partner“ aber auch zu rechnen verstehen, sind die staatlichen Entgelte so bemessen, daß noch beträchtliche Gewinne für die Finanzinvestoren zu Lasten der Steuerzahler bzw. der „Kunden“ übrigbleiben. Selbstverständlich nehmen die Investoren auch Einfluß auf die öffentliche Planung. Schließlich dürfen nur solche Projekte finanziert werden, die Profit abwerfen. Gesetzliche Einschränkungen dieses Einflusses der Privaten gelten als Diskriminierung. *„Vordringlich sind die Beseitigung der Diskriminierung von Public Private Partnership (PPP), zum Beispiel im Krankenhausfinanzierungs- und Sozialhilfegesetz, im Investmentgesetz und im Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz und neue gesetzliche Bestimmungen die sicherstellen, daß insbesondere auch der Mittelstand von PPP profitieren kann.“* (Koalitionsvertrag, S. 22)

Bildung

Berufliche Weiterbildung ist schon jetzt fast vollständig in der Hand privater Firmen. Jetzt erfolgt der Zugriff des Kapitals auf die Hochschulen. Auf die Studierenden wirkt sich das in zweifacher Hinsicht aus (vgl. *Arsti* Nr. 153, Herbst 2006, „Bildung als Ware“, S. 17 ff). Zunächst zur Belastung für die Studierenden:



Studiengebühren sollten nach Meinung aller Koalitionsparteien nicht allein die heruntergekommenen Hochschulen finanziell sanieren; auch die Studenten sollten freudig zahlen, weil sie dann von einer besseren Lehre profitieren würden. Bei den Ländern (Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen), die als erste Studiengebühren einführten, sanken 2006 die Ersteinschreibungen um bis zu 5 %. Es gibt zwar m. W. noch keine Untersuchungen, wieviel Abiturienten, die nicht studieren, aus Arbeiter- oder anderen geringverdienenden Haushalten kommen, aber die Vermutung ist wohl nicht zu kühn, daß dies die Mehrheit sein wird. Dafür konkurrieren diese Abiturienten nun um die ohnehin raren Ausbildungsplätze mit.

Dies wird auch von liberalen Medien aufgegriffen und muß von Politikern kommentiert werden.

Weniger ins allgemeine Bewußtsein gedrungen, aber als logische Konsequenz aus dem Prozeß der zunehmend zur Ware gemachten Bil-

dung ist absehbar: Der direkte kapitalistische Einfluß auf Bildung und Wissenschaft wird zunehmen. Zwar gab es schon bisher Einflußnahme von Unternehmen als Gegenleistung für größere Spenden für einzelne Institute oder Hochschulen. Doch wird sich die als „Bologna-Prozeß“ bezeichnete – zunächst nur informelle – Entwicklung **auch** wegen der Studiengebühren weiter durchsetzen. Wenn für Bildung (zunächst noch nicht kostendeckend) kaufkräftige Nachfrage durch Studiengebühren und/oder staatliche Subventionen besteht und Mehrwertproduktion und -realisierung möglich erscheint, wird die Fortsetzung der Privatisierung (vermutlich mit höheren Gebühren) nicht auf sich warten lassen: *„Steht es frei, ein Beispiel außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion zu wählen, so ist ein Schulmeister (oder Professor, Anm. d. Verf.) produktiver Arbeiter, wenn er nicht nur Kinderköpfe bearbeitet, sondern sich selbst abarbeitet zur Bereicherung des Unternehmers. Daß letzterer sein Kapital in einer Lehrfabrik angelegt hat, statt in einer Wurstfabrik, ändert nichts an dem Verhältnis.“* (Marx, Das Kapital Bd. 1, Kap. 14)

Der Prozeß muß nicht auf Hochschulen beschränkt bleiben. Aus den USA wurde bekannt, daß eine Firma „Edison Inc.“ bereits über 1000 Schulen in eigener Regie betreibt. Die Gemeinden zahlen Festbeträge je Schüler/in und schaffen sich damit ihre Verpflichtung zur Gewährleistung von Mindestnormen von Ausbildung und ggf. lästige Forderungen der Eltern vom Hals. Der Kapitalist behandelt die Schulen als „Lernfabriken“ mit einem Minimum an „Schulmeistern“ und Lehrmitteln und eignet sich den Mehrwert an. M. W. existiert in Deutschland noch kein Konzern dieser Art. Es gibt aber Privatschulen (z. Zt. rd. 2.800) mit hohen Schulgeldern für reicher Leute Kinder bzw. religiöser und weltanschaulicher Orientierung, die nach dem gleichen Prinzip wirtschaften.

Wohnungen

Hunderttausende von Wohnungen aus dem Besitz des Staates oder früher staatseigener Betriebe (Bahn, Post usw.) wurden in den letz-

ten Jahren an große Investmentgesellschaften verkauft. „Haushaltslöcher“ wurden aus den Erträgen gestopft und/oder Verschuldung abgebaut. Die Mieter der meist einfachen Wohnungen mit erträglichen Mieten wurden ruhig gestellt, indem man ihnen nur geringe Mieterhöhungen versprach. Solchen Zusagen ist grundsätzlich zu mißtrauen. Schließlich kaufen Immobiliengesellschaften die Wohnungen nicht aus Menschenliebe. Häufig werden die einschlägigen Verträge so abgefaßt, daß sie bei Weiterverkäufen nicht mehr gelten. Eintragungen ins Grundbuch, die die Mieter sicherstellen würden (Grundlast), werden m. W. nirgends vorgenommen.

Die Immobiliengesellschaften streben in der Regel Weiterverkauf zu deutlich höheren Preisen entweder einzeln als Eigentumswohnungen oder auch insgesamt an.

Doch selbst wenn die Zusagen über Miethöhen eingehalten werden, haben die privaten Käufer eine Fülle von Möglichkeiten, Profite zu Lasten der Mieter oder Käufer zu machen. Neben Senkung der Kosten für Hausverwaltungen sind das Unterlassen oder Hinausschieben notwendiger Instandhaltungen ein beliebtes und einträgliches Mittel.

Das erfolgreiche Volksbegehren in Freiburg gegen den Verkauf städtischer Wohnungen ist daher kein Erfolg von Populismus sondern von sehr berechtigten Interessen der Mieter.

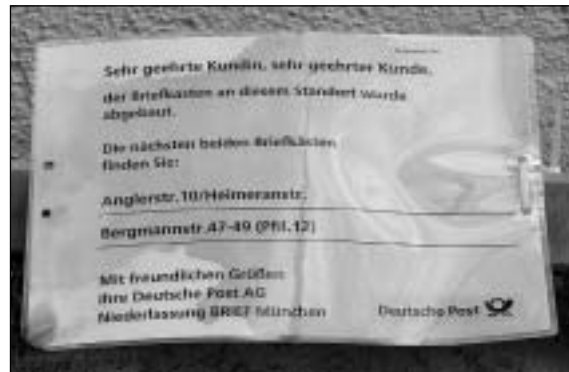
Bahn und Post ...

...sind von Staatsbetrieben zu Aktiengesellschaften geworden. Wie bei allen Privatisierungen folgte massiver Personalabbau und Verschlechterung der Leistungen für die Kunden. Ich erspare den Lesern Einzelheiten, da diese allgemein bekannt sein dürften..

Die Einsparungen, auch Verschlankung genannt, waren bzw. sind notwendig um diese Betriebe verkäuflich zu machen. Niemand kauft Aktien, die nur geringe oder keine Dividende abwerfen – außer Kleinanlegern, die durch betrügerische Werbefeldzüge hereingelegt wurden, wie bei der Telekom. Ob die Bahn mit

oder ohne Schienennetz an die Börse gehen wird, damit möglichst fette Erlöse in die Staatskasse fließen können, ist z. Zt. noch unklar. Die bis Redaktionsschluß vom Bundesverkehrsminister vorgestellte Konstruktion scheint mir nicht sehr tragfähig zu sein.

Ausweitung der Mehrwertproduktion



Sättigung der Märkte in den entwickelten Ländern, Stagnation bzw. Senkung der Masseneinkommen machen die Realisierung des produzierten Mehrwerts problematisch. Das Kapital sucht nach Ausweitung der Mehrwertproduktion in Bereiche, die bisher als kostenlose staatliche bzw. Leistungen zum Kostpreis erbracht wurden. Durch umfangreiche Privatisierungen erschließt sich das Kapital die oben genannten und andere Produktionssphären, macht sie zu Teilen der Warenproduktion und legt überschüssiges, d. h. in der bisherigen Produktion nicht benötigtes, deshalb auch nicht oder nur abgeleitet „Mehrwert heckendes“ Kapital profitabel an.

Zugleich ist auch dieser Prozeß Bestandteil der Umverteilung von unten nach oben. Die Kapitaleigner profitieren; die Arbeiterklasse einschließlich Rentnern und Erwerbslosen zahlen in Gestalt von Gebühren, Steuern, Maut usw. drauf.

Mobilisierung gegen diese Seite der Umverteilung ist schwierig. Die direkt Betroffenen sind als Studenten, Bahn- und Postarbeiter bzw. -angestellte, Mieter oder Verbraucher zwar zu Demonstrationen, Zahlungsverweigerungen der Gas und Stromrechnungen, Unterschriftenaktionen und bestenfalls Volksbegehren zu aktivieren; doch ist den weitaus meisten der Zusammenhang der unter-

schiedlichen Privatisierungen mit der Umverteilungspolitik nicht klar.

Ein umfassender Widerstand, der auch Stilllegungen der Produktion, also politische Streiks einschließen müßte, wird schwer zu erreichen sein. Zwar gibt die EU-Sozialcharta auch Möglichkeiten für politische Streiks, die bisher in Deutschland verboten waren, doch machen die Gewerkschaften keine Anstalten, von dieser Erweiterung des Streikrechts

Gebrauch zu machen oder sie auch nur ins Gespräch zu bringen. Ohne Gewerkschaften wird aber einheitlicher Widerstand großer Teile der Lohnabhängigen und der betroffenen Bevölkerung allgemein nur schwer zu organisieren sein.

Zu den vielen Aufgaben kommunistischer aber auch reformistischer Linker wird es gehören, diese Zusammenhänge zu erklären und damit Wider-

stand über dumpfe Verdrossenheit, Wahlenthaltung oder gar Unterstützung für Nazis hinaus zu ermutigen.

Stand: 30. 11. 2006

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In akt. Ausgabe (9-10/06) u.a.:

- ◆ express-Redaktion: »Wir freuen uns auf's Büro«, über die Produktionsbedingungen des express
- ◆ kmii: »Keine Geduld mehr für Geduldete« – MigrantInnen zwischen Arbeitszwang und Arbeitsverbot
- ◆ Erik Wagner-Fallasch: »Blick über den Tellerrand statt Tarifkonkurrenz« – Zum Streik der Ärzte
- ◆ »Millionen arbeiten auf ALG-II-Niveau«, Ergebnisse einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung
- ◆ Thorsten Schulten: »Gesetzliche und tarifvertragliche Mindestlöhne in Europa«, vergleichender Überblick
- ◆ Donna McGuire: »WorkChoices – Keine Wahl für Arbeiter«, australische Arbeitsgesetzgebung als Prototyp der Individualisierung

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. V.k.)

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de

Zum 100. Geburtstag unseres Genossen Isi Abusch

Am 12. Mai 2006 wäre unser 1991 verstorbener Freund und Genosse Isaak Abusch 100 Jahre alt geworden. Wenn wir seiner heute gedenken, so auch deshalb, weil die Gruppe und viele der heute noch aktiven Mitglieder mit ihm besonders verbunden waren, und er bis ins hohe Alter seinen Teil zur Stärkung unseres kleinen Kreises beitrug. Auch nach der „Wende“ hielt er weiter am Marxismus fest und an unserer Aufgabe der Kaderbildung, auch unter nun schwierigsten Verhältnissen.

Seine Person verkörpert sowohl die Tradition der KPO (Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition), die Tradition der alten Arbeiterbewegung in der Weimarer Kampfzeit, als auch die Zeit des Neubeginns nach Nazi-Diktatur und II. Weltkrieg in der „Gruppe Arbeiterpolitik“, später dann in der „Gruppe Arbeiterstimme“. Für uns Jüngere war er das Scharnier zwischen der kommunistischen Bewegung von einst mit ihren Höhen und Tiefen und unserem mühseligen Versuch des Aufbaus marxistischer Kader in Westdeutschland, trotz des schwindenden Klassenbewußtseins der Massen.

Isi konnte aus seiner Vergangenheit Kostbares vermitteln: Da stand an der Spitze das selbständige Denken, seine grundsätzlich kritische Einstellung gegenüber allen politischen Aussagen. Die machte auch vor Autoritäten nicht halt. Sachkundigkeit, Sachlichkeit und ständiges Bemühen um marxistische Weiterbildung waren für ihn, der persönlich sehr zurückhaltend war, die Voraussetzung dafür.

Isi, der in der kommunistischen Bewegung nie Führungspositionen eingenommen hatte, wusste, ohne dazu gedrängt zu werden, selbständig zu handeln, Aufgaben zu übernehmen, die man wahrlich „die Mühen der Ebenen“ nennen kann. So hatte er in der KPO und in der Gewerkschaft die undankbare Aufgabe bei den Mitgliedern die Beiträge zu kassieren übernommen. Er musste jahrelang jeden Tag um vier Uhr früh aufstehen, um zusammen mit seinem Bruder vor der Arbeit an 38 Abonnenten die „Arbeiterpolitik“ aus-

zuliefern. Abends kam die Kleinarbeit im Parteibüro seiner Heimatstadt Leipzig, das unter der Leitung von Paul Böttcher und Arthur Lieberasch stand. Als die Nazis die Gewerkschaftshäuser stürmten, war Isi bereit, mit anderen das Gewerkschaftshaus zu verteidigen. Isi war Mitglied in der „Jüdischen Arbeitsgemeinschaft“, die antizionistisch und antireligiös war. Er war schon als Lehrling in der Gewerkschaft tätig. 63 Jahre wirkte er als Kommunist, auch im Exil. Nach der Machtergreifung der Nazis und später als französischer Kriegsgefangener der Nazis war er als Jude besonders gefährdet.

Daß Isi die vielen Bedrohungen und Enttäuschungen (auch in der eigenen Bewegung) durchstand und bis zuletzt kommunistisch organisiert blieb, dazu haben seine theoretischen und psychologischen Kenntnisse sehr beigetragen. Sich als Arbeiter so zu qualifizieren war damals nicht einfach. Er beschäftigte sich mit Broschüren der marxistischen Klassiker, in der Psychologie vor allem mit Alfred Adler. Doch sah er die Psychologie nur als Hilfsmittel der Politik. In seinen jüngeren Jahren mußte er zu seinem Erschrecken feststellen, wie in der Politik der damaligen KPD-Führung taktisches Vorgehen vernachlässigt wurde.

Demgemäß waren Broschüren von Heinrich Brandler nur noch der Auslöser, von der KPD mit ihrer verheerenden Sozialfaschismustheorie und RGO-Politik (Gewerkschaftsspaltung) zur KPO überzutreten, die aber nur einige Tausend Mitglieder umfasste. Leider war die KPO zu schwach, das politische Verhängnis mittels der von ihr vertretenen Einheitsfrontpolitik aufzuhalten. Es war bitter, Recht zu behalten und den kampfflosen Zusammenbruch der SPD (reformistisches Zurückweichen) und der KPD (ultralinke Spaltung der Arbeiterbewegung) vor den Faschisten erleben zu müssen.

Isi musste mit anderen Genossen 1933 nach Paris ins Exil flüchten. Dort befanden sich schon etwa 20 KPO-Genossen und -Genossinnen, der größte Teil der KPO-Führung. In den fünf Jahren des Exils entwickelte sich eine enge

Freundschaft zu Claire und August Thalheimer, auch zu „Heinz“ Brandler und anderen. In vielen Diskussionen konnte Isi seine theoretischen und politischen Kenntnisse erweitern.

Nach dem Krieg lebte er in Frankfurt, nachdem er Friedl in London geheiratet hatte. Beide waren politisch auf einer Linie und schlossen sich der „Gruppe Arbeiterpolitik“ als KPO-Nachfolgeorganisation an. Wie viele andere Altgenossen wurden sie Ende der sechziger Jahre wegen politischer Differenzen aus der Arpo ausgeschlossen. Beide wurden 1971 zu Gründungsmitgliedern der *Gruppe Arbeiterstimme* und machten kontinuierlich Kleinarbeit für die gleichnamige Zeitung und für die Redaktion. Wir erlebten auf vielen Jahreskonferenzen die Diskussionsbereitschaft Isis. Die Zuverlässigkeit Friedls und Isis war sprichwörtlich. Nach dem Tod von Friedl lebte Isi sehr zurückgezogen und äußerst sparsam. Das ermöglichte es ihm, andere Menschen, in der Gruppe und außerhalb, zu unterstützen. Solidarität war für beide immer ein großes Anliegen. Nach der Losung „ohne Munition kann man nicht schießen“ unterstützte Isi die Gruppenarbeit finanziell beträchtlich. Davon zehren wir heute noch.

„Der Geist des Widerspruchs hat mich lebendig gehalten.“ Dieses Motto von Isi Abusch sollten auch wir uns zu Herzen nehmen.

Isaac Abusch – Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten



192 Seiten
Decaton
Verlag
(Hrsg.
Achim
Kowalczyk)
Sonder-
preis: 5,00 €

Die Jahreskonferenz der Gruppe

Die Jahreskonferenz der Gruppe fand am 21. und 22. Oktober wie schon seit vielen Jahren in Nürnberg statt. Wir hatten den Termin für die Konferenz schon seit langer Zeit festgelegt und das Tagungslokal bestellt, so daß wir die Demonstrationen des DGB nicht mehr berücksichtigen konnten. Einige Genossen konnten dann auch aus diesem Grund nicht an der Jahreskonferenz teilnehmen, da sie zu sehr in die Vorbereitungen zur Demonstration eingebunden waren und die Kollegen vor Ort nicht im Stich lassen wollten.

Die Zahl der Teilnehmer entsprach dennoch der der letzten Jahre. Wir hatten im Frühjahr den Tod unseres Genossen und Freundes Manfred Behrend hinnehmen müssen, was für uns - auch nicht zuletzt inhaltlich - einen schmerzlichen Verlust bedeutete.

Viele Genossinnen und Genossen hatten eine weite Anreise in Kauf genommen. Sie waren aus Österreich, Sachsen und München angereist. Auch unser langjähriger Freund und

Genosse aus England hatte sich von der Entfernung nicht abschrecken lassen.

Erfreulich war auch, daß, wie schon in den letzten Jahren, ein Vertreter der Gruppe Arbeiterpolitik und der Gruppen International Dorfen und Landshut an unserer Jahreskonferenz teilnahm. Trotz allem stellte sich heraus, daß der Fortbestand des Frühjahrseminars in Landshut auf der Kippe steht. Bereits bei den letzten Seminaren in Landshut war festzustellen gewesen, daß die Zahl der Teilnehmer aus Landshut selbst rückläufig war.

An dem Treffen in Leverkusen konnte in diesem Jahr leider kein Genosse der Gruppe teilnehmen. Diese Tagung fand auch in diesem Jahr in einer kollegialen und angenehmen Atmosphäre statt, wie der Arpo-Genosse berichtete. Die Teilnehmer waren in der Mehrheit der Meinung, die Tradition dieser Treffen weiterzuführen, um den gemeinsamen Diskussionsprozess in Gang zu halten.

Da wir vor Jahren übereingekommen waren, nur noch alle zwei

Jahre einen längeren Bericht zur Lage der Gruppe abzugeben, führten wir daher nur eine kurze Diskussion zu einigen organisatorischen Punkten. Danach kamen wir gleich zu den inhaltlichen Punkten der Tagesordnung, die für den Samstag zuerst eine „Einschätzung des aktuellen Zustands der Gewerkschaften“ vorsah. Nach der Mittagspause wollten wir eine „Diskussion über das neue Parteiprogramm der DKP“ führen. Für den Sonntag war ein „Bericht zur neuen Situation in Großbritannien“, sowie eine „Diskussion der innenpolitischen Lage in Deutschland“ geplant.

Um unseren Lesern die Diskussion besser verdeutlichen zu können, werden wir die wichtigsten Aspekte der verschiedenen Diskussionen im Anschluß an die Referate abdrucken.

Doch nun zuerst zur „Einschätzung des aktuellen Zustands der Gewerkschaften“.

Der Autor des Gewerkschaftsreferats ist ein Genosse, der lange Jahre im Gewerkschaftsapparat tätig war.

Gewerkschaften 2006 Die Lage ist dramatisch

Das Jahr 2006 war und ist von zunehmenden sozialen Konflikten und Streiks geprägt. Über Monate befand sich Ver.di in den Tarifgebieten des öffentlichen Dienstes in einem Abwehrstreik gegen die Forderungen der öffentlichen Arbeitgeber nach Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Alleine in Baden-Württemberg dauerte der Streik neun Wochen und war damit der längste Streik im öffentlichen Dienst in der Geschichte der BRD. Auch in der Tarifrunde der ME-Industrie standen die Zeichen

auf Streik. Nur durch eine imposante Warnstreikwelle, es waren insgesamt 700.000 MetallInnen an Aktionen beteiligt, lenkten die Metall-Unternehmer ein und unterzeichneten einen neuen Entgelttarifvertrag.

Offensichtlich waren sie von der Wucht der Warnstreiks so überrascht, dass sie selbst ihre Provokation, die „Steinkühler-Pause“ zu liquidieren, fallen ließen. Bei dieser Pause handelt es sich um eine tarifpolitische Errungenschaft aus dem Jahre 1973, wonach Leistungslöhnern pro Stunde fünf Minuten Erholzeit zugestanden wird. Diese Erholzeiten sind

in der Regel gebündelt und führen zu täglich 40 Minuten zusätzlicher Pausen. Da es diesen Tarifvertrag nur in Baden-Württemberg gibt, sprach der VMI-Präsident Zwiebelhofer von der „baden-württembergischen Krankheit“. Man brauche hier dieselben Wettbewerbsbedingungen wie anderswo. Deshalb müsse die Pause weg! Zwiebelhofer forderte damit eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung von 3,3 Stunden in der Woche.

Bei der „Steinkühler-Pause“ handelt es sich um eine Tarifregelung, die in einem Streik erkämpft worden war. Auch der VMI wusste deshalb,



dass die IG Metall diesen Tarifvertrag nicht kampflos aufgeben kann.

Deshalb kann nur der Schluss gezogen werden, dass man mit einer solchen Provokation der Gewerkschaft einen Streik aufzwingen wollte, um ihre Macht, wo sie noch tatsächlich besteht nämlich in den Großbetrieben, zu brechen.

Da der Tarifvertrag nur für eine, wenn auch relativ große, Minderheit wirkt, hatte man bei den Kapitalisten das Kalkül, mit einer solchen Auseinandersetzung die Belegschaften spalten und die IG Metall weiter schwächen zu können. Aber gerade in den großen Stuttgarter Betrieben der Automobil- und Zulieferindustrie zeigte sich während der Warnstreiks an diesem Punkt massiver Widerstand, weshalb die Rechnung des Herrn Zwiebelhofer und seiner Kumpane nicht aufging.

Die beiden größten Gewerkschaften im Lande, waren in diesem Jahr also in der Lage Arbeitskämpfe zu führen, die auf den ersten Blick gewerkschaftliche Kraft demonstrierten. Und entsprechend sieht deshalb auch die Bewertung des Arbeitskämpfergebnisses durch die gewerkschaftlichen Führungen aus. Sybille Stamm, die BZ-Leiterin von Ver.di in Baden-Württemberg spricht im „Sozialismus“ vom Juli d. J., von einem „bedingten Erfolg“ und die IG Metall sieht in den Abschlüssen der ME- und Stahlindustrie „starke Ergebnisse“ und eine „Welle der Sympathie für die IG Metall“.

Aber es waren nicht nur die beiden großen Streikbewegungen in der Fläche die Beachtung fanden und weiterhin finden. Daneben gab und gibt es eine ganze Reihe von betrieblichen Auseinandersetzungen, die teilweise sehr heftig geführt wurden und werden. Stellvertretend hierfür sei das AEG Hausgerätewerk in Nürnberg genannt, sowie in Berlin die Auseinandersetzungen bei Samsung, CNH, vormals Ohrenstein&Koppel, sowie jetzt, ganz aktuell, BSH (Bosch-Siemens-Hausgerätewerk) und die Aktionen der Allianz-Belegschaften. Weitere Auseinandersetzungen ähnlicher Art stehen bevor.

Ist die Arbeiterbewegung also im Aufbruch? Will sie das neoliberale Joch, das ihr mehr und mehr Lasten auferlegt, abschütteln?

Ein Teil der Linken sieht das so. Vor allem die „revolutionären Idealisten“ um die MLPD, aber auch trotzkistische Organisationen, interpretieren die Arbeiterkämpfe als Offensive, die man jetzt vorantreiben müsse. Hier zeigt sich wieder einmal mehr, wie die idealistischen Neigungen in solchen Organisationen, die reale Arbeiterklasse an das eigene Wunschbild anzugleichen versuchen.

Die positiven Einschätzungen der Gewerkschaften zur eigenen Politik dagegen sind verständlich. Es soll die eigene Funktionärsbasis und



Mitgliedschaft motiviert werden, sich stärker gewerkschaftlich zu engagieren und vor allem neue Mitglieder zu gewinnen. Sie sind deshalb eher von Zweckoptimismus geprägt, als von der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Die Lage wird besser dargestellt als sie ist und damit werden die eigenen Schwächen, die in den Vorständen wohl bekannt sind, nach außen weniger sichtbar. Fakt ist: die Gewerkschaften stehen mit dem Rücken zur Wand. Bei den stattgefundenen und aktuellen Kämpfen handelt es sich eben nicht um Offensiven, sieht man einmal von der Lohnrunde in der ME- und Stahlindustrie ab, sondern um Kämpfe aus der Defensive heraus. Und da nicht genügend Kampfkraft entwickelt werden kann, sehen die Ergebnisse entsprechend aus. Bei keiner Auseinandersetzung konnte bislang der Status Quo erhalten werden. Überall konnten die Unternehmer Erfolge verbuchen, mit der Konsequenz, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für die abhängig Beschäftigten verschlechtern.

Was noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar war, ist heute Realität: da führt eine Gewerkschaft in ihren verschiedenen Tarifgebieten einen monatelangen Streik, der mit dem Ergebnis endet, dass ihre Mitglieder künftig wöchentlich 30 Minuten unvergütet länger arbeiten müssen.

Und auch die Entgelt-Tarifrunden in der Metall- und Stahlindustrie sind nicht so erfolgreich wie sie intern dargestellt werden. Zwar wurde mit der Erhöhung der Entgelte um drei Prozent ein Abschluss erzielt, der über der Inflationsrate liegt, aber von einer spürbaren Erhöhung der Entgelte, die sich auf dem schwächelnden Binnenmarkt bemerkbar machen, kann beim besten Willen nicht gesprochen werden. Dabei wäre das, hört man die Agitation der IG Metall, von höchster Priorität.

Ende Juli, also zwei Monate nach dem Abschluss in der ME-Industrie meldet die Hans-Böckler-Stiftung, dass die Reallöhne in Deutschland das dritte Jahr in Folge sinken. „Die Arbeitnehmer müssen eine Reallohnentwicklung von minus 0,7 Prozent hinnehmen“, heißt es dort. Die Inflation von mehr als zwei Prozent übersteige den Zuwachs der Tariflöhne von durchschnittlich 1,5 Prozent. Deshalb muss das „starke“ Ergebnis der IG Metall doch um einiges relativiert werden. Das gilt im übrigen auch für den Stahlabschluss, der mit 3,8 Prozent Erhöhung deutlich über dem Abschluss der ME-Industrie liegt. Doch die Erhöhung hat eine Laufzeit von 17 Monaten. Dadurch sieht der Abschluss natürlich weitaus weniger glänzend aus. Auf 12 Monate heruntergerechnet, ergibt sich gerade mal eine Erhöhung von 2,8 Prozent. Genauso differenziert müssen die Ergebnisse der betrieblichen Kämpfe gesehen werden. In allen Fällen ging und geht es darum, beabsichtigte Betriebsschließungen zu verhindern. Da es in der BRD juristisch nicht möglich ist, mit der Unterstützung der Gewerkschaften dagegen zu streiken, hat man den strategischen Ansatz gewählt, einen so genannten Sozial-Tarifvertrag zu fordern. Die Überlegung dabei ist, ei-

nen Sozialplan so teuer zu machen, dass der betreffende Konzern am Ende seine Schließungsabsicht fallen lässt. Nicht in einem Fall ging diese Strategie bislang auf. Trotz beispielhaften Kämpfen ließen und lassen sich die Belegschaften am Ende die Arbeitsplätze immer mit „teueren“ Sozialplänen und dem „Verschiebebahnhof“ Beschäftigungsgesellschaft abkaufen. Das sei nicht moralisierend festgestellt! Kampfmaßnahmen gegen Entscheidungen der Kapitalisten sind hochpolitische Angelegenheiten. Und nirgendwo zeigt sich deutlicher als hier, dass es sich bei der Absicht, das Weisungs- und Verfügungsrecht der Kapitalisten, einzuschränken, um Machtfragen handelt, die mehr bedürfen als die Kampfkraft nur einer Belegschaft. Trotzdem sind diese Kämpfe, auch wenn sie isoliert nicht zum Erfolg führen können, natürlich richtig und auch sehr wichtig. Zum einen machen die betroffenen Arbeiter und Angestellten in der Auseinandersetzung Erfahrungen, die den Weg zum Klassenbewusstsein öffnen können, und zum anderen können diese Kämpfe der Impuls für Belegschaften in vergleichbarer Situation sein, ebenfalls den Kampf aufzunehmen.

Die Frage aber ist, warum stehen die Gewerkschaften heute mit dem Rücken an der Wand? Warum gelingt es ihnen nicht, wieder in die Offensive zu kommen? Einfache Schuldzuweisungen, nach Art der „revolutionären Idealisten“, die die ganze Misere im Verrat der Gewerkschaftsspitze sehen, sind als Erklärung zu einfach. Wer tatsächlich meint, die Gewerkschaftsbasis würde an ihrem Widerstand gegen das Kapital gehindert und deshalb wütend an seinen Ketten zerran, nimmt die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis.

Die Funktionärskörper der Gewerkschaften, gleichgültig ob Ehrenamtliche oder Hauptamtliche, sind weitgehend sozialpartnerschaftlich ausgerichtet. Natürlich in unterschiedlicher Qualität. Das geht von kritischer Distanz, bis zur offenen Kungelei mit dem Kapital. Spätestens seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften hat man die Reste sozialistischer Programmatik, sofern sie noch vorhanden waren, weitgehend aufgegeben. Es scheint heute auch in den Gewerkschaften

keine Alternativen zum kapitalistischen System mehr zu geben. Seinen Ausdruck findet diese Haltung in der Akzeptanz, die Wettbewerbsfähigkeit des „Standort Deutschland“ zu stärken und der zunehmenden Kooperation mit dem Kapital, beispielsweise durch „Co-Management“ und ähnlichem.

Der seit Jahren andauernden Kapitaloffensive stehen die Funktionäre deshalb im Grunde fassungslos gegenüber. Und da diese Angriffe nicht als in der Natur des Kapitalismus liegend begriffen werden, herrscht bei vielen die Illusion vor, dass die Offensive eine vorübergehende Angelegenheit sei, die mit politischer Vernunft, gutem Willen und einer „gerechten Reformpolitik“ überwunden werden kann. Besonders die DGB-Spitze kann dieser Spezies zugeordnet werden. Aber diese Denkweise beschränkt sich beileibe nicht nur auf die Führungsebenen der Gewerkschaften, sondern er findet sich auch in starkem Maße in den betrieblichen Funktionärskörpern wieder und nicht zuletzt auch an der gewerkschaftlichen Basis. Das kann auch nicht anders sein. Die Gewerkschaften in der alten BRD sahen sich immer auch als Gestaltungsmacht.

Der als „Rheinischer Kapitalismus“ bezeichnete Staat gab ihnen neben der Tarifautonomie die Möglichkeit sich gesellschaftspolitisch zu profilieren. Gewerkschaftsvertreter, und das sind in der Mehrheit Ehrenamtliche, findet man in den Selbstverwaltungen aller Sozialversicherungen, in der Mitbestimmung, in den Arbeits- und Sozialgerichten bis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Durch diese Einbettung in das soziale und staatliche Gefüge und Beziehungsgeflecht, verstehen sich die Gewerkschaften selbst als „staatstragend“. Dieser gesellschaftliche Korporatismus war für die Gewerkschaften in der BRD nach dem Krieg ein durchaus erfolgreiches Modell, das von den westdeutschen Werktätigen akzeptiert wurde und auch keine geringe Ausstrahlung auf die DDR-Bevölkerung hatte. Doch der „Rheinische Kapitalismus“ ist Geschichte. In Zeiten des Neoliberalismus brauchen die Unternehmer und die Herrschenden die Gewerkschaften nicht mehr als Ordnungsfaktor. Im Gegenteil!

Immer unverhüllt sprechen sie ihren Wunsch, die Gewerkschaften mögen verschwinden, offen aus. An diesem Wunschziel arbeiten sie seit Jahren kräftig. Im übrigen sehr erfolgreich. Denn die Folgen dieser Politik sind nicht zu übersehen. Dazu gehören die zunehmenden Rückschläge in der Tarif- und Betriebspolitik der Gewerkschaften, die Erosion der Flächentarifverträge und die schwindende Autorität und Stärke. Die Gewerkschaften werden von den Neoliberalen zu Verlierern abgestempelt und von vielen Werktätigen inzwischen auch so gesehen. Die Mitgliederbindung nimmt somit ab – auch wegen der fehlenden Erfolge. Nach wie vor haben die Gewerkschaften deshalb mit Mitgliederrückgängen zu kämpfen. Allerdings bedarf diese Entwicklung einer differenzierten Betrachtung. Sie verläuft nämlich nicht einheitlich über alle Branchen und Betriebe hinweg. Die größten Einbrüche sind dort, wo die Gewerkschaften ohnehin nicht stark waren, wo es keine Tarifverträge gibt und nur geringe Organisationsgrade bestehen. Dort kehren die wenigen Mitglieder ihrer Organisation den Rücken ohne die Konsequenz zu sehen, dass sich dadurch der Zustand der eigenen Existenz nicht bessert.

Besonders krass läuft dieser Prozess in Ostdeutschland ab.

Die sich lösende Mitgliederbindung wird auch an einem anderen Punkt sichtbar, nämlich am Anteil der Organisierten in den Betriebsräten. Dieser liegt in den einzelnen Regionen zwischen 52 und 64 Prozent. Der DGB spricht zwar davon, dass der Anteil der GewerkschafterInnen in den Betriebsräten nach den diesjährigen Wahlen gestiegen sei, doch wird nicht bestritten werden können, dass der heutige Zustand noch vor 10 Jahren undenkbar gewesen wäre. Zumindest die BR-Mitglieder waren auch in den kleinen Betrieben gewerkschaftlich organisiert.

Diese wachsende organisatorische Schwäche führt zu weiterer Einschränkung der Handlungsfähigkeit. In einigen Gewerkschaften und Branchensegmenten ist die gewerkschaftliche Handlungsunfähigkeit bereits heute Realität. Das hat nicht zuletzt der Ver.di-Streik gezeigt. Dort war es nicht mehr möglich alle Beschäftigten, die für die Streikbewegung in

Frage gekommen wären, in diese einzubeziehen. Aber auch in anderen Gewerkschaften sieht es nicht besser aus. Im Bereich der IG Metall beispielsweise, gibt es Handwerksbereiche, in denen seit Jahren, aufgrund der organisatorischen Schwäche, keine Entgelterhöhung mehr durchsetzbar ist.

Die Lage ist dramatisch. Und sie wird katastrophal, wenn in den Gewerkschaften so weiter gewurstelt wird wie bisher, wenn es zu keiner politischen Neubesinnung kommt. Das sozialpartnerschaftliche Gekungel hat tief in die Sackgasse geführt. Aus der kommen die Gewerkschaften nur heraus, wenn sie ihre Politik ändern. Einigen in den Vorständen scheint das langsam zu dämmern. Immerhin wird im Bereich der IG Metall und Ver.di davon gesprochen, dass der heutige Aktionstag (21. Oktober 2006) gegen die soziale Kahl-schlagpolitik der Bundesregierung der Auftakt für weitere Aktionen, auch betriebliche, sein soll. Aber mit Sicherheit ist das nicht die Linie in allen Gewerkschaften und deshalb auch nicht beim DGB. Dafür spricht schon die dümmliche Parole zum heutigen Aktionstag „Das geht besser“. Was sagt denn diese Parole eigentlich aus? Sie sagt aus, dass Merkel & Co tatsächlich wichtige Reformen anpacken. Aber halt eben schlecht. Und das geht „besser“! Wieder einmal mehr passt man sich mit dieser Hal-

tung an die herrschende Politik an, weil man es sich nicht völlig mit der Sozialdemokratie und Regierung verderben will.

In dieselbe Kerbe schlägt auch eine gemeinsame Erklärung mit der BDA zur „Gesundheitsreform“. Dort begrüßt man gemeinsam „eine ganze Reihe von grundsätzlich sinnvollen Strukturmaßnahmen“. Das lässt sich eigentlich nicht mehr überbieten, weil dümmter geht's nicht mehr. Die Herren Unternehmer müssen sich doch halb tot lachen über diesen zahnlosen „DGB-Tiger“. Aber das werden sie natürlich nicht tun, denn diese Erklärung zeigt ihnen, dass der DGB auch in Zukunft, weder ihnen noch der Regierung, tatsächlich wehtun will.

Hier tut sich dann aber die Frage auf, was geschieht, wenn sich die gesellschaftlichen Widersprüche durch weiteren Sozial- und Stellenabbau weiter zuspitzen? Sind dann die Gewerkschaften, bei Strafe des eigenen Untergangs, nicht gezwungen in die Offensive gehen? Immerhin haben das andere, ebenfalls sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaften, in Europa bereits getan. So haben die Franzosen eindrucksvoll gezeigt, wie die geplante Beseitigung des Kündigungsschutzes gekippt werden kann. In Belgien reagierten die Gewerkschaften auf die Pläne das Rentenalter zu erhöhen mit einem Generalstreik. Die Beispiele erfolgter Offensiven ließen sich in anderen europäischen Ländern, wie Italien, Griechenland und selbst Österreich, fortsetzen.

In der BRD ist das zurzeit noch Zukunftsmusik. In den Gewerkschaften hofft man mehrheitlich auf bessere Zeiten. Doch die werden nicht kommen. Schon gar nicht durch das Entgegenkommen des Kapitals. Die Gewerkschaften können eben nicht darauf setzen, dass es wieder höhere Wachstumsraten gibt, die den Verteilungsspielraum größer werden lassen und auf diesem Weg ihre Verhandlungsmacht stärkt. Das alles wird nicht geschehen. Weder wird es ein wesentlich höheres Wirtschaftswachstum geben, noch werden die Kapitalisten etwas freiwillig abtreten. Um zu der Erkenntnis zu kommen, müssen die Gewerkschaften allerdings noch große Hürden überwinden. Die klassische Sozialpartnerschaft geht von der Parität zwischen Kapital und Arbeit aus. Inzwischen

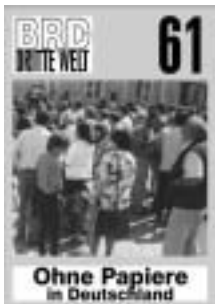
gibt es „Bündnisse für Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit“. Sie werden auf betrieblicher Ebene praktiziert und finden sich auch in Tarifverträgen. Damit ergibt sich eine neue Qualität der Sozialpartnerschaft. Es wird die Hegemonie des Kapitals anerkannt. Und das ist neu!

Man ist heute in den Apparaten und in der Mitgliedschaft bereit, den Sachzwang „Konkurrenzfähigkeit“ der deutschen Industrie zu akzeptieren und einen entsprechenden Beitrag dafür zu leisten. Eine nicht geringe Rolle für diese Akzeptanz spielt dabei, die von den Neoliberalen in die Welt gesetzte These, die fortschreitende Globalisierung wäre Ursache für abnehmende Wettbewerbsfähigkeit, für Produktionsverlagerungen und Massenarbeitslosigkeit.

Eine These, die auch von vielen Linken vertreten wird.

Aber ist die Globalisierung tatsächlich ein neues Stadium des Kapitalismus, oder nicht eher eine ideologische Keule der Bourgeoisie? Jeden Tag wird doch der Bevölkerung und der Arbeiterklasse suggeriert, dass durch die Globalisierung die Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts Deutschland“ in Gefahr ist, dass wegen der Globalisierung die Arbeitszeit verlängert werden muss, die Löhne gesenkt und die Sozialsysteme „umgebaut“ werden müssten. Die Unternehmer fordern selbst die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, mit dem Hinweis auf den Zwang der Globalisierung. Die Globalisierung ist grundsätzlich nichts Neues. Schon Karl Marx beschreibt im Manifest der Kommunistischen Partei wortgewaltig die Globalisierung als ein Wesensmerkmal des Kapitalismus. Sicher ist der Kapitalismus seit dieser Zeit einem gewaltigen Veränderungsprozess ausgesetzt gewesen. Und im Bereich der Finanzmärkte gibt es heute globale Erscheinungen, die Marx noch nicht gekannt hat. Wenn heute täglich Milliarden und Billionen von US-Dollar in Sekundenschnelle über elektronische Netzwerke in jedes gewünschte Land verschoben werden können, dann ist das sicher eine neue Qualität in der Entwicklung der Globalisierung. Das erleben wir ja täglich. Das Kapital ist ständig auf der Suche nach profitablen Anlage- und

Anzeige



Niemand kann sie zählen: Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben. „Ohne Papiere“ meint, dass sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben. Es sind Männer, Frauen und Kinder, und es sind Hunderttausende.

- **Rahmenbedingungen**
- **Lebenssituation von Papierlosen in Deutschland**
- **Forderungen zur Verbesserung der Situation von Papierlosen**
- **Beratung, Unterstützung und Hilfe**

48 Seiten, Mai 2003, 2 Euro
 Magazin Verlag
 Schwefelstr. 6, 24118 Kiel
 ONLINE: www.brd-dritte-welt.de

Spekulationsobjekten. Gerade hat die Stadt Dresden mit Hilfe von Teilen der PDS im Stadtrat die gesamten kommunalen Wohnungen an einen US-Investor verscheuert. In anderen Kommunen ist Ähnliches geplant.

Die riesigen Kapitale, die auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten sind, sind wirklich etwas Neues, eine neue Qualität. Es stellt sich aber die Frage: gilt das auch für den Bereich der materiellen Produktion?

Das Fraunhoferinstitut hat vor kurzem eine Untersuchung zu dieser Frage veröffentlicht. Dort wird festgestellt, dass Entscheidungen von Unternehmern, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, nicht nur von der Frage der billigen Löhne abhängig ist. Natürlich spielt das keine geringe Rolle. Aber oft liegen solchen unternehmerischen Entscheidungen strategische Überlegungen zu Grunde, wie Markterschließung und Kundennähe (gilt besonders für Autoindustrie). Es wird dann untersucht, in welche Länder und Erdteile Produktionsverlagerungen gehen. Wenn man die Ergebnisse betrachtet, kann man eigentlich nicht mehr von Globalisierung im Sinne eines alles umfassenden Produktionsaustauschs sprechen. So gehen 28 Prozent der Verlagerungen in westeuropäische EU-Länder. 64 Prozent gehen in die osteuropäischen EU-Beitrittsländer. Der ganz große und überwiegende Teil der Verlagerungen bewegt sich also auf dem europäischen Binnenmarkt! 13 Prozent gehen nach Nordamerika und 29 Prozent nach Asien. Den afrikanischen Kontinent hat das Kapital bereits abgeschrieben, da geht nichts hin und nach Südamerika gehen nur 4 Prozent der Verlagerungen (bei der Untersuchung waren Mehrfachnennungen möglich).

Verlagerungen innerhalb der EU haben mit Sicherheit andere Motive als den niedrigen Lohn, wobei natürlich Niedriglöhne gerne gesehen werden. Hier geht es um Markterschließung eines Binnenmarktes und darüber hinaus mit Sicherheit um das Abgreifen von nationalen und europäischen Subventionen. Das wird gewiss auch bei der AEG in Nürnberg eine große Rolle spielen. Die Summen die da fließen sind zum Teil beachtlich. So hat der Infineonkonzern für das Dresdner Werk die Hälfte seiner Investition von uns, den

Steuerzahlern, bekommen. Mehr als eine Milliarde DM für 2000 Arbeitsplätze. Der Halbleiterkonzern AMD stand dem in nichts nach. Es wäre sehr verwunderlich, wenn sich der Elektroluxkonzern seine Investition in dem strukturschwachen Polen nicht ebenfalls vergolden ließe.

Betrachten wir die Verlagerungen nach Westeuropa und Nordamerika. Auch dort können die Löhne nicht der Grund für eine Verlagerungsentscheidung sein, denn die Lohndifferenzen sind nicht gravierend. Auch hier kann es sich deshalb nur um Marktpräsenz handeln.

Bleibe noch Asien. Hier könnten die niedrigen Löhne für Verlagerungsentscheidungen am ehesten eine Rolle spielen. Aber auch das müsste genauer untersucht werden. Gehen die dort produzierten Waren in den Export oder dienen sie dazu, die lokalen Märkte zu versorgen? Zumindest für China gilt teilweise das letztere, wenn an der Stelle auch der Umfang nicht quantifizierbar ist. Aber VW beispielsweise stellt in Shanghai Auto-Typen her, die in Europa nicht verkauft werden. Für andere Konzerne gilt dasselbe.

Die Studie des Fraunhofer Instituts schätzt ein, dass jährlich rund 50.000 Arbeitsplätze der Produktionsverlagerung ins Ausland zum Opfer fallen (andere Studien gehen von 150.000 aus). Die tatsächliche Bilanz fällt aber immer geringer aus, weil die Rückverlagerungen, die gar nicht so gering sind, nicht dagegen gerechnet werden. Alles in allem ist festzustellen, dass die tatsächliche Arbeitsplatzvernichtung durch Produktionsverlagerungen bei weitem nicht dem ideologischen Propagandagetöse der Kapitalisten und ihrer Wasserträger entspricht

Natürlich strebt jeder Kapitalist den Maximalprofit an. Und geringe Preise für die Ware Arbeitskraft sind für ihn natürlich sehr verlockend. Aber die deutschen Kapitalisten sind zurzeit nicht gezwungen, bei Strafe ihres eigenen Untergangs, den Weg in die Niedriglohnländer zu gehen. Denn nicht die absolute Lohnhöhe ist für sie die entscheidende Größe, sondern das was sie dafür kriegen. Die Lohnstückkosten sind für jeden einzelnen Kapitalisten die entscheidende Frage, weil von ihr seine Konkurrenzfähigkeit abhängt. Und diese sin-

ken in Permanenz. Konkret heißt das, dass mit jeder Rationalisierungsmaßnahme die Löhne relativ sinken und seit mehr als 10 Jahren sinken sie auch absolut (rund 1 Prozent waren es in den letzten 10 Jahren). Dadurch ist es möglich, dass die deutsche Industrie seit Jahren schon Exportweltmeister und ein Ende des Rekords nicht abzusehen ist. Das deutsche Kapital ist in der Lage weltweit alles nieder zu konkurrieren!

Erreicht hat das Kapital diese Spitzenstellung durch die überdurchschnittliche Steigerung der Produktivität in den Betrieben. Besonders in den Schlüsselbereichen der ME-Industrie lag die Steigerung der Produktivität in den zurückliegenden Jahren immer mindestens doppelt so hoch wie im volkswirtschaftlichen Durchschnitt. Das bewirkte, dass der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten kontinuierlich sank. Selbst im Maschinenbau liegt dieser Anteil heute unter 30 Prozent. In der Automobilindustrie unter 15 Prozent und in der Halbleiterindustrie gerade mal bei 5 Prozent.

Konkurrenzfähig bleibt ein Kapitalist, auch wenn er in ein Niedriglohnland geht aber nur, wenn er mit der gleichen Technik wie in Deutschland produzieren lässt. Macht er das, wird sich seine Profitrate nicht drastisch verbessern. Wenn er dann noch die schlechtere Infrastruktur und Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte in Betracht zieht, die er dort vorfindet, lässt der Druck nach, die niedrigen Kosten der Ware Arbeitskraft anderswo als verführerisch zu betrachten.

Im Übrigen jagen die Kapitalisten nicht einmal unbedingt den Billiglohnbereichen innerhalb der nationalen Grenzen nach. Im Osten gibt es nach wie vor ein gewaltiges Lohngefälle, das sich inzwischen verfestigt hat und sich durch die Schwäche der Gewerkschaften auf absehbare Zeit nicht an den Westen angleichen wird. Im Schnitt liegen die Tarif-Löhne bei 70 Prozent des Westniveaus. In nichttarifgebundenen Bereichen liegen sie noch tiefer. Das Gefälle besteht seit 15 Jahren!

Der eigentliche Grund für die bestehende Massenarbeitslosigkeit liegt an der Entwicklung der Produktivität und nicht an einer zunehmenden Globalisierung. Bedingt durch

die Elektronikentwicklung und neue Technologien, ist in den Betrieben die Automatisierung und Rationalisierung gigantisch vorangetrieben worden. Und das wird auch so weitergehen. In der ME-Industrie gibt es kaum einen Betrieb, der nicht mit wenigstens 5 Prozent jährlicher Produktivitätssteigerung rechnet. Je nach Branche planen die Kapitalisten mit jährlichen Steigerungsraten von bis zu 10 oder gar 18 Prozent (Halbleiterindustrie). Also, die vergegenständlichte Arbeit ersetzt mehr und mehr die lebendige Arbeit. Aus diesem Prozess ergeben sich Widersprüche, die die Lage der Arbeiterklasse weiter verschärfen werden. Aus der Entwicklung heraus und zusätzlich durch die Politik des Lohn- und Sozialabbaus durch die Herrschenden geht die Massenkaufkraft der Werktätigen zurück. Es fehlt an Binnenmarktnachfrage und das Wirtschaftswachstum ist sehr gering (es wird seit mehreren Jahren alleine vom Export getragen). Aber selbst durch ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum, das die Marktapologeten ohne Unterlass fordern, ließe sich das Massenarbeitslosigkeitsproblem nicht in den Griff bekommen. Das Wirtschaftswachstum von einem Prozentpunkt erfordert lediglich zusätzliche Arbeitsplätze zwischen 100T und 200T, wobei das erst ab einem Wachstum größer als zwei Prozent zutrifft. Unter zwei Prozent ist das Wachstum nicht arbeitsmarktwirksam.

Dass das Kapital für die ganzen negativen Entwicklungen die wir erleben, die Globalisierung verantwortlich macht, soll deshalb nur ablenken. Für Massenentlassungen, für Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und für Sozialabbau sind daher nicht reale Unternehmer in diesem Lande verantwortlich, sondern ein anonymes Gebilde, das schicksalhaft Verschlechterungen für die Werktätigen erzwingt. Auf der Jagd nach dem Maximalprofit hat jeder Kapitalist von jeher versucht, die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu steigern. Und es ist richtig, dass er dazu gezwungen ist, will er mittelfristig nicht untergehen, denn in der Tendenz fällt durch die steigende Produktivität seine Profitrate.

Und die Gewerkschaften? Sie gehen dem Globalisierungsmärchen

voll auf den Leim. Das hat sich bei dem Pforzheimer Abschluss der ME-Industrie 2003 gezeigt, der u.a. auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken sollte. Das zeigte sich jetzt beim Abschluss eines Qualifizierungstarifvertrags, der Regelungen für mehr Innovation der Unternehmen beinhaltet. Ziel des Tarifvertrages ist, die Qualifikation von Belegschaften zu steigern um damit, über die Konkurrenzfähigkeit, die Arbeitsplätze zu sichern.

Aber diese Strategien werden nicht aufgehen. Die gesellschaftlichen Widersprüche und die damit verbundenen Begleitumstände werden weiter wachsen. Das heißt, es wird keinen Abbau der Massenarbeitslosigkeit geben. Im Gegenteil. Die Massenarbeitslosigkeit wird weiter steigen. Und mit ihr der beschleunigte Abbruch der Sozialsysteme. Es ist nicht anzunehmen, dass die wachsenden sozialen Spannungen sich harmonisch auflösen. Es wird zu größeren sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen kommen. Die Frage wird dabei sein, welche Rolle die Gewerk-

schaften bei diesen Auseinandersetzungen spielen. Es wird in Zukunft eben nicht mehr ausreichen irgendwelche „sozialverträglichen“ Regelungen zu vereinbaren und soziale Befriedungspolitik zu betreiben. Mit dieser Politikanlage werden die Gewerkschaften untergehen.

Sie haben nur eine Chance, wenn wieder eine wirklich konsequente Interessenpolitik für die abhängig Beschäftigten betrieben wird, und sie sich nicht vor den Karren des Kapitals spannen lassen. Das heißt, dass im Konfliktfall eben nicht befriedet wird, sondern der Konflikt aufgenommen und in die Breite getragen wird. Das heißt, dass die Gewerkschaften wieder zu tatsächlichen Selbsthilfeorganisationen werden, wo den Werkträgigen, die sich in prekären Verhältnissen befinden, eine Stimme und eine Plattform zu eigenem Handeln gegeben wird. Die Chance für eine solche Entwicklung ist gegeben. Der Motor für einen solchen Prozess ist der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Das Ergebnis allerdings ist offen.

Aus der Diskussion

– Die Gewerkschaften haben den Strukturwandel in der Gesellschaft verschlafen. Auch das vorliegende Referat spiegelt eher die Situation in den kämpferischen Großbetrieben wieder. Die Entwicklung eines Prekariats bleibt außen vor.

– Das Hauptproblem der Gewerkschaften ist die Sozialdemokratische Gewerkschaftsführung.

– **Referent:** Das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften war früher noch viel intensiver, es gab einen ausgeprägten „Betriebs syndikalismus“. Die Ehrenamtlichen im Gewerkschaftsapparat sind allerdings, auch ohne in der SPD zu sein, noch viel sozialdemokratischer als die SPDler.

Der Hauptgrund für die hohe Arbeitslosigkeit ist die Rationalisierung. Nach Ansicht des Referenten sind die Arbeitsplätze weniger von der Verlagerung in Billiglohnländer bedroht. Die tatsächliche Produktionsverlagerung entspricht nicht der Propaganda, die damit getrieben wird. Die lebendige Arbeit wird durch die vergegenständlichte Arbeit

ersetzt. So erzielte z.B. ein VW-Betrieb bei Leipzig in einem Jahr 10% Produktivitätssteigerung. Ein Betrieb ist ein Organismus, der von der Lebendigkeit lebt. Es geht da nicht nur nach Plan. Neue Produktionen aufzugeben ist nicht so leicht.

Die Möglichkeit, der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer ist für die Kapitalisten jedoch ein äußerst willkommenes Drohpotential um ihre Forderungen nach weiterem Lohnverzicht durchzusetzen. Entscheidend sind nach wie vor die Lohnstückkosten und diese sinken weiter.

– In Osteuropa ist die Just in Time Produktion teilweise nicht so profitabel, weil der Transport nicht so gut und reibungslos funktioniert wie in Deutschland und so die billigeren Lohnkosten aufgefressen werden.

– Das Hauptproblem ist die Entpolitisierung der Gewerkschaften. Das geht noch über die sozialdemokratische Bindung hinaus. Aus diesen Gründen besteht auch die Gefahr, daß eine Politisierung der Gewerkschaften zu einer Gratwanderung werden kann, da die Basis, der entscheidende Faktor, nicht bereit ist, diesen Weg mit zu gehen.

Zum neuen DKP-Programm

Das alte Programm der DKP stammt aus dem Jahre 1993. Das vorliegende wurde nun mit ¾ Mehrheit der Delegierten angenommen. Wenn wir heute das neue DKP-Programm diskutieren, erheben wir nicht den Anspruch, dies in den wenigen Stunden umfassend tun zu können und die Frage der Richtigkeit ihres thematischen Ansatzes in allen Facetten zu behandeln. Wir halten es aber für wichtig, das Programm nicht zu ignorieren. Immerhin ist die Deutsche Kommunistische Partei, gleich wie man zu ihr steht, mit ca. 4.000 Mitgliedern die stärkste Gruppierung in der deutschen Linken mit revolutionärem Anspruch. Sie hat immer noch in Betrieben und Gewerkschaften gewissen Einfluß, auch im Kulturbereich.

Ein Bereich, zu dem wir besonders im Widerspruch stehen, die Postulierung des „*Staatsmonopolistischen Kapitalismus*“ sei vorerst ausgeklammert. Wir werden wegen seiner Bedeutung gesondert darüber referieren. Das Gleiche gilt auch für den Gewerkschaftsteil.

Hervorzuheben ist, daß sich die DKP zu den kommunistischen Grundsätzen bekennt. Zum Ziel des Sozialismus/Kommunismus, zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung; zum revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Die Eigentumsfrage, das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird weiterhin als die Grundfrage gesehen. Die DKP bekennt sich zum Klassenkampf auf Grund des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, wie es heißt. Die DKP sieht die Aufgabe des bürgerlichen Staates darin, „über die kapitalistische Klassenkonkurrenz hinweg, die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse zu organisieren“ und ihre Herrschaft auch mit repressiven Mitteln abzusichern. Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft im Kampf um den Sozialismus. Es gehe darum, die Mehrheit zu gewinnen.

Die DKP behauptet, sie sei „die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“.

Da es in der deutschen Arbeiterklasse heute keine revolutionäre Bewegung gibt und der Einfluß der DKP wie der anderen linken Gruppen – in den wenigen gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen bescheiden ist, bleibt das bloße Behauptung. Welche Partei das einmal in ferner Zukunft, bei anschwellender revolutionärer Bewegung sein wird, sollten wir dem geschichtlichen Prozess überlassen. Das ist heute überhaupt noch nicht abzusehen.

Im Kapitel über den historischen Weg der Kommunisten (S.44) heißt es, die DKP knüpft an die Tradition des „*Bundes der Kommunisten*“, der revolutionären Sozialdemokratie, des Spartakusbundes und der KPD an. Bei den Vorbildern werden neben Bebel, Rosa Luxemburg u.a. auch Thälmann und Reimann genannt. An diesem historischen Verständnis, das für uns so nicht hinnehmbar ist, wird die Gespaltenheit der DKP deutlich. Man will es allen Flügeln recht machen, deshalb gibt es keine echte Aufarbeitung der Vergangenheit. Denn welche KPD soll denn das Vorbild sein? Doch nicht die unter dem verheerenden Kurs von Fischer-Maslow? Die Kampfzeitperiode bis 1923 unter Brandler und Thalheimer verschweigt man doch meistens sowieso. Und wie kann man Rosa Luxemburg und Clara Zetkin in eine Reihe mit Thälmann und Reimann stellen? Die beiden ersteren waren kritische Marxistinnen (was eigentlich ein Unding ist, denn einen anderen Marxismus als einen kritischen gibt es nicht), die beiden letzteren waren Befehlsempfänger Stalins und der KPdSU, die alle selbstständig denkenden Kommunisten, die eine marxistische Politik nach den Bedingungen des eigenen Landes vertraten, verleumdete, ausschlossen und verfolgten. Da genügt es nicht, im Programm ganz beiläufig, zu vermerken (S.44), „*dass auf diesem Weg Fehler, Unrecht und Verbrechen geschahen.*“ Kein Wort, welche und wer dafür verantwortlich war. Denn es waren eben nicht nur „*Fehler*“, sondern zu oft eine falsche Politik, die auch zur

verheerenden kampflosen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung vor den Nazis beigetragen hat. Die von Moskau verordnete und von der Thälmannführung durchgeführte RGO-Politik z.B. hat die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse gespalten, die KPD isoliert. Das hatte den Verlust von tausenden bewährten Betriebsfunktionären für die Partei zur Folge. Statt die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen Kapital und Nazis anzustreben, wurden die sozialdemokratischen Arbeiter als „*Sozialfaschisten*“ bekämpft. Und beides in einer Zeit, in der die faschistische Gefahr immer drohender wurde. Auch nach dem II. Weltkrieg wurde die Politik der KPD unter Reimanns Führung auf Moskaus Kurs ausgerichtet, marxistische Kritiker ausgeschlossen und als „*Titoisten*“ und „*Trotzkisten*“ verfolgt. Neben Thälmann und Reimann sich einen Platz für Marxisten wie Franz Mehring und Rosa Luxemburg, die genannt werden, vorzustellen, ist wirklich abstrus.

Der heterogenen politischen Zusammensetzung der DKP von den Kreisen um den „*Rotfuchs*“, „*Offensiv*“ bis zur UZ (Parteizeitung) und zum Kreis um die Marxistischen Blätter ist es geschuldet, daß das Programm bei der Beurteilung der historischen Niederlage keine eindeutige Aussage machen kann. Zu den Ursachen heißt es lapidar: „*Dafür haben wir bisher keine abschließenden Er-*



klärungen; die Diskussion dazu findet in der DKP statt.“ Wer hat den Parteauftrag und zu welchem Zweck? Zu einer klaren Festlegung zum Niedergang der Realsozialistischen Parteien und Staaten und über deren gesellschaftliche Pervertierung war die DKP nicht imstande oder hat sie bewusst ausgeklammert. Die „Fehler“ werden zwar benannt: z.B. administrativ-bürokratischer Apparat, autoritäre Maßnahmen, Grundsätze wurden außer Kraft gesetzt, Massenverfolgung und Verbrechen. „Zahllose Menschen, auch Mitglieder der KPdSU, der Roten Armee und der KI fielen dem zum Opfer. Das hat dem Sozialismus und seinem Ansehen sehr geschadet.“ Das sowjetische Sozialismusmodell sei auf andere Länder übertragen worden.

So richtig die Schilderung ist, so wenig trägt sie in dieser Kürze m.E.

Im weltrevolutionären Prozeß erweist sich die BRD als besondere Schwachstelle. Aber es gibt Abschnitte, an denen die Fortschrittkräfte über besondere Potenzen verfügen. Blicken wir nur auf Lateinamerika, auf Kuba und Venezuela. Sein Präsident Hugo Chávez ist ein anerkannter Volkstribun an der Seite Castros. Die boliviarische Revolution Venezuelas hat trotz aller Risiken und Ungewissheiten eine Tiefe und Qualität erlangt, dass man sie schon fast in einem Atemzug mit der kubanischen Revolution nennen kann. Es gibt eine Gruppe sich zum Sozialismus bekennender Staaten – mögen China, Vietnam und Kuba hier hervorgehoben werden – sowie eine große Zahl kommunistischer Parteien, die sich von Marx, Engels und Lenin leiten lassen. Mehr als 80 Millionen Kommunisten sind eine gewaltige politische Armee. Auch für Europa ist die Niederlage der Bewegung – eine Anzahl früher tonangebender Parteien wurde geschwächt oder zum Verschwinden gebracht – nicht mehr das einzige Charakteristikum. Die marxistisch-leninistischen Avantgarden des Kontinents orientieren sich heute am Beispiel der Massenparteien in Griechenland und Portugal, die auf festen Positionen stehen.

Aus Rotfuchs, November 2006

der ungeheuerlichen Tragweite dieser Pervertierung eines „Sozialismus in den Anfängen“ Rechnung. Als Ursachen werden die tatsächlich „äußerst schwierigen Ausgangsbedingungen unter denen die Revolution in Russland stattfand“ genannt, die rückständigen Bedingungen und die Bedrohung von außen. Das waren in der Tat schwerwiegende Gründe für die sich mehrenden Widersprüche in der sowjetischen Gesellschaft, die angesichts der Übermacht der imperialistischen Staaten dem Zwang des Wetttrüstens ausgesetzt war. So wurde die ökonomische und soziale Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer größer, was das sozialistische Bewußtsein – soweit vorhanden – massenhaft zersetzen musste.

Sinn hat eine Analyse nur dann, wenn z.B. für die kommunistische Bewegung die nötigen Lehren aus der geschichtlichen Entwicklung und aus der historischen Niederlage die richtigen Schlüsse gezogen werden. Zu den unreifen objektiven Bedingungen kamen die unreifen subjektiven Bedingungen in diesem großen Bauernland und später auch in den meisten Satellitenstaaten. Umso mehr waren unter diesen Umständen die kommunistischen Kader gefordert, die alten archaischen Herrschaftsformen und -methoden zu überwinden. Doch das Gegenteil trat ein. Mit dem Sieg der Stalinfraktion wurde die kommunistische Ideologie und Politik zur Magd angeblicher oder tatsächlicher, meist kurzfristiger, innen- und außenpolitischer Erfordernisse, verbunden mit ständigen Kurschwankungen. Dogmatismus trat an die Stelle von „Kritik und Selbstkritik“. Der „rote Terror“ richtete sich nicht nur gegen Konterrevolutionäre. Der präventive Terror erfasste auch eigene Leute und völlig Unbeteiligte, von denen viele durch die unmenschlichen Bedingungen in den Lagern umkamen. Sozialistisches Bewusstsein wurde dadurch zersetzt, was später nicht wenig zum kampflosen Zusammenbruch beigetragen hat. Es wird auch nicht gesagt, was an diesen Maßnahmen richtig oder falsch war.

Im DKP-Programm wird nur von „Fehlern“ gesprochen. Kein Wort von falscher Politik, keine Aufzählung, keine Nennung von Verantwortlichen, auch nicht in der deut-

schen Partei. Dafür nur ein Satz: „Auch die Kommunisten in der Bundesrepublik haben fehlerhafte Einschätzungen mitgetragen.“ „Fehlerhafte“ – die unter Umständen auch über Leben und Tod der eigenen Funktionäre und Mitglieder entschieden! Nichts steht darin über die Unterwerfung unter und die Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale und die unmarxistische Vergötzung Josef Stalins und anderer „Führer“!



Auf Seite 28 heißt es: „Die Niederlage des Sozialismus ist zugleich das Ergebnis der inneren und äußeren Konterrevolution.“ Die so genannte innere Konterrevolution war doch zu einem gewichtigen Teil Ergebnis der eigenen Politik, die letztendlich Partei und Gesellschaft in der SU dermaßen zersetzt hat, daß am Schluß keine relevanten Kräfte mehr zur politischen und machtmäßigen Verteidigung bereit waren.



Gewiß stimmt es, wenn es heißt, „es wurden unter dem sozialistischen Gesellschaftssystem großartige Leistungen“ vollbracht. Auf der anderen Seite steht der Gulag; auch außenpolitische Fehler mit beträchtlichen Folgen, wie die kriegsrische Konfrontation mit China und überzogene Transferleistungen an nationalistische arabische Regime (z.B. Assuan-Staudamm).



Auf Seite 33 werden schon wieder „Staaten mit sozialistischer Orientierung“ genannt. Sollten China und Nordkorea damit gemeint sein, dann wäre im Programm mehr Zurückhaltung angebracht gewesen. Nach allem, was wir hinter uns haben, sollten wir doch nun begreifen: Nicht alle und alles was sich „kommunistisch“ nennt, ist es auch wirklich. Auch der Nationalist Milosevic war es nicht.

Bei der Einschätzung der Verhältnisse im Kapitalismus ist vieles dabei, was wir auch so sehen. Als Widerspruch könnten eine Feststel-

lungen auf Seite 7 und 11 erscheinen. Auf Seite 7 wird Lenin zitiert: (5) „Die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“ Auf Seite 11 heißt es aber: „Diese Politik mündet in den Kampf um die Neu-aufteilung der Welt und in imperialistische Eroberungskämpfe.“ Man hätte ausdrücken müssen, daß beides zutreffend ist, wenn man die Zeitbedingtheit von Lenins Aussage in Rechnung stellt.

Die DKP bezieht sich im Kampf um den Sozialismus auf die Arbeiterklasse. Im Programm heißt es zudem, die Mehrheit des Volkes sei dazu nötig und „die organisierende Kraft einer revolutionären Partei.“ Was fehlt, ist eine Definition der Arbeiterklasse, die in den letzten Jahren einer großen Aufsplitterung unterworfen war. Gilt das alte Verständnis oder sind alle Lohn- und Gehaltsabhängigen heute dazuzurechnen, mit Ausnahme der Führungs- und Leistungshierarchie? Nach dem alten Verständnis wäre soziologisch keine Mehrheit im Volke mehr vorhanden!

Auf Seite 22 heißt es: *Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus.* Da erhebt sich die Frage, wer sind eigentlich diese „anderen Werktätigen“? Früher gab es die Klasse der Bauern. Als Bündnispartner waren in alten Zeiten die Kleinbauern gemeint, diese sind inzwischen nahezu unbedeutend geworden, zahlenmäßig und ökonomisch kaum mehr relevant. Wer soll der Bündnispartner dann sein? Die Selbständigen oder gar die kleine und mittlere Bourgeoisie? Das wäre dann doch eine gravierende Fehleinschätzung. Überläufer aus der feindlichen Klasse, so es sie in nennenswerter Zahl überhaupt gibt, sind keine Bündnispartner. Nicht nur die großen Konzerne sind glühende Anhänger des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Die DKP will uns weismachen (S.33), daß „auf der anderen Seite“ also auf Seiten der Arbeiterklasse, „auch kleine und mittlere Unternehmen“ stehen, „die alle der ökonomischen und politischen Herrschaft des Monopolkapitals unterworfen sind.“ Da werden Ausnahmen aufgeblasen zur klassenübergreifenden Volksfront. Es geht eben nicht nur um eine „kleine Gruppe von Konzernherren“, sondern um

die Kapitalistenklasse insgesamt, die alle Ebenen dieser Gesellschaft beherrscht, die viel mächtiger ist, als es im DKP-Programm aufscheint. Völlig falsch liegt dieses auch mit der Behauptung: „Die Aktivitäten linker Kräfte, Parteien und Organisationen haben zugenommen“. Da muß man sich fragen, was heißt eigentlich „linke Kräfte“? Wiederum wird alles vermischt. Die kommunistischen, revolutionär ausgerichteten Kräfte in Deutschland haben leider nicht zugenommen, sie haben im Gegenteil rapide abgenommen. Bei dem hohen Anteil von Älteren und angesichts dessen, daß Jüngere fast überhaupt nicht zu gewinnen sind, kommen wir leider dem Punkt des Verschwindens der noch vorhandenen Kader immer näher. Ändern könnte sich das nur, wenn bei schweren Erschütterungen der objektiven Verhältnisse eine neue, sich politisierende Klassenbewegung entstünde. Was sich in den letzten Jahren gezeigt hat an Bewegungen wie die Friedensbewegung vor dem Irak-Krieg, wie die Sozialbewegung z.B. gegen Hartz IV, die Bewegung der Globalisierungskritiker usw., so sind sie wegen Erfolglosigkeit nahezu alle wieder versackt. Als Ein-Punkt-Bewegungen haben sie zudem ihre politische Begrenzung nicht überschritten, konnten ihrem Charakter nach gar keine systemfeindlichen Züge annehmen. Von zeitweisen Regungen sozial betroffener Arbeiter abgesehen, ist der angeführte „Druck außerparlamentarischer Bewegungen“ eine Wunschvorstellung der DKP. Es fehlt der Partei also weiterhin an nüchterner realistischer Analyse der eigenen Situation, was negative Folgen haben muß, Illusionen erzeugt. Wenn die DKP mit ihrer Aussage „zugenommen“ die Formierung der Linkspartei PDS/WASG meint, dann muß sie das sagen. Das ist natürlich keine Formierung zu einer sozialistischen oder gar marxistischen Partei. So positiv es ist, wenn es zumindest wieder politisch einen organisatorischen linken Flügel der bürgerlichen Gesellschaft gibt, so darf man doch nicht die Augen verschließen, daß höchstens eine linkssozialdemokratische Partei das Resultat sein wird. Wobei auch hier von einer „Zunahme“ zu reden in Frage gestellt werden muß. Wie viele Mitglieder hatte die PDS vor fünf Jahren, wie

viele heute? Hat sie nicht sogar große Wählermassen verloren und an Aktivitäten im Osten stark eingebüßt? Das falsche Bild ergibt sich, weil der Absturz der Wahlbeteiligung nicht berücksichtigt wurde. Das kann man doch nicht übersehen, das ist doch keine positive Entwicklung. Und was ist mit der Zunahme neofaschistischer Tendenzen vor allem im Osten, ein Kapitel, das im DKP-Programm einfach zu kurz kommt.

Positiv ist immerhin das Versprechen: „Die DKP beteiligt sich weiterhin an der weiteren Entwicklung des Diskussionsprozesses zwischen linken Parteien und Organisationen und anderen antikapitalistischen Linken.“

Die DKP scheint sich sicher, „dass es die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse ist, die ihr die Kraft gibt, zum Hauptträger des Widerstands und der Veränderung der Gesellschaft zu werden.“ Das kann man nur hoffen, eine Garantie dafür gibt es nicht. Bei dem gegenwärtig vorherrschenden Individualismus und dem Konsumismus in der Arbeiterschaft wären kulturrevolutionäre Veränderungen die Vorbedingung. Auf absehbare Zeit müssen wir leider davon ausgehen, daß die deutsche Arbeiterklasse mehr als Klasse an sich, als als Klasse für sich zu bewerten ist. Klassenbewusstsein läßt sich nicht künstlich und voluntaristisch erzeugen, Kommunisten können es nur fördern. Im Programm steht auch nichts davon, daß es für Marxisten in der gegenwärtigen politischen Eiszeit mehr auf Qualität als auf Quantität ankommen müsste. Bei der Schwäche der verbliebenen Kommunisten wäre es auch schädlich, sich in Aktivitäten zu verzetteln. Wenn der Wind sich wieder dreht und das Eis zu brechen beginnt, wird es darauf ankommen, ob noch marxistische Kader vorhanden sind, die mit ihrer Theorie und Politik das Abgleiten von Massenbewegungen in chaotische Verhältnisse verhindern können und die imstande sind, die Idee des Sozialismus in die neue Bewegung einzutragen.



DKP und Gewerkschaften

Die DKP schreibt den Gewerkschaften für „die Organisierung der Arbeiterklasse und für das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen eine Schlüsselrolle zu. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind die umfassendste Klassenorganisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der organisierte Ausdruck ihrer gemeinsamen Klasseninteressen.“

Verwunderlich ist es allerdings schon, daß die Gewerkschaftsfrage im Parteiprogramm auf nur knapp 1 ½ Seiten abgehandelt wird.

Dabei handelt es sich dann um durchaus richtige und wichtige Feststellungen, von denen einige allerdings aus dem Reich voluntaristischer Träume zu kommen scheinen, dagegen stammen andere aus dem ABC kommunistischer Gewerkschaftspolitik.

Die Aussagen sind meist allgemein gehalten und werden nur äußerst selten wirklich konkret.

Nun zu einigen Passagen:

Anfangs wird die Wichtigkeit der Einheitsgewerkschaften betont „an deren Aufbau die Kommunistinnen und Kommunisten nach dem Hitlerfaschismus wesentlich beteiligt waren und in denen sie stets aktiv mitgearbeitet haben. Sie waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse unseres Landes in der Vergangenheit bedeutende soziale und demokratische Errungenschaften durchsetzen und behaupten konnten.“

Dabei war „die Existenz der DDR als ‚unsichtbarer Verhandlungspartner‘ eine Unterstützung für die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Kämpfen.

Auch deshalb hatte die Niederlage des Sozialismus in Europa tief greifende Auswirkungen auf die organisierte Arbeiterbewegung, und besonders auf die Gewerkschaften in der BRD.“

Bei den Angriffen auf die Arbeiterklasse durch den mächtigen Feind „Monopolkapital“ sind auch in Zukunft starke, an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Gewerkschaften unentbehrlich. Die DKP „wirkt für die Stärkung der Gewerkschaften. Sie verteidigt die Tarifautonomie und

bekämpft“ die „Angriffe reaktionärer Kräfte, die die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zerschlagen“ wollen.

In diesem Sinn wendet sich die DKP gegen einen Mißbrauch der Gewerkschaften für eine Modernisierungskoalition, gegen die Logik vom Standort Deutschland, die beinhaltet, ihn „für in- und ausländisches Kapital attraktiv zu machen und die besten Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen.

Wir wenden uns dagegen, daß sich Teile der Gewerkschaftsführung nach wie vor in diese Politik einbinden lassen.“

In der DKP wird die Wunschvorstellung gepflegt, daß sich die Gewerkschaften, wollen sie eine Zukunft haben, von der Unterordnung unter die SPD lösen müssen:

Vielmehr sollten sie „eine autonome Interessenvertretung betreiben, selbst politisch und Teil einer Massenbewegung gegen Erwerbslosigkeit und neoliberale Zerstörung werden.“

Hier wird den Gewerkschaften eine Rolle zugeschrieben, die sie gar nicht ausführen können. In diesem Sinn geht es weiter:

„Der DKP geht es um die Überwindung von Widersprüchen und Inkonssequenzen in der gewerkschaftlichen Politik und damit um eine Erhöhung des Ansehens, der Glaubwürdigkeit und der Kampfkraft der Gewerkschaften.“

Damit wären wir bei den Aufgaben von DKP-Mitgliedern in den Gewerkschaften:

Sie „sind ihren Möglichkeiten entsprechend Mitglieder der Gewerkschaften. Sie setzen sich dafür ein, dass die Einheitsgewerkschaften zu autonomen, kämpferischen Klassenorganisationen werden, die die unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Strömungen vereinen. Kommunistinnen und Kommunisten leisten theoretische und praktische Beiträge dazu, die Klassenorientierung der Gewerkschaftspolitik zu stärken, dafür antikapitalistische Positionen zu entwickeln und das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft in ihnen als notwendig und möglich zu propagieren.

Die DKP tritt für starke und kämpferische Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Ausbildungsvertretungen

und gewerkschaftliche Vertrauensleutekörper ein. Sie wirkt für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer und internationaler Ebene, um ein Ausspielen nationaler Belegschaften gegeneinander zu verhindern und gemeinsam in den Klassenauseinandersetzungen zu handeln.“

Was nicht zur Sprache kommt:

Die alte Erfahrung, daß Genossen und Genossen in die o.a. Gremien gewählt wurden – nicht weil, sondern obwohl sie Kommunisten sind – passt nicht ins Bild.

Im Parteiprogramm wird kein Wort über die fortschreitende Entpolitisierung der Gewerkschaften verloren. Passt das auch nicht ins Bild oder wird es nicht wahrgenommen?

Es wird keine Auseinandersetzung darüber geführt, was den Verlagerungen von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer entgegengesetzt werden kann und wie damit in den Gewerkschaften umzugehen ist.

Zum organisatorischen Zustand der DKP

aus: 8. Tagung des Parteivorstands der DKP – 09./10. September 2006, Essen

„Zu den politischen Herausforderungen und den Aufgaben der DKP, ausgehend von der realen Stärke“ von Christian Koberg, Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes

Vorbemerkung: Die exakte Mitgliederzahl wurde vom Referenten nicht genannt, dürfte aber bei etwa 4000, möglicherweise auch bereits darunter liegen.

Als Grundlage für die folgenden Daten benennt Koberg die Mitgliedsbuchneuausgabe zum Jahreswechsel 2005/06 (die allerdings bis September nicht abgeschlossen war) und Erfassungskarten, wobei „...viele Karten sehr mangelhaft und zum Teil oberflächlich ausgefüllt...“ worden waren

Unter Berücksichtigung dieser sich daraus ergebenden Unge-

Die antimonopolistische Umgestaltung der Gesellschaft

Obwohl im neuen Programm der DKP (auch Kritik geübt wird („Auch die Kommunisten in der Bundesrepublik haben fehlerhafte Einschätzungen mitgetragen.“), gilt diese Erkenntnis offenkundig nicht für die bekannte These des antimonopolistischen Bündnisses und die sich daraus ergebende des antimonopolistischen Kampfes.

Zeitlich wird die ideologische Grundlage dafür mit Lenin bereits mit dem Ende des 19. Jahrhunderts angesetzt (im Kapitel „**Entwicklungsstadien des Kapitalismus**“). Der Begriff des „**monopolistischen Kapitalismus**“ wird als ökonomischer Kern des Imperialismus vorgestellt.

Dazu Zitate von Wilhelm Liebknecht: Er bezeichnet „**Monopol**“ als „**Alleinbesitz; ausschließliches Recht, ausschließlicher Besitz.**“ Monopol ist eine „**kapitalistische Vereinigung und Verflechtung zur Beherrschung der Produktion und des Marktes, wodurch die Gewinne der Kapitalisten um ein vielfaches gesteigert werden.**“ Unter „**Mono-**

polkapitalismus“ versteht er die „**moderne Form des Kapitalismus, die durch die Herrschaft von Monopolen gekennzeichnet ist. Dieses höchste und letzte Stadium des Kapitalismus ist der Imperialismus. Kartelle, Syndikate, Trusts haben die freie Konkurrenz verdrängt. ... Internationale kapitalistische Monopolistenverbände, die die Welt wirtschaftlich unter sich aufteilen. Die Aufteilung unter den imperialistischen Großmächten ist beendet.**“

In der Folge wird zwar von weiteren Entwicklungsprozessen, aber eben **innerhalb** dieses „**monopolistischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus**“ gesprochen. Diese sind zu einem großen Teil richtig wiedergegeben. Nicht richtig ist aber zum Teil die Behandlung der neuesten Entwicklungstendenzen: „**Der Kapitalexport hat ein noch größeres Gewicht erlangt. Allerdings gibt es auch hier neue Tendenzen:**

• **Ein größerer Teil der Auslandsinvestitionen geht in den industriellen Bereich und dient heute immer weniger**

dem Aufbau neuer Produktionsanlagen, Finanz-, Dienstleistungs- und Handelsunternehmen, sondern dem Aufkauf bzw. der Beteiligung an bereits bestehenden.

• **Eine andere Tendenz betrifft die Richtung der Kapitalströme. Der überwältigende Teil der weltweit angelegten Auslandsinvestitionen von Großunternehmen der ‚Triade‘ – USA, EU und Japan – geht heute nicht mehr in ‚rückständige‘ Länder, sondern wird überwiegend in diesen imperialistischen Metropolen selbst getätigt. Der ‚Rest der Welt‘ wird – wenn auch in unterschiedlichem Maße – in der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere hinsichtlich der modernen Technologien, immer mehr abgehängt. Das gilt vor allem für die Länder Afrikas.“**

Wie paßt die Entwicklung in China und Indien, aber auch in anderen Ländern Asiens, in dieses Schema? Was passiert in Lateinamerika?

Die Schlußfolgerung aus obiger Einschätzung lautet denn auch: „**Im Ergebnis der heutigen Konzentrations- und Zentralisationsprozesse bildet sich nicht nur eine neue, noch höhere Stufe**

nauigkeiten ist die Partei wie folgt aufgestellt:

- 89,4% der Mitglieder von 1999/00 konnten noch erfasst werden
- von den 786 seit 2000 bis Ende 2005 neu aufgenommenen Mitgliedern blieben 536, was bedeutet, dass „*es uns auch nicht gelingt, neue Mitglieder in der Partei zu integrieren...*“ (Ch. K.)
- das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 59 Jahren und 55% sind über 60 Jahre
- 21% waren schon vor 1968 in KPD bzw. SED
- 24% sind erst nach 1990 eingetreten
- 55% sind in einer DGB-Gewerkschaft organisiert, 2000 waren es noch 60%
- 3,1% haben betriebliche Funktionen
- 7,4% haben gewerkschaftliche Funktionen
- 32% sind beschäftigt als Arbeiter, Angestellte, Beamte, Auszubildende sowie in Berufen in Wissenschaft und Technik

- 82 Mitglieder sind in der SDAJ organisiert, das ergibt 5 Mitglieder pro Bundesland (im Schnitt)
- die Partei leistet sich (noch) 3,5 hauptamtliche Stellen (*)
- Mitglieder sind in ca. 265 Parteilgruppen – davon 11 Betriebsgruppen – organisiert
- davon reagierten 146 Gruppen auf den zentralen Fragebogen
- im Westen beteiligen sich ca. 30-35% der Mitglieder an Aktivitäten
- in der Hälfte der Gruppen werden Bildungsabende durchgeführt
- in 101 der Gruppen existieren arbeitende Gruppenvorstände
- Ergebnis: Nur ein Drittel der Mitglieder beteiligt bzw. informiert sich

„*Wenn wir keine Änderung schaffen, steht ernsthaft unsere Parteilgemeinschaft in Gefahr.*“ (Ch. K.)

(*) „*Jetzt sind wir bei 3,5 Stellen und müssen über die Streichung einer weiteren Stelle nachdenken. Denn:*

Zehn Prozent weniger Mitglieder – und davon nur 90 Prozent, wenn überhaupt, kassiert –, das heißt real, eine Stelle weniger.“ (Ch. K.)

Zur Lage der DKP - Wochenzeitung „Unsere Zeit – UZ“
(nach Informationen der Redaktion)

Mit der Mitgliedsbuchneuausgabe sollte die Beitragszahlung auf Lastschriftverfahren umgestellt werden. Dazu gebe es aber „*wenig Bereitschaft in der Partei*“.

- die Auflage wird mit 7202 beziffert
- im Januar 2006 verfügte die UZ über 6482 Abonnements
- 1876 Mitglieder sind Abonnenten der Parteizeitung
- 652 Mitglieder bezeichnen sich als Mitleser der Zeitung

he

der Monopolisierung und der damit verbundenen Vergesellschaftung heraus. Noch mehr als zu Lenins Zeiten gilt, dass damit die materiellen Voraussetzungen für die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus geschaffen werden.“ (sic!)

„Die ökonomischen Entwicklungen in der heutigen Phase des Monopolkapitalismus vollziehen sich im Widerstreit der Interessen, in sich verschärfender Konkurrenz, in Konflikten zwischen den Transnationalen Konzernen, zwischen diesen und nationalem Monopolkapital und nichtmonopolistischem Kapital. Dabei mobilisieren die Konzerne und Kapitalgruppen aufgrund ihrer Herkunft und ökonomischen Verankerung außerökonomische Mittel. Eine besondere Rolle spielen dabei Staaten und supranationale Institutionen.“ (?)

Das anschließende Kapitel behandelt „**Kapitalismus und Staat**“.

Wir lesen: „Kapitalismus und moderner Staat sind in einem komplizierten geschichtlichen Prozess entstanden und ihre Entwicklung hat sich gegenseitig bedingt.“

Die Aufgabe des Staates ist es, über die kapitalistische Konkurrenz hinweg, die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse zu organisieren und ihre Herrschaft abzusichern.“

Also, das war doch etwas anders: Nicht der Staat hat die bürgerliche Klasse organisiert, sondern diese hat sich im Kampf für die Durchsetzung ihrer ökonomischen (und damit auch ihrer politischen) Interessen in einer Gesellschaft, die die Entfaltung dieser gehemmt hat, sich zur Klasse organisiert und sich zur Ausübung dieser Herrschaft, die sie anstrebte, den bürgerlichen Staat erst geschaffen!

Lesen wir weiter: „Mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus ging es darum, die Monopolisierung voranzutreiben und für das Monopolkapital neue Expansionsräume durch die Eroberung von Märkten und Kolonien zu erschließen. Diese Politik mündete in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt und in imperialistischen Eroberungskriegen.“

Mehr und mehr konnte sich das Monopolkapital nur mit Hilfe ständiger direkter wirtschaftlicher Tätigkeit des Staates reproduzieren. Der staatsmonopolistische Kapitalismus wurde zur Existenznotwendigkeit des Kapitalismus.“

Wurde! Selbst wenn man der Bezeichnung „staatsmonopolistischer

Kapitalismus“ für diese geschichtliche Phase zustimmt, so wird überhaupt nicht thematisiert, daß diese ja anscheinend so erfolgreiche Erscheinungsform einerseits ein (notwendiger) Reflex auf die enormen Entwicklungsprobleme eines sich (zumindest damals) eben noch entwickelnden Kapitalismus war und andererseits ein Ausdruck davon, daß dieser Kapitalismus in eine existentielle Krise geraten war, die nur mit brutalsten Mitteln bewältigt werden konnte. Es war eben nicht die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus!

Ziemlich statisch geht die Betrachtungsweise dann weiter. Zwar wird festgestellt: „In den letzten Jahrzehnten hat es auch im Instrumentarium des staatsmonopolistischen Kapitalismus Veränderungen gegeben. Die direkte Unternehmertätigkeit des Staates wurde durch Privatisierungen des Staatseigentums zurückgenommen.“

Das heißt einmal, wir leben immer noch, und zwar bis heute, in der gleichen Entwicklungsstufe des Kapitalismus wie vor dem 1. Weltkrieg!? Andererseits ist den Verfassern offenbar nicht aufgefallen, daß die oben gegebene Begründung bzw. Definition des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch die von ihnen (richtig) festgestellten Veränderungen aufgehoben ist. Durch einen sprachlichen Trick werden sie lediglich dem Bereich des Instrumentariums zugewiesen!

Wir lesen weiter: „Seit den 70er Jahren haben sich auch immer stärker internationale Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgebildet. In Europa sind immer mehr Regulierungsformen an die EU übergegangen.“ Ja, was denn jetzt? Staatsmonopolistisch? Es kommt noch besser:

„Als neues Moment zeichnen sich im Zusammenhang mit der Globalisierung Keimformen eines globalen staatsmonopolistischen Regulierungssystems ab, mit dem die Krisenpotentiale der kapitalistischen Weltwirtschaft und die zwischenimperialistischen Widersprüche in Schach gehalten werden sollen.“ Aha!

Fassen wir bis hierher zusammen: Wir haben seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein Entwicklungsstadium des Kapitalismus: der monopolistische Kapitalismus als ökonomischer Kern des Imperialismus. Er ist mehr oder weniger gleichbleibend, lediglich das Instrumentarium verändert sich.

Wie und warum das Ganze zustande kam, erfährt der interessierte Leser nicht. Es heißt lediglich (auf Seite 7 unten): „Die Anforderungen der Vergesellschaftung der Produktion, die Systemkonkurrenz mit dem Sozialismus und der Kampf der Arbeiterbewegung machten ein immer direkteres Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess im Interesse der Monopole notwendig. Die Macht der Monopole und die Macht des Staates vereinigten sich zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.“

Diesen Satz muß man sich allerdings auf der Zunge zergehen lassen! „Die Macht der Monopole“, das ist einigermaßen klar. „Die Macht des Staates“: Wer ist dieser Staat? Ein unbekanntes Drittes, das über den Menschen und den Monopolen schwebt? Oder ist die Formulierung doch nur eine Tautologie?

„Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“ (Friedrich Engels, „Anti-Dühring“)

Ein „Zuckerl“ sei noch aufgespießt (auf Seite 7, Mitte): „Lenin charakterisiert den Platz des Imperialismus in der Geschichte infolge der neuen Stufe der Vergesellschaftung als ‚Übergangskapitalismus‘, als materielle Vorbereitung des Sozialismus.“ Diese Stelle ist aber offenbar kein Ausrutscher, das Ganze hat vielmehr System:

„Lenin charakterisierte den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus, als den Vorabend der proletarischen Revolution. Seine ökonomische Grundlage und sein Wesen sind das Monopol, das gesetzmäßige Produkt des kapitalistischen Akkumulationsprozesses auf einer hohen Stufe der Konzentration der Produktion und der Zentralisation des Kapitals. Das Monopol, aus der freien Konkurrenz entstanden, negiert diese und wird zu einer neuen Qualität in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Dies entspricht einer höheren Stufe der Vergesellschaftung der Produktion auf der Basis der kapitalistischen Ausbeutung und gibt ihrerseits der Vergesellschaftung einen weiteren Auftrieb. Der Prozeß der Kapitalakkumulation erhält

durch das Monopol neue Entfaltungsmöglichkeiten, wodurch Bedingungen für eine weitere rasche Entwicklung der Produktivkräfte geschaffen werden.

Deren gesellschaftlicher Charakter wird immer ausgeprägter und gerät folglich in immer stärkeren Widerspruch zu den durch die kapitalistische Aneignung charakterisierten Produktionsverhältnissen.

Das Monopol, als kapitalistische Anpassung der Produktionsverhältnisse an den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, verstärkt gleichzeitig notwendigerweise den Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, da es der hohen Stufe der Vergesellschaftung der Produktion nicht die gesellschaftliche Aneignung, sondern im Gegenteil das Eigentum einer immer kleineren Gruppe von Monopoleigentümern, der Finanzoligarchie, gegenüberstellt. Der grundlegende Konflikt bleibt bestehen und verstärkt sich. Der Kapitalismus hat seine historische Aufgabe erfüllt; er hat die Produktivkräfte hervorgebracht, die den Sozialismus-Kommunismus erfordern." (Aus der Einleitung von *„Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“*, Nr. 22 der Schriften des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften bei der DAW zu Berlin, 1967, Akademie-Verlag, Berlin-DDR)

Von daher weht also der Wind! Von wegen „Auch die Kommunisten in der Bundesrepublik haben fehlerhafte Einschätzungen mitgetragen.“ Sie tragen sie immer noch mit und machen sie zur Maxime ihrer Politik!

An dieser Stelle soll der Versuch einer „Analyse“ des Geschilderten gemacht werden, d.h. der Versuch, herauszufinden, warum das Programm so und nicht anders formuliert wurde, warum diese Begriffe verwendet werden und nicht andere:

Unstrittig ist es zum Teil der „Zerrissenheit“ der Parteimitgliedschaft geschuldet. Ein Grund könnte auch sein, daß man nicht mit „Gewohntem“ brechen will, mit der „Tradition“. Ein Grund ist sicher auch, daß ein Teil der Mitglieder diese Überzeugungen immer noch teilt. Ein weiterer: man müßte ja „Klassiker“ in Frage stellen!

Kein Problem ergäbe sich, würde man den Begriff „Imperialismus“ bzw. „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ einfach durch „Kapitalis-

mus“ ersetzen. Der ist grundsätzlich immer noch der gleiche wie am Ende des 19. Jahrhunderts, aber seine Erscheinungsformen haben sich doch gewaltig geändert! Die Verwendung der Begriffe so wie im neuen Parteiprogramm verkleistert und vernebelt aber; Erkenntnis wird so nicht gefördert, sondern verhindert!

Schlußfolgerungen:

So verwundert es auch nicht, wie sich die DKP ihre aktuelle Politik vorstellt:

Eher erstaunlich ist es, zunächst zu lesen (in Teil IV., *„Unser Weg zum Sozialismus“*): „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden. Voraussetzung dafür ist eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Kräfte.“

Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern sich jedoch nicht im Selbstlauf, sondern über Klassenauseinandersetzungen.“

Nach allen Erfahrungen war die DKP bisher mit derartigen Formulierungen äußerst zurückhaltend, zumal in öffentlichen Stellungnahmen.

Überlegungen wie Verbotsgefahr können in diesem Zusammenhang zwar teilweise nachvollzogen werden, dienen vielleicht manchmal aber auch nur als Vorwand. Auf jeden Fall kann die Gefahr einer Vonselbständigkeit (Das Benennverbot wird zum Denkverbot bzw. das Nichtbenennen führt zum Nichtdenken – zum nicht bedenken können.) nicht ausgeschlossen werden.

Dann geht es aber leider weiter, wie schon zu erwarten war: „Je mehr es dabei gelingt, Veränderungen im Sinne von Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft, von demokratischer Kontrolle, von Entmilitarisierung und Demokratisierung in Staat und Gesellschaft zu erreichen, je größer der Einfluss der demokratischen und sozialistischen Kräfte überall dort ist, wo Meinungsbildung stattfindet, desto besser sind die Chancen im Kampf um die Zurückdrängung der Macht des **Monopolkapitals** und für die Öffnung des Weges zum Sozialismus.“ – und schon ha-

ben wir wieder unser schönes und heißgeliebtes antimonopolistisches Bündnis!

Kein Wort der Erklärung zum Widerspruch zwischen oben und unten Gesagtem, kein Wort darüber, wieso bei Einschränkung der Macht des Monopolkapitals der Weg zum Sozialismus offen sein sollte (und: deswegen)!? Bedeutet das dann, daß bei anhaltender Macht des Monopolkapitals (wer auch immer das sein mag) der Weg zum Sozialismus verschlossen ist? Daß die nicht den Monopolen zugehörigen Kapitalisten „anders“ sind als diese, friedlicher, demokratischer? Das anzunehmen, wäre eine gewaltige Täuschung, wie doch die Geschichte auch schon mehrfach bewiesen hat!

Entweder unterliegt man dieser Täuschung selbst, oder das ganze ist als taktisches Manöver gedacht a) um verfassungstreu zu scheinen oder/ und b) um die miesen Verhältnisse auf diese Weise „auszutricksen“.

Beides wird nicht funktionieren: Bestenfalls wird man die oben genannten Ziele nicht erreichen. Schlimmstenfalls verwirrt und/oder verliert man die eigene Anhänger-schaft wieder, die man auf diese Weise gewonnen hat. (Erinnert sei hier nur an die unseligen Preisstopper-Aktionen, an den Verkauf von billigen Kartoffeln oder „sozialistischen“ Christbäumen!)

Beleg für den unter b) vermuteten Grund ist der anschließende Abschnitt *„Für einen Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“*. Zunächst werden einige der Schwierigkeiten für den Kampf unter den hier und heute gegebenen Voraussetzungen ja durchaus richtig benannt: „Heute geht es zunächst um die Verteidigung der ... Grundrechte, um die Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften ...“ „Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ... ein neuer Aufschwung ... demokratischer Bewegungen erreicht werden kann.“ „Der Vernetzung der Kämpfe und Bewegungen über Ländergrenzen hinweg kommt unter den Bedingungen der Globalisierung eine immer größere Bedeutung zu.“

Die DKP geht davon aus, dass die Spielräume für soziale und demokratische

Reformen infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und der Macht der Transnationalen Konzerne, der enormen Staatsverschuldung und des Wegfalls des politischen Reformdrucks mit dem Ende des realen Sozialismus in Europa heute außerordentlich eng geworden sind". Feststellungen, die man so größtenteils nur unterschreiben kann. Erklärt wird aber nicht, warum früher, in den letzten Jahrzehnten der alten BRD, als noch keine Abwehrkämpfe in dieser Weise zu führen waren, dieselbe Taktik offenbar auch schon angebracht war (sofern es denn eine Taktik sein sollte).

Das Fazit, das die DKP aus den obigen Feststellungen zieht, lautet: „Das bedeutet nicht, dass die Kommunisten den Kampf aufgeben.“ Pardon! Da steht: „Das bedeutet nicht, dass die Kommunisten den Kampf um Reformen aufgeben. Reformpolitik kann der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem des Transnationalen Kapitals, nicht ausweichen, sondern muss auf sie orientieren. Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltung heran.“

Da kann man nur hoffen, daß der Klassenfeind genauso blauäugig ist und diese geschickt aufgebaute Taktik nicht durchschaut! Es gibt hier auch überhaupt keinen Sprung im Denken; vielmehr stellen die Sätze eine völlig logische Folgerung aus den direkt vorher geschilderten Schwierigkeiten dar!

Und dann: Was hat der Kampf gegen die Monopole denn mit dem Bestehen der Eigentumsordnung zu tun? Verschwindet die dann, wenn die Monopole zurückgedrängt werden, oder was? Aber: man muß sich so nicht von seinen gewohnten Denkweisen und Formulierungen trennen!

Oder ist das Ganze doch nur ein genialischer Trick?

Dazu noch zwei Zitate: „Ohne antimonopolistische Eingriffe werden entsprechende Reformen und die erforderliche tief greifende Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentlichen Haushalte, von den reichen zu den armen Ländern nicht möglich sein.“ Und: „Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des antimo-

nopolistischen Kampfes solche und andere antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.“

Also doch: ein genialischer Trick: Gemeinsam gehen alle friedliebenden und demokratischen Menschen gegen die Allmacht des Monopolkapitals vor, drängen es zurück - und schon ist der Weg zum Sozialismus frei! Kein Kapitalist merkt was; die Eigentumsfrage wird gelöst. Da fragt man sich dann schon: (Wozu) brauchen wir dann eigentlich noch die Arbeiterklasse?

„Der wesentliche Schritt muss die Überführung der Banken und Versicherungskonzerne sowie der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne in anderen strategischen Wirtschaftsbereichen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum sein.“ Es sei hier nochmals auf Engels' obiges Zitat über den bürgerlichen Staat verwiesen!

Endgültig angekommen sind wir dann alle im Teil IV. des neuen Parteiprogramms, „Die Kräfte des Widerstands und des Fortschritts“:

„Folge der ökonomischen und politischen Prozesse in den entwickelten kapitalistischen Ländern, so auch in Deutschland, ist eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Auf der einen Seite steht eine kleine Gruppe von Konzernherren, Bankchefs und Multimillionären. Auf der anderen Seite steht die überwältigende Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der in der Landwirtschaft Beschäftigten, der Intelligenz, der Freiberufler und auch kleine und mittlere Unternehmer, die alle der ökonomischen und politischen Herrschaft des Monopolkapitals unterworfen sind.“

Das also sind die Kräfte, mit denen ein solches System beseitigt werden soll!? Kommentar überflüssig!

Kurzer Exkurs:

Mit den praktischen Auswirkungen einer solchen Politik konfrontiert wurde ich am letzten Samstag, als mir bei der Kundgebung gegen den NPD-Aufmarsch eine Sonderausgabe der UZ (für junge Leute) in die Hand gedrückt wurde:

Auf der Titelseite ein begeistertes sich Berufen auf Oskar Lafontaine: „Ich will den Generalstreik“. (Ob seine

Äußerung vor der letzten Wahl, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, wohl auch so begeistert aufgegriffen wurde?)

Auf Seite 2 ein Kommentar des Parteivorsitzenden Stehr: „Die Macht der Großkonzerne knacken!“

Seite 3: „Enteignet Siemens“ usw.

Letzte Seite: „Es reicht!“ DKP unterstützt den Kampf der Jugendlichen für ihre Grundrechte (z.B. das Recht auf Arbeit)!

Am Schluß soll ein Zitat stehen: Es beschreibt sehr treffend eine wichtige Problematik, die wir bei unserem alltäglichen Kampf gegen ein im Kern unmenschliches System beachten sollten:

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“ (Karl Marx „Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort“ 1858)

Die Diskussion über das neue Parteiprogramm der DKP in Stichworten

Die DKP will zwar ihrer Aussage nach keine Strömungspartei sein, aber faktisch ist sie eine.

Das Parteiprogramm drohte die Partei zu spalten. Seit dem 68er-Programm nichts Neues, außer dem Scheitern des Sozialismus. Keine Einigung in der Gewerkschaftsfrage.

Das Programm sollte nicht zu wichtig genommen werden, weil es ein Kompromiss zwischen den verschiedenen Strömungen ist.

Das Programm ist ein Kompromiss zwischen Rotfuchs, Offensiv und UZ.

Kreis um Hans Heinz Holz in NRW (Theorie und Praxis Zeitung) führte eher eine inhaltliche Programmdiskussion. Sie wollten zwischen den unterschiedlichen Flügeln vermitteln. Dafür werden sie nun heftig angegriffen.

Die UZ und der hauptamtliche Apparat kann fast nicht mehr finanziert werden. Auch für das Leverkusener Haus gilt das gleiche. Offenheit der Diskussion mit anderen Gruppen ist erfreulich.

Bericht zur neuen Situation in Großbritannien

Wie auch in den letzten Jahren gab unser englischer Genosse einen Bericht zur aktuellen gesellschaftlichen und politischen Lage in Großbritannien. Dabei ging er in einigen Bereichen in Details, die in dieser Niederschrift nicht wiedergegeben werden sollen. Er begann mit einem kurzen Beitrag über die letzten Kommunalwahlen, dann ging er auf die Entwicklung in den Gewerkschaften ein und stellte am Ende die Lage und die Stimmung in der Labour Party vor.

Bei den Kommunalwahlen, die heuer nur in England stattfanden – in Schottland und Wales sind im nächsten Jahr Parlamentswahlen – gab es je nach Region sehr unterschiedliche Ergebnisse. Im Großen und Ganzen sind die Torys jedoch als Sieger aus den Kommunalwahlen hervorgegangen. Sie konnten besonders im Süden Englands ein Comeback feiern. Auch in Mittelengland hat die Labour Party Verluste hinnehmen müssen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass einige Mitglieder aus der Parteiführung aus der Partei ausgetreten sind, weil Labour in ihrer Sicht keine Arbeiterpartei mehr ist, was Rückwirkung auf die Mobilisierung hatte. Auch in London waren die Torys erfolgreich und konnte einige Gemeinderäte zurückgewinnen. Einen ansehnlichen Erfolg konnte in Tower Hamlet, einem Londoner Bezirk, die „Respect Partei“ verbuchen. „Respect“ wurde 2004 aus einem Bündnis der britischen Antikriegsbewegung, der Stop-the-war-Coalition, heraus gegründet. Angesichts der immer weiter nach rechts driftenden Politik Tony Blairs, besonders der Beteiligung am Irakkrieg als engster Verbündeter der USA und „Schoßhündchen“ von George W. Bush, waren wichtige Kräfte der Bewegung der Meinung, man müsse links von der Labourpartei eine politische Kraft aufbauen, die ihr bei Wahlen Paroli bieten könne. Das Ergebnis war das Bündnis Respect. Um seinen Kern, die trotzkistische Socialist Workers Party (SWP),

sammelten sich Netzwerke von enttäuschten Linken: ehemalige Labour-Mitglieder, und Anhänger, Gewerkschafter, linke Muslime, Christen und andere. „Der Name Respect (Achtung, Würde) setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der politischen Schlüsselworte zusammen, für die das Bündnis stehen will: *Respect, Equality (Gleichheit), Socialism, Peace (Frieden), Environment (Umwelt), Comunity (Zusammenleben der [Religions-] Gemeinschaften) und Trade Unionism (Gewerkschaftsrechte)*“ (*DISPUT November 2006, S. 34*). Aushängeschild der Respect Partei ist der ehemalige Labourabgeordnete George Galloway, der wegen seines konsequenten Antikriegskurses aus der Labourparty ausgeschlossen worden war. Die „Respect Partei“ wurde in Tower Hamlets, einem Bezirk in dem viele Einwohner aus Bangladesch stammen, zur zweitstärksten Partei gewählt.

Im Norden Englands konnte Labour die Wahl für sich entscheiden. In den großen Städten Manchester und Liverpool gewann Labour. In Manchester mußten die Konservativen trotz großer Bemühungen eine Niederlage hinnehmen und blieben weit hinter ihrem Wahlziel zurück.

Bei den Wählern wächst die Unzufriedenheit mit der Labourregierung und vor allem mit Blair. Außenpolitisch wird Blair vor allem seine kritiklose Billigung und Unterstützung des Krieges, den Israel im Libanon gegen die Hisbollah führt, vorgeworfen. Nach englischen Zeitungsberichten waren Blair und Bush schon lange vor den Angriffen über Israels Vorhaben informiert und hatten den Plänen zugestimmt; sie verfolgten dasselbe Ziel: die Vernichtung der Hisbollah. Diese Berichte und die Bilder, die im Fernsehen ausgestrahlt wurden, und die zeigen, wie die israelische Luftwaffe – ohne Rücksicht auf zivile Opfer – Häuser und die gesamte Infrastruktur zerstörte, die ja erst mit EU-Geldern aufgebaut worden waren, und sogar Flüchtlingskonvois beschuß – verursachte eine erhebliche Aufregung in der englischen Gesellschaft. Die Angriffe auf

den Stützpunkt der UN-Beobachter verstärkte diese dann noch. Blair, der Mitwisser und Unterstützer wurde immer wieder öffentlich zum Rücktritt aufgefordert.

Auch auf dem Gewerkschaftstag – dem letzten in seiner Amtszeit – wurde Blair mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Auf Plakaten wurde er aufgefordert zurückzutreten und die Versammlung zu verlassen. Aus Protest gegen ihn zogen 40 Mitglieder der Eisenbahnergewerkschaft bei seiner Rede aus dem Saal. Mit dieser Rede erntete Blair keinen Beifall. Die Gewerkschafter folgten ihr schweigend. Die Teilnehmer des Gewerkschaftstags ließen ihn richtig auflaufen. Sie erteilten den Plänen der Organisatoren des Gewerkschaftstags, die Blair auf seinem letzten Gewerkschaftstag als Premierminister und Führer der Labour Party einen guten Abgang verschaffen wollten, eine Abfuhr.

Auch innerhalb der Labour Party ist nun die Stimmung gegen Blair umgeschlagen. Allerdings hat dies verschiedene Ursachen. Außenpolitisch ist es der Irakkrieg. Blair wird, außer der grundsätzlichen Ablehnung der Kriegsbeteiligung Englands, u.a. angelastet, dass die Ziele, die er mit seiner US-hörigen Kriegsbeteiligung im Irak zu erreichen vorgab, nicht erreicht hat. Der Aufbau bürgerlich demokratischer Strukturen im Irak ist gescheitert. Das Land scheint kurz vor einem Bürgerkrieg zu stehen. Die britischen Soldaten werden immer wieder in Kampfhandlungen verwickelt und müssen auch bei Anschlägen Opfer hinnehmen.

Andererseits wurde der Iran gestärkt. Zudem sind britische Soldaten ja auch noch in Afghanistan stationiert, wo sie immer wieder Angriffen ausgesetzt sind und in Gefechte verwickelt werden. Britische Militärs sprechen vom schlimmsten Krieg in dem sie je eingesetzt waren.

Auf der innenpolitischen Seite kam Blair mit den von ihm durchgesetzten Privatisierungen ins Trudeln. Für die Eisenbahnunglücke der letz-

ten Jahre, die teilweise eine Folge der Privatisierung von „British Rail“ waren, wird Blair mitverantwortlich gemacht. Blair hatte versprochen die Verantwortlichen für die Unglücke bestrafen zu lassen – bis heute ist jedoch gar nichts in dieser Richtung geschehen.

Das alles schädigt das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit. Die Karrieristen innerhalb der Labour Party sehen dadurch ihre Wahlchancen und damit auch ihre Aussichten auf gut dotierte Posten schwinden. So hat Blair nun auch bei diesen Leuten verspielt. Auf dem Parteitag mußte er einige Rückschläge hinnehmen. Erwähnt seien die Pläne zur Privatisie-

rung des Gesundheitssystems, sowie zur Privatisierung des „kommunalen Wohnungsbaus.“ Ein weiterer Schlag gegen Blair war die Wahl jenes Parteimitglieds ins Exekutivkomitee, das ihn letztes Jahr auf dem Parteitag als Lügner bezeichnet hatte und daraufhin von Ordnern aus dem Saal geworfen wurde.

Blairs Tage als Labourchef sind gezählt. Er hat abgewirtschaftet. Mit einem neuen Führer könnte die Partei eventuell wieder aus ihrer momentanen Krise geführt werden. Die Mitgliederzahl ist in der letzten Zeit auf die Hälfte geschrumpft. Ob Gordon Brown allerdings der richtige Mann ist, um Labour aus dem Tal herauszu-

führen, ist zu bezweifeln. Ihm ist nicht zu trauen. Er und Blair waren ja schließlich die Schöpfer von New Labour. Zurzeit läßt er in manchen Reden die alten Werte der Labour Party wieder auferstehen und hochleben.

Die Linke innerhalb der Partei wird wohl einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken. Es ist aber noch unklar, wer das sein könnte. Im Gespräch ist Ken Mitchell – ein Weggefährte und Freund des Londoner Bürgermeisters Livingston.

Die Zeit für einen Wechsel an der Spitze von Labour ist überreif – welchen politischen Spielraum der Neue haben wird und wie er ihn nutzen wird, wird sich zeigen.

Solidarität mit Kuba

Am Ende unserer Jahreskonferenz führten wir wieder die mittlerweile traditionelle Sammlung für das bedrohte Kuba durch als Zeichen der internationalistischen Solidarität. 520 Euro bekamen die Genossinnen und Genossen von „Buena Vista – Solidarität mit Kuba“. Wir dokumentieren im folgenden das Dankeschreiben und einige der Bilder, die uns zugesandt wurden.

„Liebe Genossen und Genossinnen!“

Besten Dank für Eure tolle Solidaritätsspende – damit ist die Finanzierung des Containers 2006 gesichert!

Der Inhalt geht in erster Linie in die Provinz Holguin; dort betreuen wir verschiedene Krankenhäuser (eine Alternativklinik für „grüne Medizin“, ein Kinderkrankenhaus und eine chirurgische Klinik), Sportschulen, Behinderteneinrichtungen (wir haben 40 Rollstühle und Gehhilfen dabei), Kindergärten, eine Zigarrenfabrik (Computerausrüstungen) und für die Bibliothek der Gesundheitsorganisation sind auch PCs und Bildschirme vorgesehen. Für eine Druckerei haben wir eine Filmmaschine aufgetrieben. Für die Organisation „Energy for Cuba“ senden wir Teile eines Solarkraftwerkes an die Universität in Santiago.

Im Namen unserer Gruppe bedanke ich mich nochmals für Eure Spende und verbleibe mit solidarischen Grüßen“

Obmann Stefan Krenn



Spanien: Sozialismus a la Sozialdemokratie

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage

Die offizielle Arbeitslosenzahl pendelt um zwei Millionen bzw. um die 10%. Für das „Wirtschaftswachstum“ werden für 2006 3,3% prognostiziert – etwa dieselbe Größe, die im Vorjahr erreicht wurde. Der Staatshaushalt weist Überschüsse aus. Die Zahl der Beitragszahler der Sozialversicherung steigt. Das Zahlungsbilanz-Defizit stieg 2005 allerdings auf ca. 60 Milliarden Euro. Verglichen mit anderen EU-Staaten steht Spanien aber insgesamt nicht schlecht da.

Die Spanierinnen und Spanier dagegen stehen ziemlich unterschiedlich da. Während die einen reicher werden, werden die anderen ärmer. Bei einer Inflationsrate, die auf 4 % zurecht, halten die Löhne nicht Schritt.

In den Großstädten wird ein gettoisiertes Subproletariat zahlreicher und die Ghettos kommen weiter herunter. Riots deklassierter Jugendlicher werden jeden Monat gemeldet – und stets sind dabei die „französischen Erfahrungen“ im Blick. Im Fall längerer Arbeitslosigkeit ist es für Menschen ohne Familienrückhalt von der eigenen Wohnung bis unter die Brücken oder in die Elendsquartiere nicht weit, und die traditionellen Familienzusammenhänge befinden sich in den Metropolen in raschem Verfall.

Die Hypothekenzinsen sind von Sommer 2005 bis April 2006 um ein Prozent gestiegen und werden im Lauf des Jahres um ein weiteres Prozent steigen. Die Hypothek ist in der Mehrzahl der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte der größte Brocken im Budget. In Spanien werden Wohnungen, wenn immer möglich, nicht gemietet, sondern gekauft. Das eigene Dach überm Kopf gilt als „Muss“, das allerdings für immer mehr Leute nicht mehr – oder nur unter schwersten Opfern – realisierbar ist. Millionen Arbeiterhaushalte verschulden sich dafür „bis zum Anschlag“. Einjährige Zinsbindung ist üblich. Die Banken bieten mittlerweile Laufzei-

ten von 50 Jahren an – und für die, die in dieser Zeit ihre Wohnung dann also dreimal bezahlt haben, so genannte „inverse Hypotheken“ – praktisch eine private Rente zusätzlich zur mageren staatlichen, wofür die Wohnung nach dem Ableben des Empfängers an die Bank fällt.

Auf dem Boden- und Immobilienmarkt spannt sich eine spekulative Blase fast bis zum Platzen. Aber noch hält sie. Eines der Resultate der Teuerung in diesem Sektor ist, dass 40% der Spanier bis 34 Jahre noch im elterlichen Haushalt leben, weil sie sich eine eigene Wohnung nicht leisten können. Auch die extrem niedrige Geburtenrate von 1,2 hat darin einen ihrer Gründe. Das „Normale“ in den Arbeiterhaushalten, die kein Wohneigentum geerbt haben, ist, dass ein Ehepartner für Miete oder Hypothek arbeiten geht, während der andere den Lohn zum Leben heranschafft. Unter solchen Umständen kann man sich Kinder schwer „leisten“.

Auf die Frage, wie sie mit ihren Geldmitteln über den Monat kommen, antworten 2006 17% „unter größten Schwierigkeiten“, 16% „unter großen Schwierigkeiten“ und 28% „mit Schwierigkeiten“. Die Verschuldung über Kleinkredite für Konsumausgaben steigt rasch an. Das ist ein Indikator dafür, dass Millionen Leuten „das Wasser bis zum Hals steht“. Diese Kredite kosten zwischen 25 und über 30% Zinsen.

Mehr als 30% der Arbeitsverhältnisse sind prekär – Zeit- und Saisonarbeit. Daneben gibt es einen schwarzen Arbeitsmarkt, in dem natürlich keinerlei tarifvertragliche oder gesetzliche Regelungen eingehalten werden. Vor allem „illegale“ Immigranten müssen unter diesen Bedingungen schuften. Obwohl die Zapatero-Regierung fast eine Million von ihnen „legalisiert“ hat, wird die verbleibende Zahl immer noch auf mehr als 1,5 Millionen geschätzt. Diese Menschen sind gezwungen, Schandlöhne und ihre Verwendung als Lohndrücker in Kauf zu nehmen. (Ich kenne z.B. einen Fall, in dem reiche

Deutsche ein polnisches Ehepaar für 2 € Stundenlohn beschäftigten. Und 5 Euro Stundenlohn sind eher schon „normal“.)

Streiks und Massenbewegungen

2006 verläuft hinsichtlich Streiks ruhiger als das Vorjahr. Die Gewerkschaften haben in keinem Bereich den „herbstüblichen eintägigen Generalstreik“ angesagt. Es gibt zahlreiche kleinere Ausstände, hauptsächlich bei den Öffentlichen Diensten, besonders häufig im Gesundheitswesen. In mehreren Städten haben sich die Müllwerker höhere Löhne erkämpft. Die spanischen Hafenarbeiter beteiligten sich am europaweiten Streik. In Katalonien konnten die Angestellten der Krankenhäuser (inklusive der Ärzte) kleinere Verbesserungen erreichen. Auf den Balearen streikt im Juni das Personal der (privatisierten) Krankentransport-Firmen. In der Region Valencia streikten die Metallarbeiter. In Katalonien will VW/SEAT 1500 Kollegen entlassen und einen Teil der Produktion nach Polen verlagern. Das wird kaum ohne Kampf abgehen.

Den militantesten Streik haben im Juli die Arbeiter von Citroen/Peugeot und einiger Dutzend Zuliefererfirmen, insgesamt 20 000 Kolleginnen und Kollegen, in Vigo (Galizien) durchgeführt. Er dauerte drei Wochen. An vielen Tagen wurde das Stadtzentrum von Vigo lahm gelegt. Es gab große Kundgebungen, auf denen sich die Kollegen anderer Betriebe und ein Teil der Bevölkerung solidarisierten. Es kam zu mehreren Straßenkämpfen mit der Polizei, bei denen sich die Zahl der Verletzten auf beiden Seiten ziemlich die Waage hielt und in die Dutzende ging. Dutzende Kollegen wurden verhaftet. Eine Anzahl Polizeifahrzeuge wurde verbrannt. Die Aktion endete, den bürgerlichen Medien zufolge, mit einem Kompromiss mit den Kapitalisten.

Andere soziale Bewegungen gibt es zu allgemeinen politischen The-

men und solchen örtlichen oder regionalen Charakters.

Die Demos mit den meisten Teilnehmerzahlen gab es anlässlich des sich zum 70. mal jährnden Franco-Putsches. Sie brachten es in allen größeren Städten zu Teilnehmerzahlen von Zehntausenden, in Madrid und Barcelona mehreren Hunderttausend. Überall wehten die Fahnen der Republik, auch von vielen Rathäusern und einigen Regierungssitzen der Autonomen. Die Medien bearbeiteten das Thema mehrere Wochen lang. Obwohl der Grundtenor eher in die Richtung ging, dass „beide Seiten“ Verantwortung dafür trügen, dass es zur „nationalen Tragödie“ des Bürgerkrieges kam, gab es auch viele Beiträge, die die Republik ohne Zugeständnisse an die Rechte verteidigten. Viele ehemalige Kämpfer für die Republik kamen zu Wort. (Den Republikanern, die in die SU geflüchtet waren und von denen noch einige hundert in Russland leben, gestand die PSOE¹-Regierung 2005 eine Rente zu.)

Grosse Demos junger Menschen im April, die über das Internet organisiert wurden, und u. a. in Madrid die Innenstadt lahm legten, hatten die Wohnungsnot bzw. die Immobilienspekulation zum Thema. Die Forderungen nach Regierungsmaßnahmen gegen die Spekulation und für einen sozialen Wohnungsbau werden lauter. In Valencia demonstrierten Anfang Juni Zehntausende gegen den „Stadtentwicklungsplan“ der PP²-Stadtregierung, der die Wohngebiete in „attraktiven Lagen“ der Baumafia in die Hände spielen soll.

Die ganze Mittelmeerküste entlang ist der gewöhnliche Kapitalismus mit der gewöhnlichen organisierten Kriminalität verschmolzen. Ganze Gemeindeverwaltungen sind in der Hand krimineller Spekulanten. In Marbella z.B. flogen sie auf, die Bürgermeisterin und eine Reihe leitender Gemeindeangestellter ein-

schließlich des Chefs der Gemeindepolizei wanderten ins Gefängnis, und es wurde eine Übergangsverwaltung eingesetzt. (Allein in Marbella wurden 30 000 Wohnungen illegal gebaut.) Der PP-Parlamentssprecher in Madrid, Zaplana, der aus Valencia stammt, ist mit Vorwürfen konfrontiert, er sei in kriminelle Machenschaften im Zusammenhang mit einem Freizeitpark involviert. Die Stützpunkte der Mafia reichen weit in den Staatsapparat hinein. Die „linke“ Mehrheit des Zentralparlaments hat ein Gesetz verabschiedet, das verbietet, abgebrannte Waldgebiete unterhalb eines Zeitraums von 30 Jahren baulich zu nutzen. Damit soll das jeden Sommer stattfindende systematische Abbrennen von Wäldern in „geschäftlich interessanten“ Gegenden eingedämmt werden. („Zaplana“ Freizeitpark wurde z.B. teilweise auf einem solchen Gebiet errichtet.)

Zwei Jahre PSOE-Regierung

Die gute Hälfte der Legislaturperiode ist vorüber. Die PSOE hat es bisher verstanden, eher an Sympathie hinzuzugewinnen. Ihre Zahlen bei den Meinungsumfragen liegen um die 40%. Obwohl eine Minderheitsregierung, regiert sie recht bequem. Die rechte PP-Opposition (nach den Umfragen knapp unterhalb der PSOE-Zahlen) ist unter den Parlamentsparteien isoliert. Zapatero stützt sich überwiegend auf die PSOE-, IU³- und ERC⁴-Stimmen. Aber von der IU bis zu den bürgerlichen regional-nationalistischen Parteien wie der katalanischen CiU⁵, der baskischen PNV⁶ oder der kanarischen CC⁷ verteidigen alle die PSOE-Regierung gegen die PP-Angriffe.

Zapatero tritt in der Pose des stets dialogbereiten, auch den Anliegen der kleineren Parteien Rechnung tragenden, für mehr Demokratie Eintretenden, die Interessen auch der „kleinen Leute“ berücksichtigenden „eher linken“ Sozialdemokraten auf.

Bei besonderen PSOE- oder UGT-Feierlichkeiten hat er kein Problem damit, die Faust zu heben und die Internationale mitzusingen. Er verkündet seine Vorhaben gern bei Massenkundgebungen der PSOE, die alle paar Wochen in irgendeiner spanischen Region stattfinden und die derzeitige Mobilisierungsfähigkeit dieser Partei zeigen, die nicht zuletzt vom Charisma Zapateros herrührt.

Ansonsten erschöpft sich der „Sozialismus“ der „Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens“ in Reformen, die sich gut anfühlen, aber nach Möglichkeit weder den Staat noch die Kapitalisten viel kosten, noch irgendetwas von größerer Bedeutung an den Verhältnissen in einem fortschrittlichen Sinn ändern.

Eine charakteristische Einzelheit z.B. aus der im Mai verabschiedeten „Reform des Arbeitsrechts“ (der sechsten der nachfrancistischen bürgerlichen Demokratie); die prekären Arbeitsverhältnisse werden auf folgende Weise „bekämpft“: Wenn ununterbrochen aufeinander folgende Zeitverträge insgesamt 30 Monate überschreiten, verwandelt sich das Zeitarbeitsverhältnis in ein unbefristetes; – gerechnet von Juli dieses Jahres an, so dass es die ersten Wirkungen nicht vor Januar 2009 geben kann; falls der Kapitalist seinen Zeitarbeiter nicht nach 29 Monaten im Dezember 2008 entlässt und dessen Nachfolger „von vorn anfangen“ muss. Freilich dürfen die Kapitalisten Zeitarbeitsverträge ab sofort in unbefristete umwandeln. In dem Fall erhalten sie, je nach Kategorie des Arbeitsplatzes, zwischen 800 und 3200 € – pro Jahr, ohne zeitliche Begrenzung. (Die Gewerkschaften haben dieser „Reform“ zugestimmt, die IU war dagegen.)

Ein anderes Beispiel: Die Zapatero-Regierung fördert den Bau von Wohnungen für Menschen, die sich auf dem „freien“ Wohnungsmarkt keine leisten können. Diese sind trotz Förderung auch nicht billig, aber an-

¹- Partido Socialista Obrero Español – Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, sozialdemokratisch

²-Partido Popular – Volkspartei, rechtskonservativ

³- Izquierda Unida – Vereinigte Linke, sozialistisches Parteienbündnis

⁴- Esquerra Republicana de Catalunya – Republikanische Linke Kataloniens, katalanische Regionalpartei

⁵- Convergència i Unió – Konvergenz und Einheit, konservativ-national, katalanische Regionalpartei

⁶- Eusko Alderdi Jeltzalea/Partido Nacionalista Vasco – Baskische Nationalistische Partei, nationalistisch-konservativ-christlich, baskische Regionalpartei

⁷- Coalición Canaria – Kanarische Koalition, liberale Regionalpartei

gesichts des Mangels heiß begehrt. Welchen geringen Umfang diese Förderung hat, illustriert die Art ihrer Verteilung: Tausend oder zweitausend Menschen kommen, versehen mit einem irgendwie ergatterten Berechtigungsschein, zu einer Versammlung, auf der diese Wohnungen *verlost* werden – stolze vierzig Stück z.B. für die o.g. Zahl von Leuten ... Der Rest geht leer aus und kriegt vielleicht wieder einen Berechtigungsschein für die nächste Lotterie.

Neuerdings arbeitet das Wohnungs-Ministerium allerdings an einem Gesetzentwurf, der angeblich 25% der Neubauten als „sozial geschützt“ ausweisen soll und mit dem der Spekulation angeblich Grenzen gesetzt werden sollen. Das wäre eine kleine Verbesserung. Aber vermutlich wird die PSOE das Projekt „nicht so heiß essen, wie sie es kocht“.

Gegen ein neues Gesetz für das Erziehungswesen liefen die PP und der katholische Klerus vergeblich Sturm. Der Grund ist eine vorsichtige Beschränkung des Einflusses der katholischen Kirche auf das Bildungswesen zugunsten der staatlichen (laizistischen) Einrichtungen. Ab 2007 soll der bisher vom Staat reichlich finanziell versorgte katholische Klerus in mehreren Schritten von der Zahlungswilligkeit seiner Anhänger abhängig gemacht werden: Die Leute müssen bei der Steuererklärung angeben, ob sie der katholischen Kirche Steuern zahlen wollen, die gegebenenfalls weiterhin vom Staat eingezogen werden. Zum Leidwesen der Gottesdiener sieht es danach aus, dass das nicht mehr als 30% der Steuerzahler tun werden. Und ab Herbst dieses Jahres wird die katholische Kirche der Mehrwertsteuer unterworfen, von der sie bisher ausgenommen war.

Neue Statuten für die Autonomien

Spanien ist in 17 autonome Regionen gegliedert. Mit Ausnahme der Region Madrid (PP regiert) wollen alle ein neues Statut mit erweiterten Rechten. Die Region Valencia hat ihres bereits, durchgesetzt von PSOE und PP gemeinsam, gegen die IU und eine kleine regionale Partei. Für Navarra gibt es einen gemeinsamen Entwurf aller Parteien. Das katalonische trat im Juni per Referendum in Kraft.

Die Verfahrensweise ist: Die jeweilige Region erarbeitet einen Vorschlag. Dieser wird vom Zentralparlament bestätigt bzw. modifiziert. Das Ergebnis geht zurück an die Region und wird dort dem endgültigen Beschluss des Regional-Parlaments bzw. einem Referendum unterworfen.

In den Regionen, die eigene Nationalitäten repräsentieren und wo regional-nationalistische Parteien stark sind, gibt es darüber erbitterte Auseinandersetzungen, weil dort die Stärkung der Region mit der jeweiligen „nationalen Frage“ verknüpft wird.

Auf der einen Seite steht die PP, die – ohne das allzu offen sagen zu können – erstens gegen die Stärkung der Autonomien und für die Machtkonzentration beim Zentralstaat ist, und zweitens – gegen die augenscheinliche Realität – darauf besteht, dass Spanien eine homogene Nation sei. Sie knüpft damit an das francistische Erbe an. Während der Franco-Diktatur wurden die regionalen Besonderheiten, insbesondere der Gebrauch der eigenen Sprache, schwer unterdrückt.

Alle anderen Parteien treten für die Stärkung der Autonomien ein, haben aber in der Frage der Nation unterschiedliche Positionen – von der Verwandlung Spaniens in eine Art Bundesstaat nach deutschem oder US-amerikanischem Vorbild über das Konzept einer Föderation bis zu selbstbestimmten Regionen, die eine Konföderation bilden – bzw. aus einer solchen ausscheiden und einen eigenen Staat bilden sollen.

Die „neuralgischen“ Regionen sind Katalonien, das Baskenland und, in geringerem Maß, Galizien, wo die parlamentarischen Mehrheiten – und wohl auch die der Bevölkerung – darauf bestehen, dass sie eigene Nationen seien. Das „Problem“ ist auch in Navarra – mit einem baskischsprechenden Bevölkerungsteil –, und in den Regionen Valencia und Balearn – beide katalonischsprachig – virulent, kommt aber zur Zeit wegen der dortigen rechten Regional-Regierungen nicht zum Tragen. Jüngst hat auch die PSOE-Regional-Regierung in Andalusien entdeckt, dass es eine andalusische Nationalität gibt.

Dass die „nationale Frage“ im Baskenland und in Katalonien so

schwergewichtig ist, liegt wohl nicht allein am Willen der Bevölkerungsmehrheiten. Beide Regionen zählen zu den reichsten in Spanien. In beiden gibt es eine Bourgeoisie, die es wohl vorteilhaft fände, ein Stück Staatsmacht in den eigenen Händen zu halten und sich zusätzlich weiter auf die des Zentralstaats verlassen zu können. Der zentralstaatlich ausgerichtete Teil der Bourgeoisie ist in diesen Regionen politisch schwach – die PP kommt bei Wahlen auf Stimmenteile um die 15%, während der regional ausgerichtete stark ist – in Gestalt der baskischen PNV und der katalonischen CiU zwischen 30 und 40% Stimmenteile. PNV und CiU repräsentieren den „gemäßigten Nationalismus“ (ihrer Region) – keine Unabhängigkeit, aber ein Stück Staatsmacht. Dieser bürgerliche regionale Nationalismus hat einen linken Flügel im Kleinbürgertum, der auch auf die Arbeiterklasse ausstrahlt – im Baskenland Arelar und die (zurzeit noch verbotene) Batasuna, in Katalonien ERC. Batasuna und ERC streben die Unabhängigkeit an.

Die Arbeiterparteien – die mehr oder weniger „noch reformistische“ PSOE wie die PCE (Kommunistische Partei Spaniens, sie ist die stärkste Kraft im Linksbündnis IU) und die kleine PCPE – stehen aus unterschiedlichen Gründen dem regionalen Nationalismus nahe, die kleine UCE plädiert für den Zentralstaat.

Die PSOE hält die Föderalisierung für ein Mittel der Modernisierung des spanischen Kapitalismus. Die öffentlichen „Dienstleistungen“ sollen möglichst weit unten organisiert (und bezahlt) werden. Auch soll durch die Befriedigung einiger regional-nationaler Ansprüche die ständige Infragestellung des spanischen Staatsbestands überwunden und der spanisch-nationale Zusammenhalt damit letzten Endes gestärkt werden.

PCE und PCPE treten aus prinzipiellen Gründen für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ein und gleichzeitig für deren Verbleib im spanischen Staatsverband auf Basis dieses Selbstbestimmungsrechts (wobei die PCE für eine Föderation, die PCPE für eine Konföderation ist). Das PCE-Programm definiert Spanien als „Nation von Nationen“. Die Lösung der „nationalen Fragen“ hat für die Kommunisten v.a. den Sinn,

eine Nebenfront der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aufzulösen, damit die Hauptfrage – der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital – klarer hervortreten kann. Gleichwohl ist die IU, in der die PCE zwar die stärkste Kraft ist, in der aber kleinbürgerliche Linke Einfluss ausüben, aus letzterem Grund nicht überall frei von kleinbürgerlichen regional-nationalistischen „Schlenkern“.

Der PSOE-Regierung ist die gewisse Konzentration der politischen Auseinandersetzungen auf die Autonomie-Statuten auch aus taktischen Gründen recht. Sie ist eine der Klammern, mit der sie die regional-nationalistischen Kräfte an sich bindet und gegen die PP in Stellung bringt. Und wer sich über *solche* Fragen aufregt, regt sich vielleicht weniger über zu niedrige Löhne, zu lange Arbeitszeiten, schlechte Arbeitsbedingungen und hohe Mieten und Lebenshaltungskosten auf. PSOE hat es mit der Lösung der Statutenfragen deshalb auch durchaus nicht eilig. Diese kann sich ruhig bis zu den nächsten Wahlen hinziehen, noch einmal als Wahlkampfthema dienen und ihre (für die PSOE) vorteilhaften Wirkungen auch noch in der nächsten Legislaturperiode zur Wirkung bringen.

ETA gibt den bewaffneten Kampf auf

Nach vier Jahrzehnten bewaffneten Kampfes hat ETA Anfang des Jahres eine einseitige unbefristete Waffenruhe erklärt und alle militärischen Aktivitäten eingestellt. Das Ziel ist die Auflösung der Militärorganisation, vorbehaltlich einer politischen Einigung mit dem Staat. Wenn es den rechtesten Kräften im Staatsapparat und in der Gesellschaft nicht gelingt, dieses Ziel durch Provokationen zu vereiteln, wird es im Lauf der nächsten Jahre realisiert werden. Der Wille dazu ist von Seiten ETAs wie der Zapatero-Regierung und der diese stützenden Kräfte vorhanden. Das ist im nachfrancistischen Spanien eine bedeutende Entwicklung.

ETA hat in vierzig Jahren an die tausend Polizisten, Offiziere, Richter und andere Staatsfunktionäre sowie Funktionäre der PP und der PSOE, sowie auch eine Anzahl unbeteiligter getötet und eine mehrfache Anzahl verletzt. Sie konnte ihre militärischen

Aktivitäten zu keiner Zeit zu einer Guerilla entwickeln, die als Methode zum Herankommen an den Kampf um die Macht hätte dienen können. Die physische Gewalt blieb im Wesentlichen auf die Funktion „bewaffneter Propaganda“ beschränkt.

ETA hat dabei eine große Zahl Kämpfer verloren. Nicht wenige starben seltsame Tode in den Gefängnissen. Die staatlichen Repressionsorgane wendeten über lange Phasen systematisch grausame Folter an. Die PSOE-Regierung unter Gonzales gründete Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts für den Kampf gegen ETA die staatliche Terror-Organisation GAL, die als Liquidierungs-Kommando eingesetzt wurde. Mehr als 700 ETA-Leute sitzen langjährige Haftstrafen ab.

ETA/Batasuna ist mit der Aufgabe des bewaffneten Kampfes politisch nicht geschlagen. Sie hat eine gewisse Massenbasis und erfahrene und kluge Kader. Bei den letzten Regionalwahlen 2005, zu denen Batasuna nicht antreten konnte, weil Aznar sie verboten hatte, erhielt die bis dahin so gut wie unbekannt PCTV (Kommunistische Partei der baskischen Gebiete) auf Anhieb 12,4 % der Stimmen, weil Batasuna aufgerufen hatte, sie zu wählen. Batasuna hält an den politischen Zielen fest – Unabhängigkeit „der baskischen Regionen“ (die sich ihrer Vorstellung nach nicht nur auch auf Navarra erstrecken, sondern weit nach Südfrankreich hinein) und Sozialismus. Lediglich die *Kampfformen* sollen beschränkt werden auf Massenmobilisierung und -organisation und die Eroberung von Positionen in den bürgerlich-demokratischen Institutionen.

Der Kern eines Friedensschlusses wird die Re-Legalisierung von Batasuna – unter diesem oder einem anderen Namen – und eine staatliche Garantie für die Freilassung der Gefangenen sein. Batasuna wird wohl keine formelle Amnestie durchsetzen können. Aber es wird wohl zu einer Lösung kommen, bei der die Gefangenen im Lauf der nächsten Jahre – bis etwa 2010 – freikommen. Zapatero veranschlagt für die Dauer des Friedensprozesses mehrere Jahre. Das dürfte sich darauf gründen, daß die ETA sich erst dann auflösen wird, wenn die Gefangenen tatsächlich freisind.

Der PP kommt mit ETA ihr Lieblingsfeind abhandeln. Der „Terrorismus“ war, ganz gegen die Absichten der baskischen Linken, ein willkommenes Schreckgespenst. Unter dem Vorwand seiner Bekämpfung ließen sich die Repressionsinstrumente ausbauen und konnte sich die PP als Bollwerk gegen den angeblich drohenden Staatszerfall und Garant der guten Ordnung anpreisen. Jetzt bietet die PP noch einmal alles auf, um einen Erfolg des Friedensprozesses zu vereiteln. Vor allem aus dem Justiz-Apparat kommen gefährliche Provokationen, die auf ein Scheitern des Friedensprozesses abzielen und von der PP und Teilen des katholischen Klerus (Medienkonzern COPE) propagandistisch begleitet werden. Aber es handelt sich um ein Rückzugsgefecht, das die Rechte hoffentlich verlieren wird.

Alle nachfrancistischen bürgerlich-demokratischen Regierungen konnten die ETA trotz großen Mitteleinsatzes nicht zerschlagen. Wenn ETA jetzt auf dem Weg von Verhandlungen aufgelöst wird, wird das die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung finden und die Vernichtungsphantasien der Rechten blamieren, die sich vier Jahrzehnte lang als unrealisierbar erwiesen haben. Die Zapatero-Regierung gedenkt als diejenige in die Geschichte einzugehen, die das „baskische Problem“ friedlich gelöst hat. Das ist ein Pfund, mit dem sie wird wuchern können.

Unabhängig von diesen jüngsten Entwicklungen bleibt die „baskische Frage“ – und ebenso die katalonische – ein Damoklesschwert über dem spanischen – und potentiell auch dem französischen – Staat. So lange die Verhältnisse stabil bleiben, wird das nicht wirkungsmächtig. Zur Zeit ist eine Balkanisierung so ziemlich außerhalb allen Vorstellungsvermögens. Aber der Möglichkeit nach existiert sie, und allein das schon ist ein politischer Faktor.

Wir haben im Fall Jugoslawien gesehen, mit welcher Unverschämtheit der deutsche Staat in die inneren Verhältnisse dieses Landes eingegriffen und zum Bürgerkrieg aufgestachelt hat. Die deutsche Rechte ist unermüdet in der Aufstöberung oder Erfindung noch der kleinsten „Ethnien“ – im Machtbereich *anderer* Staaten. Das ist der „Gen-Pool“, der für den Fall des Scheiterns der EU als

Beförderungsmittel deutschen Großmachtsstrebens in Reserve gehalten wird. Im Verhältnis zu den ost- und südosteuropäischen Staaten und Russland kommt er, vorerst selektiv und fein dosiert, auf einer Art „zweiten Ebene“ deutscher Außenpolitik schon zum Einsatz. Gegenüber Italien, Frankreich, Großbritannien, Belgien und Spanien verbietet sich für absehbare Zeit jedes Spielen mit dieser Option. Vielleicht bleibt es für immer dabei. Aber die regionalen Nationalismen, die sich als *Unabhängigkeitsbewegungen* definieren, beinhalten, ohne dass ihren linken Protagonisten in Spanien dies bewusst wäre, oder dass sie gar damit kalkulieren würden, eine Gefahr der Instrumentalisierung durch ausländische Machtgelüste.

Ausblick

Die Geschäfte gehen ihren Gang. Das bürgerliche Regime in Gestalt der „monarchischen Republik“ herrscht ungefährdet. Die revolutionär gesinnte Linke ist klein und kann ihren Einfluss nur dadurch bewahren, dass sie sich der „Tagesprobleme“ annimmt. Die Ambition der PCE, über einen „progressiven Block“ unter Einschluss der PSOE eine „Linksentwicklung“ in

Gang zu bringen, krankt an der Tatsache, daß hier der Schwanz mit dem Hund zu wedeln versucht. Der Hund aber steht fest auf dem Boden der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse.

Objektiv wächst der Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, zwischen Arm und Reich. Das traditionelle Kleinbürgertum gerät unter die Räder der monopolistischen Entwicklung – daher die „Radikalität“ kleinbürgerlicher Parteien, diese immerhin aber mit linkem Anspruch. Die nicht-monopolistische Bourgeoisie steht unter dem Zinsdruck und den – z.T. staatlich gesicherten – Konkurrenzvorteilen der Banken und Großkonzerne.

Aber alle Versuche „von unten“, die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen, gehen vorläufig in die Richtung, drohende Verschlechterungen abzuwehren oder bestenfalls „soziale Reformen“ mittels der bürgerlichen Staatsmaschinerie in Gang zu bringen, bzw. dieser solche abzutrotzen. Ein auf die Überwindung der Verhältnisse gerichtetes Bewusstsein ist nur bei einem kleinen Teil der Arbeiterklasse vorhanden, während die Mehrheit ihr Fortkommen im Rahmen dieser Verhältnisse erhofft.

Im Falle einschneidender Krisen sind allerdings die bewußtseinsmäßi-

gen Voraussetzungen für die Stärkung einer revolutionären Linken besser als z.B. in Deutschland. Die Rechte hat keinen faschistischen Flügel mit Masseneinfluss. Ein mögliches Einfallstor für eine Radikalisierung nach rechts sind die xenophoben Ängste gegenüber der massiven Immigration (die sich öfter auch „spontanen“ Ausdruck verschaffen). Sie relativieren sich daran, dass die Staatsbürgerschaft in Spanien für den „Normalbürger“ keine Sache des „Blutes“ ist und dass ein beträchtlicher Teil der Einwanderer spanischsprachig ist. Ein grosser Teil des Kleinbürgertums orientiert sich an Parteien mit linkem Anspruch.

Einschneidende Krisen werden für absehbare Zeit nicht auf dem Boden der spanischen Entwicklung selbst entstehen. Sie sind zur Zeit nur vorstellbar als Durchschlag möglicher Krisen der „Weltwirtschaft“/„Weltpolitik“ auf die spanischen Verhältnisse. Spanien selbst befindet sich noch auf dem Pfad „nachholender Entwicklung“ in Richtung Anschluss an die fortgeschrittensten imperialistischen Länder. Das Ende dieses Pfades ist allerdings in Sichtweite, und danach verändert sich die „Logik der Verhältnisse“ – wie in Italien, Frankreich oder Deutschland zu sehen ist.

2. Marxismuskonferenz vom 20. bis 22. April 2007 in Berlin

Anfang des Jahres haben 17 Wissenschaftler, Publizisten und Politiker, neun Jahre nach der 1. Marxismuskonferenz in Hannover, zu einer 2. bundesweiten Marxismuskonferenz nach Berlin aufgerufen. Thema der Konferenz ist: „Marxismus für das 21. Jahrhundert“. Im Aufruf heißt es unter anderem: Entwicklungen in der Ökonomie und Politik des gegenwärtigen Kapitalismus erfordern eine ernsthafte Debatte unter Marxisten unterschiedlicher Richtungen und drängen nach theoretischer Verallgemeinerung. Entfesselte Konkurrenz, Massenarbeitslosigkeit, Lohndrückerei, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse und soziale Polarisierung nehmen zu. Kriege sind wieder zum normalen Mittel der Politik geworden. Das Kapital kann eine Welt nach seinem „eigenen Bilde“ nur deshalb schaffen, weil die Gegenkräfte schwach, zersplittert und desorientiert sind. Wir

verstehen eine solche Tagung auch als Forum, um darüber zu diskutieren, wie diese Schwäche der Gegenkräfte überwunden und der Marxismus als Handlungsphilosophie progressiver Gesellschaftsgestaltung wieder Einfluss gewinnen kann.“

Die 2. Marxismuskonferenz wird vom 20. bis 22. April an der Fachhochschule für Technik in Berlin-Wedding stattfinden. Vorgesehen sind Plenarveranstaltungen, Vorträge sowie Seminare. Auf fünf Plenarveranstaltungen sollen folgende Themen zur Diskussion stehen: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Mit Keynes aus der Krise? Kampf um Demokratie und Menschenrechte. Für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung. Widerstand gegen Krieg und Ausbeutung. Wie im Jahre 1997 soll es eine Reihe von Einzelvorträgen geben: von Frigga Haug, von Conrad Schuhler und von Annelies Laschitzka.

In eigener Regie und Verantwortung können Zeitschriften, Organisationen, Stiftungen und Wissenschaftler im Rahmen von Seminaren oder Podiumsgesprächen über ihre Ziele und Aktivitäten informieren bzw. Forschungsergebnisse und Positionen zur Diskussion stellen. Interessenten wenden sich bitte an:

Michael Mäde
Tel.: 01774914184
Mail: michaelmaede@gmx.net
oder an

Ekkehard Lieberam
Tel.: 0341/4122610
Mail: el-leipzig@gmx.net

Zur Finanzierung der Konferenz bitten wir um Spenden auf das Konto: SEB-Bank Wuppertal, BLZ 330 101 11, Konto-Nr. 101 0325 900, Stichwort Marxismuskonferenz.

Im Namen der Vorbereitungsgruppe:
Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer,
Prof. Dr. Norman Paech

Tschechien – doch eine blaue Republik?

Wäre die Lage nicht so ernst, könnte man glauben, man schaut einem Kasperltheater zu. Doch sechs Monate nach den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung – sie fanden am 2. und 3. Juni statt – hat die Tschechische Republik zwar eine Regierung, aber keine stabile. Die momentan im Amt befindliche ist nämlich zurückgetreten, nachdem sie die Vertrauensfrage in der neu gewählten Kammer verlor, und führt die Geschäfte nur solange fort, bis sie eine neue ersetzt. Die große Frage ist, wann dies geschieht.

Der Grund für diese verfahrenen Lage ist in der Tatsache zu suchen, dass die politische Szene – und man kann sagen: die ganze Gesellschaft – in zwei Lager gespalten ist, die gleich groß sind. Auf der linken Seite der Kammer sitzen 100 Abgeordnete – 74 Sozialdemokraten sowie 26 Kommunisten, doch die Rechte hat ebenfalls 100 Vertreter – 81 sog. Bürgerliche Demokraten, 13 Christdemokraten und 6 Grüne.

Wie man sieht, sind die Bürgerlichen Demokraten (im Tschechischen abgekürzt ODS) die stärkste Partei. (Ihr Logo ist ein blauer Vogel.) Daraus ziehen sie den Anspruch, eine Regierung zu bilden und darüber hinaus auch die „Mission“, die Republik vor der „roten Gefahr“ zu retten. Diese Partei versucht, auf einem starren Antikommunismus basierend, die in einigen Teilen der tschechischen Gesellschaft immer noch existierenden Gefühle des Hasses und Furcht gegenüber der KP aufzuspitzen und in politischen Gewinn umzumünzen. Geholfen wird ihr dabei sowohl von den Christdemokraten als auch den Grünen. „Grundsätzlich“ lehnen diese drei Parteien jede Zusammenarbeit mit der KP ab – doch paradox (und für jeden unvoreingenommenen Beobachter lächerlich) ist dabei, dass es auf lokaler Ebene nicht wenige Ortsvertretungen gibt, in denen Mitglieder dieser Parteien mit den Kommunisten eine sehr gute Zusammenarbeit pflegen. Allerdings muss man jetzt hinzufü-

gen: der Kongress der ODS, der am 19. und 20. November stattfand, nahm eine Resolution an, die unter Androhung des Ausschlusses den örtlichen Organisationen jede Art von Zusammenarbeit mit den Kommunisten verbietet. Man kann neugierig sein, wie weit sich dieses Verbot in der Praxis durchsetzt. Diese rabiate Stellungnahme war jedoch kein Hindernis, während der Verhandlungen nach den Wahlen die Kommunisten ab und zu im Parlament um Unterstützung zu bitten – besonders als es schien, dass man die Einheitsfront der Linken aufbrechen könnte. Die „Warnung“, Sozialdemokraten könnten, von den Kommunisten unterstützt, eine Regierung bilden, ging ins Leere. Aber größer noch war die Furcht der rechten Parteien, auf diese Weise von der Macht (und deren Pfründe) ausgeschlossen zu werden. Für die ODS hätte es bedeutet, noch weitere vier Jahre durch die Wüste der teilweisen Machtlosigkeit zu ziehen. Deshalb nur teilweise, weil die „blaue“ Partei sonst die meisten Rathäuser der Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern im Griff hat, sie kontrolliert die regionalen Vertretungen, man findet sie sowohl im Rat der Staatsbank als auch am Verfassungsgericht stark vertreten (von dem Staatsoberhaupt nicht zu sprechen). Die Senatswahlen vom 21. Oktober (die zweite Runde fand eine Woche später statt) brachten darüber hinaus den Bürgerlichen Demokraten einen beträchtlichen Zugewinn, so dass sie jetzt 41 der 81 Senatssitze haben und zusammen mit den Christdemokraten knapp an die Zweidrittelmehrheit heranreichen, die für eine (mögliche) Änderung der Verfassung notwendig ist (welche zwar nur in Zusammenarbeit mit der Abgeordnetenversammlung möglich wäre, doch schon die Tatsache, dass eine der zwei Kammern dazu fähig ist, ist sehr wichtig).

Kurz zusammengefasst ist das scheinbare politische Theater momentan viel entscheidender, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Widerstand der Sozialdemokraten (unterstützt von der KP) gegen eine

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 153 Herbst 2006, 32 S.

- € Krieg im Nahen-Osten
- € Umverteilung nach alten Rezepten
- € NPD in Sachsen
- € Bildung als Ware
- € Zum Spanischen Bürgerkrieg
- € Rezensionen: Wer war Peter Maslowski?

Nr. 152 Sommer 2006, 36 S.

- € Nein zu einem deutschen Militäreinsatz im Kongo
- € IG-Metall-Tarifrunde 2006: Weiter in der Defensive
- € ver.di-Abschluß auf Länderebene
- € Uruguay – Teil einer linken Achse?
- € Tschechische Wahlen und danach
- € Wolfgang Abendroth – Ein Leben in der Arbeiterbewegung
- € Wahlsiege der Kommunisten in Indien

Nr. 151 Frühjahr 2006, 40 S.

- € Die soziale Kluft wächst
- € Neue Regierung – Neue Politik?
- € Zum Tod des Genossen Manfred Behrend
- € Damit Menschen in Würde leben können
- € Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!
- € Kann Ver.di die 38,5-Stundenwoche verteidigen?
- € Die Wahlen in Chile
- € Eine unmoralische Koalition

Nr. 150 Winter 2005, 40 S.

- € Große Koalition: „Heulen und Zähneklappern“
- € Streik bei Infineon
- € Die Jahreskonferenz der Gruppe
- € Nach der Wahl
- € Linkspartei.PDS und WASG nach der Bundestagswahl
- € Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?
- € Wichtige Ereignisse in Großbritannien
- € Die erste Gysi-Biographie

Nr. 149 Herbst 2005, 40 S.

- € Keine „Schicksalswahl“
- € Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei
- € Wahlprogramm CDU/CSU
- € Die Tschechische Linke heute
- € Unruhe an den Finanzmärkten

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Rechtsregierung ist sowohl ein Kampf um Machtpositionen der eigenen Partei (und was damit in materieller Hinsicht für die Teilnehmer zusammenhängt) als auch ein Kampf um die weitere Ausrichtung des Landes. Denn sieht man sich die ODS näher an, ergibt sich folgendes Bild: Zieht man die geradezu Europa-feindliche (nicht nur mehr „kritische“) Haltung der ODS in Betracht, die auf dem erwähnten Kongress völlig offen zum Ausdruck kam, dann sieht man eine Rechtspartei, die immer weiter nach rechts abrutscht. Und was vielleicht noch wichtiger ist: unübersehbar und schwerwiegend für die Bürger sowie ganz besonders für die Lohnabhängigen sind Schritte, die die Bürgerlichen Demokraten in der Innenpolitik bereit sind zu unternehmen: mit der Begründung, viele Teile des 2006 angenommenen Arbeitsgesetzbuches seien „schlecht formuliert“, will der ODS-Minister für Soziales das Inkrafttreten des Gesetzbuches, das zum 1. Januar 2007 vorgesehen ist, verschieben. Die Gewerk-

schaften sind sich klar darüber, dass diese Verschiebung – vehement von Arbeitgeberverbänden unterstützt – einem Außerkraftsetzen gleichkommt (besonders in dem Falle, die ODS würde weiterhin regieren) und sind zu Demonstrationen (und vielleicht sogar zu einem Streik) bereit. Ein anderes Zeichen, wie sich die Bürgerlichen Demokraten ihre Machtausübung vorstellen, war beim Streik der Autobusfahrer in Nordböhmen zu sehen. Der Innenminister drohte, Armeeangehörige als Streikbrecher einzustellen. Auch einige Maßnahmen im Gesundheitswesen, wie Versuche, manche Krankenhäuser zu privatisieren, zeugen geradezu von einer Sucht, den „freien Markt“ walten zu lassen ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen. „Reformieren“ ist – und die Deutschen wissen sehr wohl, was das Wort beinhaltet – einer der beliebtesten Begriffe der ODS, angefangen bei einer „Reform“ der Altersrenten.

Wenn sich auch die Verhandlungen der zwei großen Parteien in

letzter Minute, nach vorhergehender Übereinstimmung, verheddert haben und die ODS hofft, mit Hilfe einiger „moderater“ Sozialdemokraten doch noch eine eigene Regierung auf die Beine zu stellen, ist es heute (geschrieben am 24. November) ziemlich wahrscheinlich, dass dies ohne eine Teilnahme der Sozialdemokraten nicht gelingt. In diesem Falle wird das Schlimmste verhütet, denn die Sozialdemokratie – die sich wohl bewusst ist, dass ihre Wähler ihr nie vergeben würden – besteht auf einigen Vorbedingungen, überwiegend die Sozialpolitik betreffend. Wie auch immer es sei, die politische Entwicklung in der Tschechischen Republik wird in den nächsten Monaten für Außenstehende nicht nur interessant, sondern auch wichtig. Denn sollte ihr Weg eher dem polnischen ähneln, könnten sich die Folgen auch in der EU auswirken. Man denke nur an das Jahr 2009, wenn die ČR für sechs Monate den Vorsitz in der EU wahrnehmen wird.

Štěpán Steiger

Den folgenden Text schickten uns die Genossinnen und Genossen der Roten Hilfe. Wir drucken ihn leicht gekürzt ab.

Redaktion

Wie alle sozialen Bewegungen haben auch die Gipfelproteste der vergangenen Jahre gezeigt, dass dem breiten und vielfältigen Widerstand mit heftiger staatlicher Repression begegnet wird. Von daher ist es wichtig, bereits im Vorfeld des kommenden G8-Treffens alles zu tun, um den AktivistInnen einerseits einen bewussten Umgang mit den Strafverfolgungsbehörden zu vermitteln und andererseits die Grundlagen für eine spätere aktive Solidaritätsarbeit zu schaffen.

Präventive Antirepressionsarbeit

Die Formen der Repression, mit der die GlobalisierungsgegnerInnen im nächsten Jahr konfrontiert sein werden, sind breit gefächert und vor allem für junge oder aus anderen Ländern anreisende Menschen schwer überschaubar. Unwissenheit über mögliche strafrechtliche Folgen oder allgemeine Unsicherheit im

Solidarität ist eine Waffe!

Umgang mit den staatlichen Repressionsorganen kann AktivistInnen von politischem Handeln abschrecken und so die Bewegung schwächen. Das Wissen um die eigenen Rechte und um richtiges Verhalten gegenüber Polizei und Justiz (wie z. B. Aussageverweigerung nach einer Festnahme) ist eine notwendige Voraussetzung für selbstbewusstes und solidarisches Auftreten.

Zugleich müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es nach den Protesten eine Vielzahl von Verfahren geben wird, die eine Unmenge von Kosten für Prozesse, AnwältInnen usw. mit sich bringen. Damit dürfen wir die Betroffenen nicht allein lassen, sondern müssen durch aktive Unterstützung – von der Öffentlichkeitsarbeit bis zur finanziellen Entlastung – beweisen, dass Solidarität mehr ist als nur ein Wort.

Was ist die Rote Hilfe?

Neben einer großen Zahl lokaler Rechtshilfestrukturen gibt es mit der Roten Hilfe e.V. (RH) eine bundesweite Antirepressionsorganisation mit

über 4000 Mitgliedern, die strömungsübergreifend politisch Verfolgte aus dem gesamten linken Spektrum unterstützt. Diese Solidaritätsarbeit setzt sich zusammen aus politisch-juristischer Unterstützung bei Repression (Öffentlichkeitsarbeit, Vermittlung von AnwältInnen, Prozessbeobachtung) sowie finanzieller Entlastung, um die Folgen für die einzelnen Betroffenen abzufedern. Gleichzeitig ist Information über richtiges Verhalten im Umgang mit den Repressionsorganen - in Form von Broschüren oder Vorträgen - zentraler Bestandteil der Arbeit der RH, damit AktivistInnen Fehler vermeiden können, die Polizei und Justiz in die Hände spielen.

Kampf der Repression!

Auch im Vorfeld des anstehenden Gipfels in Heiligendamm weitet die Rote Hilfe ihre Arbeit entsprechend aus. So wird die Rechtshilfebroschüre „Was tun wenns brennt“ in zahlreiche Sprachen übersetzt. Die Zusammenarbeit mit EA-Strukturen aus Anti-G8-Kreisen soll die gemeinsamen Anstrengungen bündeln und

Fortsetzung nächste Seite, unten

Ungarn 1956

Vom demokratischen Protest zur mörderischen Konterrevolution

Kürzlich besuchte US-Präsident Bush Ungarn. „Ich bin hier, um die Revolution von 1956 zu feiern“, sagte er vor seinem Treffen mit dem ungarischen Präsidenten Laszlo Solyom. Die LVZ titelte ihren Bericht über diesen Besuch: „US-Präsident verneigt sich in Budapest vor Helden des Volksaufstandes“.

Diese und anderen Meldungen bzw. Berichte aus Anlass der Ereignisse in Ungarn im Oktober 1956 veranlassten Leser unserer Zeitung zu fragen, was nun im Einzelnen tatsächlich vor 50 Jahren passiert war. Der nachstehende Beitrag, der kein in jeder Hinsicht vollständiges Bild zeichnen kann, stellt sich die Aufgabe, bestimmte unleugbare Tatsachen jener Tage zu schildern.

Im September 1944 befreite die Rote Armee das mit Nazideutschland verbündete Ungarn von der Herrschaft des faschistischen Horthyregimes. Kommunisten und Sozialdemokraten begannen gemeinsam, eine

Fortsetzung Solidarität ist eine Waffe! erleichtern. Mit Spendenaufrufen wird schon jetzt Geld gesammelt, um eine finanzielle Unterstützung zu ermöglichen, da die RH die drohende Welle von Verfahren nicht allein bewältigen kann.

Zeigt eure Solidarität, indem ihr selbst spendet und in eurem Umfeld für die Kampagne werbt. Macht Soli-Veranstaltungen und eigene Spendensammlungen bei Infotischen und Vorträgen.

Auch durch eigene Rechtshilfeveranstaltungen könnt ihr dazu beitragen, die Linke gegen staatliche Angriffe zu schützen. Falls ihr dazu Fragen habt, könnt ihr euch an eine Ortsgruppe der Roten Hilfe in eurer Nähe oder an den Bundesvorstand wenden.

Eine starke Linke braucht starke Antirepressionsstrukturen. Werdet Mitglied bei der Roten Hilfe!

Weitere Infos unter: www.rote-hilfe.de Für Fragen: info@rote-hilfe.de

Um Mitglied zu werden: <http://www.rote-hilfe.de/content/eintritt.htm>

Spenden aus dem Inland an: Rote Hilfe e.V., Konto Nr. 191 100 462, Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46, Stichwort: Gipfel soli

Konto für Überweisungen aus dem Ausland: Rote Hilfe e.V., International Account Number: DE75 4401 0046 0191 1004 62, International Bank Code/SWIFT-BIC: PBNKDEFF, Bank Name: Postbank Dortmund, Reference/Memo/Purpose: G-8 Summit

antifaschistisch-demokratische Entwicklung einzuleiten. Im Juni 1948 wurde die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zur „Partei der Ungarischen Werktätigen“ (PUW) vollzogen.

Als ein schwerer Fehler erwies sich jedoch, dass bereits ab Sommer 1947 der Übergang von der revolutionär-demokratischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution und damit zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ erfolgt war. Die Auswirkungen waren schwerwiegend. Eine dogmatische und sektiererische Politik hatte zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und schweren politischen Spannungen geführt. Die weitgehend administrative Politik war von Verhaftungen, Verurteilungen und nicht wenigen Todesurteilen begleitet. In weiten Teilen der Bevölkerung herrschte eine explosive Unzufriedenheit. Die Er-

eignisse nach Stalins Tod 1952 führten dazu, dass der Chef der „Partei der Ungarischen Werktätigen“, Mátyás Rákosi, als Ministerpräsident abtreten musste. Sein Nachfolger, Imre Nagy, setzte nunmehr Reformen in Gang, wodurch er in einen scharfen Konflikt mit Moskau geriet. In Folge der heftigen Kritik an der ungarischen Reformpolitik wurde Nagy gezwungen, im April 1955 als Ministerpräsident zurückzutreten. Wenig später erfolgte sein Ausschluss wegen „Titoismus“ aus der Partei.

Aggressives Monopolkapital witterte Chance

Die Kritik des XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) an Stalin – und damit an der politischen Ordnung und gesellschaftlichen Verfasstheit der Sowjetunion – verschärfte die ohnehin kritische Lage. Während sich militante Antikommunisten in ihren Auffassungen bestätigt sahen, fühlten sich viele ungarische Kommunisten zutiefst erschüttert, enttäuscht und betrogen. Wie in anderen sozialistischen Ländern, so begann auch in Ungarn eine breite Entstalinisierungs-Debatte, vor allem in dem 1955 in Budapest gegründeten „Petöfi-Club“ und den überall im Lande gebildeten

Anzeige

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

„Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der

Roten Hilfe e.V. den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (§2 der Satzung der Roten Hilfe e.V.)

ROTE HILFE E.V.

Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen

Tel.: 0551 – 770 80 08

(Di. & Do. 15⁰⁰ – 20⁰⁰ Uhr)

Fax: 0551 – 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de

www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.

Kontonummer: 19 11 00 – 462

BLZ: 440 100 46

Postbank Dortmund

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

„Petöfi-Kreisen“. Rede- und Pressefreiheit sowie die Rehabilitierung von Stalinopfern standen hierbei im Mittelpunkt. Insgesamt stellte sich die Frage nach der Alternative für die Entwicklung des Sozialismus.

Am 18. Juli 1956 tritt Rákosi von der Funktion des Ersten Sekretärs der „Partei der Ungarischen Werktätigen“ zurück. An seine Stelle tritt Ernő Gerő. Janos Kádár und Ferenc Münich wurden ins ZK kooptiert. Veränderungen werden sichtbar. Hunderte politische Gefangene kommen frei. Eine Versöhnung mit Jugoslawien wird eingeleitet. Der ehemalige Außenminister Laszlo Rajk – im Oktober 1949 als „Titoist“ hingerichtet – wird am 2. August 1956 rehabilitiert. Am 6. Oktober findet für ihn und weitere damals zum Tode Verurteilten ein Staatsbegräbnis statt.

Die aggressivsten Kreise der internationalen Monopolbourgeoisie sahen, im Bunde mit rechtsextremen ungarischen Emigranten, in dieser zugespitzten Krisensituation eine einzigartige Chance, ihre über Jahre hinweg mit geheimdienstlichen Aktivitäten unternetzte Strategie, die noch labile sozialistische Gesellschaftsordnung zu liquidieren, in die Tat umzusetzen. Hierbei stützten sie sich auf Kräfte im Inneren des Landes, die bereit und in der Lage waren, eine Konterrevolution selbst mit dem Risiko eines internationalen militärischen Konflikts durchzuführen. Den Emigrantenorganisationen, darunter das „Kameradenbündnis ungarischer Kämpfer“ und „Bürger des freien Europas“, standen die Sender *Freies Europa*, *RIAS Berlin* und *Stimme Amerikas* zur Seite.

Vom friedlichen Protest zur organisierten Konterrevolution

Am 23. Oktober 1956 kommt es in Budapest im Anschluss an eine friedliche Studenten-Demonstration mit etwa 300 000 Teilnehmern zu Aktionen, die gegen die sozialistische Staatsordnung gerichtet sind. Bewaffnete Gruppen provozieren zunächst Zwischenfälle. Danach werden in der Nacht der Rundfunksender und das József-Fernsprechamt für Überlandgespräche gestürmt, Arsenal und Großgaragen besetzt. Zivilpersonen sind in der Lage, sich innerhalb einer Stunde Waffen und Munition aus naheliegenden Polizei-

posten und Kasernen und später – bis Mitternacht – aus Waffen- und Munitionsfabriken in Budapester Vororten zu beschaffen. In den TEFU-Depots (Lastwagen-Depots) werden allein in der Nacht auf den 24. Oktober etwa 150 Lastwagen entwendet und für die Beförderung von Truppen, Waffen und Munition genutzt.

Am Tag darauf erfolgen Angriffe auf mehrere Fabriken, das Gebäude von *Szabad Nép* (Zentralorgan der UPW) und das Parlament. Auf letzteres wurde von den Dächern des Landwirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Bauwesen sowie des Parlamentsrestaurants mit Maschinengewehren gefeuert. Zwei ungarische Tanks unterstützten den Angriff. Die Zahl der Toten liegt bei etwa 30. Ein militärisch sorgfältig vorbereiteter konterrevolutionärer Mechanismus hatte sich, generalstabsmäßig geführt, in Gang gesetzt. Es ist ein Aufstand, der in vielerlei Hinsicht an das Vorgehen der Konterrevolution gegen die Ungarische Räterepublik im Jahre 1919 erinnert.

Nagy mit Moskaus Segen erneut Ministerpräsident

Unter dem Druck der Ereignisse nahm die Führung der Partei der Ungarischen Werktätigen eine Umbildung des Politbüros, in das Imre Nagy und der Philosoph György Lukacz kooptiert werden, und der Regierung vor. Am 24. Oktober wird Imre Nagy erneut Ministerpräsident. Das geschieht in der Erwartung Moskaus, mit Nagy als einstigem Opfer stalinistischer Politik wieder Herr der Lage zu werden, ähnlich wie es in Polen mit W. Gomułka gelungen war. Doch im Unterschied zu Polen, sind in Ungarn die Aufständischen bewaffnet und agieren als eine relativ geschlossene militärische Formation. Am 25. Oktober beginnt die Staatssicherheitsbehörde gemeinsam mit sowjetischen Truppen, die in Ungarn im Rahmen des Warschauer Vertrags stationiert sind, gegen die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution vorzugehen, während die ungarische Volksarmee und die Polizei wegen ihres instabilen Zustandes weitgehend ferngehalten werden. Die Grundlage für das Eingreifen der sowjetischen Truppen ist das Ersuchen des Vorgängers von Imre Nagy. Die zunächst defensiv eingestellten Sowjets werden massiv angegriffen.

Den Aufständischen gelingt es, massenweise sowjetisches Kriegsgerät zu erbeuten, darunter Geschütze, intakte Panzer und Raketenwerfer. Als es am 26. Oktober zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen kommt, sind bereits etwa 600 Ungarn, davon 150 Sicherheitskräfte, und 350 sowjetische Soldaten gefallen.

Am 28. Oktober verkündet Nagy, der die Ereignisse als nationales und demokratisches Aufbegehren beurteilt, im Rundfunk, dass die Revolution gesiegt habe und er bereit sei, die wichtigsten Forderungen der Aufständischen zu erfüllen. Am selben Tag löst die Nagy-Regierung die Staatssicherheitsbehörde auf. Zugleich lehnte sie die weitere Hilfe der sowjetischen Truppen ab, verbunden mit der Aufforderung, Budapest zu verlassen, was auch geschieht.

Mordterror geht weiter

Während eine Vielzahl von „demokratischen“ Parteien wie Pilze aus dem Boden schießt, die auf die Wiederherstellung einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinzuwirken beabsichtigen, wird am 30. Oktober die Partei der Ungarischen Werktätigen (900 000 Mitglieder) aufgelöst und das Gebäude der Budapester Parteileitung am Platz der Republik durch vierstündiges Artilleriefeuer der Aufständischen schwer beschädigt. Danach wird das Gebäude gestürmt. Über 20 noch lebende politische Mitarbeiter und Sicherheitskräfte werden bestialisch getötet. Ebenso wird am 30. Oktober eine weitere Umbildung der Regierung vollzogen, die am 1. November den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag erklärt.

Anzumerken ist, dass am 29. Oktober 1956 im Nahen Osten der Krieg zwischen Israel und Ägypten – letzteres Verbündeter der UdSSR – begonnen hatte. Israelische Truppen stießen bis zum strategisch höchst bedeutsamen Suez-Kanal vor. Briten und Franzosen, militärisch auf Seiten Israels stehend, versuchten die Wiederherstellung der „Suez-Kanal Gesellschaft“ zu erreichen.

Peter Gosztony schrieb darüber kürzlich in *Das Parlament*: „Es war nun klar, dass diese Staaten die politische Krise der Sowjets in Ungarn zu nutzen gedachten, um ihrer Aktion gegen Ägypten zum Siege zu verhelfen.“

Rákosi beauftragt faschistischen Kollaborateur mit Armeeaufbau

Zum Oberkommandierenden der neu gegründeten „Nationalgarde“ – zusammengestellt aus Restteilen der Armee und Polizei sowie der zahlreichen selbstbewaffneten Gruppen Aufständischer – hatte die ungarische Regierung unter dem Druck von alten Horthy-Politikern, Aristokraten u. dgl. den ehemaligen Offizier des Horthy-Generalstabs Béla Király ernannt. Dieser Mann, der im zweiten Weltkrieg an der Seite Nazideutschlands kämpfte, mit dem Ritterkreuz und anderen hohen Orden ausgezeichnet worden war und dennoch von Rákosi mit dem Aufbau der Volksarmee beauftragt wurde, war 1951 wegen Spionage für die USA zum Tode verurteilt worden. Nach fünf Jahren Haft im September 1956 entlassen worden, übernahm er nunmehr die militärische Führung des Aufstandes. Zu allem bereit und auf einen Waffengang der USA hoffend, fordert er am 3. Oktober Nagy auf, der Sowjetunion den Krieg zu erklären oder ihn, Király, damit zu beauftragen – ein Ansinnen, das Nagy eindeutig ablehnte.

Rückblickend schreibt der *Spiegel* am 2. Oktober 2006: „Gleichzeitig trommelte Washingtons propagandistischer Arm, der Sender Radio Free Europe (RFE), aus dem sicheren München die Landsleute in Ungarn zum Kampf gegen das sowjetische Besatzungsregime und zur Abkehr vom Kommunisten Nagy. Viele Aufständische bezeugen, sie hätten die Kämpfe nur lange nicht eingestellt, weil RFE den Eindruck vermittelt habe, ein Waffengang der USA stünde unmittelbar bevor.“

Derzeit wütete die Konterrevolution unbehindert in den Straßen der Hauptstadt und in den meisten Ortschaften des Landes. Der aus Ungarn stammende DDR-Historiker Rochus Door berichtet in seinem Buch „Neueste Geschichte Ungarns“ (1981), dass bewaffnete Banden von Haus zu Haus zogen und nach ausgegebenen Listen Kommunisten, Partei und Staatsfunktionäre, oftmals mit der ganzen Familie, und auch staatsverbundene Parteilose ermordeten. Eine regelrechte Jagd erfolgte auf Angehörige der Staatssicherheit (AVO), die gehenkt, erschossen oder zu Tode gemartert wurden. Allein in Budapest fielen, wie Door

vermerkt, etwa 1800 Menschen dem Mordterror zum Opfer. Weitere 12 971 wurden mit Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert.

Kardinal Mindszenty heizt Lage weiter auf

Amtliche Dokumentationen belegen, dass 2829 Personen, hiervon 558 Zivilisten, von den Konterrevolutionären verhaftet worden waren, die teilweise bereits ihr Todesurteil erhalten hatten. Eine Massenhinrichtung in Budapest war für den 6. November geplant. Da die Konterrevolutionäre außer Faschisten und Kriegsverbrecher 9962 Kriminelle aus den Gefängnissen befreit hatten, waren zahlreiche kriminelle Elemente zu den konterrevolutionären Truppen gestoßen und beteiligten sich an Mord, Raub und Plünderung. Ein bestialisches konterrevolutionäres Gemetzel überzog das ganze Land.

„Die überwiegende Mehrheit der Revolutions- und Nationalkomitees“, schreibt Door, „befand sich in Händen faschistischer und klerikal-faschistischer Elemente“. Am 31. Oktober wurde Kardinal Mindszenty, der auf Schloss Felsöpeteny Hausarrest hatte, im Triumphzug nach Budapest gebracht, wo er offen zur restlosen Liquidierung der volkdemokratischen Ordnung aufrief. Er selbst sollte als ein „über den Parteien stehender“ politischer Führer in den Vordergrund treten, mit dessen Hilfe die Massen der Gläubigen gewonnen werden sollten. Mindszentys Auftreten war das Signum dafür, gegen die Anhänger einer Restauration des Kapitalismus zur Gegenoffensive überzugehen.

„Unser guter König Janos“ übernimmt Macht

Am 1. November kündigt Janos Kádár die Bildung der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei“ (USAP) an. Am Tag darauf wird ein Provisorisches Exekutivkomitee der USAP gebildet, das daran geht, Kommunisten/Sozialisten zu sammeln und Parteiorganisationen zu bilden. Am 2. und 3. November sind Kádár und weitere ungarische Kommunisten in Moskau. Hier wird die Linie für die nächsten Wochen und Monate festgelegt.

In einem „Offenen Brief an das werktätige Volk Ungarns“ vom 4. No-

vember informierten Antal Apro, Janos Kádár, Istvan Kossa und Ferenc Münnich über den Bruch mit der Nagy-Regierung und die Bildung einer neuen Regierung. In einem „Aufruf an das ungarische Volk“ vom selben Tag verkündet die Kadar-Regierung ihr Programm. Gleichfalls am 4. Oktober wandte sich die neue ungarische Regierung mit einem Ersuchen um militärische Unterstützung zur Niederschlagung der Konterrevolution an die Regierung der UdSSR.

Die konterrevolutionären Aufständischen kämpften noch sieben Tage auf Befehl Királys. Dann löst Király die von ihm formierte „Nationalgarde“ auf und flieht über die Grenze nach Österreich. Nagy hatte sich mit 14 seiner Anhänger in die jugoslawische Botschaft gerettet, wo er sich 18 Tage lang aufhält. Später wird Nagy zum Tode verurteilt und am 16. Juni 1958 hingerichtet. Király entgeht dem Strang durch Abwesenheit.

Bis zum April 1957 herrscht in Ungarn der Ausnahmezustand. Nach offiziellen Angaben hatten 2652 Ungarn und 652 Sowjetsoldaten den Tod gefunden.

Nagy's Hinrichtung nicht gerechtfertigt

Bei der Beurteilung der dramatischen Ereignisse in Ungarn 1956 darf nicht übersehen werden, das nicht wenige, die insbesondere anfangs an den Aktionen gegen das politische System im Lande beteiligt waren, nicht den zielbewussten konterrevolutionären Kräften zuzuordnen sind. Sie handelten ehrlichen Herzens im Glauben, die deformierten gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung eines demokratischen Sozialismus verändern zu können. Das traf sowohl auf Arbeiter und Bauern, als auch auf Schriftsteller und Künstler zu. Ihr Handeln diente auch der Überwindung einer Politik der Verletzung der nationalen Gefühle.

Ebenso bedacht ist m. E. die Rolle von Imre Nagy, der bereits seit 1953 einen demokratischen Sozialismus mit nationalen Gegebenheiten angestrebt hatte, zu beurteilen. Er hatte in höchst dramatischer Situation die Geschäfte der Regierung übernommen, die schwach und labil war und der keine handlungsfähige Partei und keine regierungstreue Armee zur Sei-

te stand. Der Druck der Straße auf die Regierung begrenzte radikal ihren Spielraum. Hinzu kam der Zwang, der sich aus der Mitgliedschaft Ungarns im Warschauer Vertrag und aus dem Sicherheitsbedürfnis der UdSSR ergab. Ebenso hatte die Verschärfung der internationalen Lage durch die Entwicklung im Nahen Osten und die Krisensituation in den sozialistischen Ländern und in der kommunistischen Weltbewegung ihre Auswirkungen auf die Lage, in der sich die Nagy-Regierung befand. Imre Nagy war Antifaschist und demokratischer Sozialist. Seine Hinrichtung war nicht gerechtfertigt. Dagegen war es rechtmäßig, Mörder zum Tode zu verurteilen.

Bushs Helden sind mordende Konterrevolutionäre

So stellt sich am Ende die eingangs angedeutete Frage: Wer waren die „Helden“, die zu ehren Bush 2006 nach Ungarn gekommen war? „Helden“ waren für ihn ohne Zweifel diejenigen, die Ungarn zurück zum Kapi-

talismus führen wollten. „Helden“ waren für Bush die, die unter Freiheitsparolen davon sprachen und darauf zielten, die „Kommunisten auszurotten“.

Geschönt formuliert, liest es sich heute in einem persönlichen Brief, den General a. D. Király (94) unlängst aus Washington erhielt: „Lieber Bela, Deine Anstrengungen, die Tyrannei in Ungarn zu beenden und die Segnungen der Freiheit zu verteidigen, sind beispielgebend für alle, denen Freiheit lieb ist.“

Der Unterzeichner: Georg W. Bush.

Die Unruhen in Ungarn, beginnend in der Nacht vom 18. zum 19. September 2006 gegen die sozialistische Regierung der bürgerlich-demokratischen Republik Ungarn, die sich Fehler hat zu Schulden kommen lassen, sind nicht vergleichbar mit der ungarischen Konterrevolution 1956, die eine generalstabsmäßig durchgeführte militärische Aktion gegen eine sozialistische Staatsmacht war.

1956 bewahrten die Kräfte um Janos Kádár – später im Volksmund „un-

ser guter König Janos“ genannt – durch ihr konsequentes und durch ihr zunächst unpopuläres Handeln weiteres Blutvergießen in Ungarn und die Welt vor einem möglichen weiteren Krieg. Die Entwicklung in Ungarn war schon allein wegen dessen geographischer Lage von prinzipieller Bedeutung für die Auseinandersetzung zwischen beiden Weltsystemen. Sie betraf in der vom Kalten Krieg zutiefst geprägten internationalen Lage die Frage Krieg - Frieden weltweit.

Wer nur schlechthin davon spricht, dass die „Panzer der Roten Armee den Volksaufstand in Ungarn niederwalzten“, wird der historischen Wahrheit der Abläufe und Gefahren der ungarischen Tragödie nicht gerecht.

Kurt Schneider

Nachdruck von: LEIPZIGS NEUE linke Zweiwochenzeitung für Politik, Kultur und Geschichte.

redaktion@leipzigs-neue.de,

Tel.: 0341/2132345

Redaktion „Leipzigs Neue“

Braustraße 15, 04107 Leipzig



Aus Arbeiterpolitik, Dezember 1956:

Die Katastrophe der ungarischen Volksdemokratie

Hat der Posener Aufstand der Polnischen Arbeiterpartei gezeigt, daß um jeden Preis mit der Entstalinisierung ernst gemacht und jede sowjetische Bevormundung zurückgewiesen werden müsse, so bot Ungarn ein anderes Bild. Der Stalinistenclique um Rakosi war Posen der Anlaß zum sofortigen Gegenstoß. Wurde der Parteiausschluß Gomulkas im Gefolge des Posener Aufstandes zurückgenommen, so wurde sein ungarisches Gegenstück, Imre Nagy, am 3. Juli von den Stalinisten aus der Partei ausgeschlossen! Erst eine Woche vor dem Aufstand in Ungarn wurde Nagy wieder Mitglied der Partei, und als in Warschau die große Entscheidung unmittelbar bevorstand, am 19. Oktober, bequeme man sich in Budapest gerade voller Großmut dazu, Nagy einen Lehrstuhl als Professor der Agrarwissenschaft zu

gewähren! In der gleichen Zeit war aber Rakosi immer noch Mitglied des ungarischen Zentralkomitees!

Der Eindruck, daß die Sowjetunion die ungarische Entstalinisierung bremste und verzögerte, war ganz offenkundig. Als Rakosi nach Posen seinen Gegenstoß führte, Nagy und bekannte Sprecher des Petöfi-Zirkels ausschloß, spendete die Moskauer „Prawda“ lauten Beifall. Rakosi wurde erst fallen gelassen, als sein gegen Nagy gerichteter Gegenstoß in der ungarischen Partei eisig aufgenommen wurde und auf direkten Widerstand stieß. Was folgte, war ein „diplomatisches“ Meisterwerk. Rakosi, der weiterhin Mitglied des Zentralkomitees blieb, wurde abgelöst – **von seiner rechten Hand, Ernö Gerö, dem zweitmächtigsten Stalinisten des Landes**, dem Hauptverantwortlichen für die Wirtschaftspolitik, de-

ren Bankrott in Ungarn nicht geringer als in Polen war. Und der Führer des eigenen ungarischen Weges zum Sozialismus, Nagy, blieb weiterhin aus der Partei ausgeschlossen!

Während auf der einen Seite alle Verbrechen der Vergangenheit zugegeben waren, und für Rajk ein Staatsbegräbnis begangen wurde, das mit 200 000 Teilnehmern zur mächtigsten Massenkundgebung des Landes seit 1945 wurde, somit die Schuldigen als moralisch Gerichtete vor aller Welt dastanden, hatten in der Person Gerös eben diese Schuldigen und moralisch Gerichteten die Führung des Landes seelenruhig weiter in der Hand, wogegen man sich den Repräsentanten der Gegner der Stalinmethoden, Nagy, sorgfältig vom Leibe hielt und ihn überdies weiterhin einer „Falschen Politik“ bezichtigte. Die Leute, denen der Dreck bis an den Hals stand, de-

ren Politik ein einziger Bankrott war, die öffentlich die Verbrechen ihrer Ära eingestehen, ausgerechnet diese Leute bezichtigen Nagy einer – „falschen Politik“!

Den ungarischen Werktätigen mußte **dieser Widerspruch zwischen Wort und Tat** als wahrer Hohn auf die Versprechungen der Demokratisierung erscheinen. Jede große politische Strömung ist im guten wie im bösen personifiziert in markanten Führungsgestalten. Die Masse der einfachen Menschen, die weder Zeit noch Interesse am detaillierten Studium der gesellschaftlichen Entwicklung hat, sieht ihre jeweiligen Bestrebungen und Forderungen in Persönlichkeiten verkörpert, die sie mit ihren Zielen identifiziert. Der schlauesinwollende Trick, die Entstalinisierung von einem hartgesottenen und bekannten Stalinistenführer durchführen zu lassen, damit alles „vorsichtig“ und auch „sicher“ vor sich gehe, hat nur bewirkt, daß der allgemeine Eindruck der der Doppelzüngigkeit und Verlogenheit, der der unausgesprochenen Vorbehalte war. Immer wieder erklang die Forderung nach der Rückkehr Nagys und verhallte unerfüllt, wobei jedermann wußte, daß der sowjetische Einspruch hierbei ausschlaggebend war.

Die Warschauer Entscheidung und die Gerö-Rede

Diese Halbheit und Zweideutigkeit war ein wesentliches Moment bei der Auslösung des Aufstandes. **Denn ganz Ungarn verfolgte leidenschaftlich den Gang der Polnischen Entwicklung**, und am 22. Oktober hat Radio Budapest die Abendsendung der Solidarität mit dem Kampfe der polnischen Werktätigen gewidmet, wobei die Rede Gomulkas vor dem Zentralkomitee übertragen worden war. „Wir werden“, lautete ein bezeichnender Beschluß der ungarischen Schriftsteller, den Radio Budapest gleichfalls brachte, „siegreich jede Provokation zurückweisen, die den Enthusiasmus unserer Jugend und Arbeiterschaft für die polnischen Ereignisse ausnützen will, um unseren eigenen Vormarsch zur Demokratisierung des Sozialismus, aufzuhalten oder zurückzuwerfen“.

In diesen Tagen hatte die Spannung ihren höchsten Grad erreicht,

da noch niemand wußte, ob die Sowjetunion sich dem Siegen Gomulkas beugen oder bewaffnet eingreifen werde. Eine ernste Mahnung war, daß zwei Tage vorher die Studenten verlangt hatten, mit den, Pflichtstudium des als Marxismus-Leninismus deklarierten Auswendiglernens jeweilig passender Zitate Schluß zu machen und einen Tag vor der Erhebung 3000 Studenten den Austritt aus dem Jugendverband beschlossen.

Das Verhalten der ungarischen Regierung und Parteiführung in den kritischen Warschauer Tagen konnte nicht anders denn als Rückendeckung für die sowjetische Seite betrachtet werden. Während ganz Ungarn fieberhaft nach Polen blickte und im Radio, in der Presse, in den Betrieben ein einziger Schrei der Solidarität und Unterstützung für die Polnische Arbeiterpartei ertönte, verbot das ungarische Innenministerium die vom Petöfi-Zirkel für Dienstag, dem 23. Oktober, angesetzte Studentenkundgebung für Polen. Eine halbe Stunde vor Beginn der Kundgebung wird das Verbot aufgehoben, ein Zeichen der Unsicherheit und Schwäche, das als solches gewertet wird. Die Studenten, denen sich zahlreiche Arbeiter angeschlossen haben, tragen die ungarischen Nationalfarben und singen die alte Nationalhymne. Dennoch verläuft die Kundgebung ruhig und ohne Zwischenfälle.

Dann hält jedoch Gerö im Rundfunk eine Rede, die den Aufstand auslöst. Nicht nur in Polen ist in Gomulkas Worten „das Seil zum Zerreißen gespannt“, auch in Ungarn. In Ungarn riß es. Auf dem Höhepunkt der polnisch-sowjetischen Kraftprobe, die in Ungarn leidenschaftlich als Teil des eigenen Kampfes verfolgt wird, erklärte Gerö im reinsten Stalinistil:

„Sie (die Feinde unseres Volkes) bemühen sich weiter, unsere engen Freundschaftsbeziehungen mit den Ländern, die den Sozialismus aufbauen, und mit der Sowjetunion zu untergraben. Der Feind verleumdet die Sowjetunion, indem er erklärt, daß unser Handel mit ihr nicht auf der Basis der Gleichberechtigung abgewickelt werde und daß wir unsere Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion verteidigen müßten. All das stimmt nicht! Tatsache ist, daß die Sowjetunion nicht nur unser Land

befreit hat, sondern daß sie unserem Land auch hilft, aus seinen Ruinen aufzuerstehen ... Wir sind Patrioten und keine Nationalisten. Deshalb verurteilen wir diejenigen, die sich bemühen unter der Jugend das Gift des Chauvinismus zu verbreiten und die unter Mißbrauch der demokratischen Rechte, die unser Staat dem werktätigen Volk garantiert, nationalistische Demonstrationen auslösen ... Es ist besser, allmählich Fortschritte zu machen, aber ohne Fehler.“

Jedermann weiß, daß das Schwindel ist. In zahllosen Diskussionen waren die streng geheimgehaltenen Preise in den Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion Gegenstand scharfer Kritik. Man weiß, daß Ungarn übervorteilt und für seine Produkte weit unter den Weltmarktpreisen bezahlt wird. Noch wichtiger ist jedoch, daß die Betonung der „Allmählichkeit“ der Fortschritte und das Loblied auf die Sowjetunion nur als prosowjetische Stellungnahme in der polnisch-sowjetischen Auseinandersetzung aufgefasst werden können. Es ist der Funke ins Pulverfaß.

Der Aufstand

In der Nacht des 23. Oktober kommt es nach der Gerörede zu Zusammenstößen. Die eingesetzten ungarischen Truppen gingen direkt zu den Aufständischen über oder waren unzuverlässig. Nachdem bereits schwere Straßenkämpfe im Gange waren, wird in der gleicher Nacht der Professor Nagy von der Universität weg in die Regierung geholt und zum Ministerpräsidenten gemacht. Es war jedoch zu spät: Seine Appelle verhallten ungehört und als sowjetische Truppen eingreifen, erfaßt der Feuerbrand das ganze Land, das sich erhebt. Erst am nächsten Tage wird Gerö durch den Titoisten Janos Kadar als 1. Parteisekretär abgelöst, was jedoch nicht mehr beschwichtigt. Alle Dämme sind geborsten. Der Staatsapparat ist vollkommen desorganisiert. Es bilden sich im Lande lokale und regionale Verwaltungsausschüsse. Die Hauptforderung der Kämpfenden ist der Abzug der sowjetischen Truppen. Am 25. Oktober erklärte Nagy, er werde von der Sowjetunion den Abzug der Truppen verlangen. Gleichzeitig wird die in den

ersten Tagen gebrauchte Formulierung des „konterrevolutionären Aufstands“ fallengelassen und im Zentralorgan der ungarischen Arbeiterpartei, „Szabad Nep“, geschrieben, die Revolte sei der „Ausdruck der Bitterkeit und Unzufriedenheit der Arbeiterklasse“.

Am 26. Oktober proklamiert das Organ der ungarischen Gewerkschaften die Rückkehr zur Selbständigkeit, die ihnen 1948 genommen worden war. Am 27. Oktober bildet Nagy eine „nationale Regierung“, in der Vertreter der Kleineigentümerpartei sitzen. Aber nichts von alledem vermag die Aufständischen zu besänftigen, die Kämpfe gehen weiter. Erst als Nagy am 28. Oktober mitteilt, daß die sowjetischen Truppen Budapest verlassen, tritt eine gewisse Beruhigung ein. Gleichzeitig wird die Staatssicherheitspolizei aufgelöst und eine Nationalmiliz aufgestellt. Das Organ der ungarischen Arbeiterpartei „begrüßt den Sieg des Aufstands“ in seiner Ausgabe vom 29. Oktober. Als aber bekannt wird, daß der Rückzug der Sowjettruppen aus Budapest von der vorherigen Übergabe der Waffen der Aufständischen abhängig gemacht worden ist, lodern die Kämpfe erneut auf. **Am 30. Oktober macht Nagy Zugeständnisse, die den entscheidenden Schnittpunkt bilden:** Die Aufhebung des Einparteiensystems, wird verkündet und die Bildung einer Koalitionsregierung „wie 1945“. Die verbotenen Parteien bilden sich erneut. **Am 31. Oktober ist die politische Struktur der ungarischen Volksdemokratie vernichtet.** Freie Wahlen werden versprochen. Die Zeitungen der bisher verbotenen Parteien erscheinen. Gleichzeitig erklärt Radio Moskau, die sowjetischen Truppen werden aus der ungarischen Hauptstadt zurückgezogen, falls die ungarische Regierung dies verlange. In einer Erklärung über „die Beziehungen der UdSSR zu den anderen sozialistischen Staaten“ **verkündet die Sowjetregierung ihre Bereitschaft, „entsprechende Verhandlungen mit der Regierung der ungarischen Volksrepublik und den anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages über den Aufenthalt sowjetischer Truppen auf ungarischem Territorium aufzunehmen“.** Die Erklärung ist offensichtlich vor Bekanntwerden von

Nagys Zusage der Auflösung des Einparteiensystems und freier Wahlen ausgearbeitet worden.

Am 1. November proklamiert Nagy die **Neutralität Ungarns und kündigt den Warschauer Pakt**, den Ungarn 1955 für die Dauer von 20 Jahren unterzeichnet hat. Am 2. November protestiert die ungarische Regierung bei der UNO gegen sowjetische Truppenzusammenziehungen und **stellt sich unter den Schutz der UNO.** Am gleichen Tage gründen Nagy und Kadar eine **neue Partei**, „die Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns“, „die für immer mit den Verbrechen der Vergangenheit bricht“. Die Partei Rakosis und Gerös ist vom Winde verweht. Kadar erklärt über die Aufgaben der neuen Partei:

„Die ungarische Jugend hat ihr Blut nicht vergossen, damit der Tyrann Rakosis die der Konterrevolution folgt. Wir haben nicht gekämpft, damit man der Arbeiterklasse die Bergwerke und Betriebe und den Bauern das Land entreißt. Wir wollen nicht in die Sklaverei des vergangenen Regimes der Feudalbarone zurück.“

Die Rückschlüsse auf die Lage im Lande sind unschwer zu ziehen.

Revolution oder Konterrevolution?

In aller Welt wird die ungarische Erhebung eine Revolution genannt. Ist es aber die Revolution oder die Konterrevolution? Zunächst, steht fest, daß ein vulkanartiger Ausbruch des Massenzorns die ungarische Volksdemokratie weggefegt hat. Die scheinbar so festgefügtten und allmächtigen Organisationen wurden wie ein Kartenhaus weggeblasen. Keines Menschen Hand im Lande rührte sich zur Verteidigung des Regimes. Die Armee ging sogleich zu den Aufständischen über oder wahrte allenfalls eine zweideutige Neutralität. Die einmütige Forderung auf allen Lippen: Abzug der sowjetischen Truppen. Das jahrelang niedergetretene nationale Selbstbewußtsein ist der gemeinsame Nenner der Erhebung.

Natürlich handelt die große Masse der Kämpfenden nicht im Bewußtsein, Horthy, den Fabrik- und Großgrundbesitzern zur Rückkehr

zu verhelfen. Es ist vielmehr die Saat des Hasses der Stalinmethoden, die aufgeht. Der **Stalinismus in Ungarn**, seine widerwärtigen Methoden und seine zynische Verachtung der Rechte der arbeitenden Menschen, seine geistige Dressur und sein verheerender Wirtschaftsbankrott sind der wirkliche Gegenstand des Angriffs. **Er ist der wahre Schuldige** und sein spurloses Verschwinden vom Schauplatz des Geschehens beweist zur Genüge, wie wenig er in den Lebensbedingungen des Landes verwurzelt war. Die einzigen, die sich im Zusammenbruch der ungarischen Volksdemokratie halten, sind jene von Rakosi und Gerö unterdrückten Kämpfer für Arbeiterdemokratie und den ungarischen Weg zum Sozialismus, denen die Tragik der Entwicklung die Zügel der Macht verwehrte, bis es zu spät geworden war.

Nagy und Kadar standen vor einer **unlösbaren Aufgabe:** Die Reformen, die sie nach dem Beispiel Polens durchführen wollten, sind Reformen eines bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Parteiapparates. Aber dieser, Träger und Garant des Eigentums der vergesellschafteten Produktionsmittel, ist weggefegt. So richtig es ist, daß die ungarische Katastrophe von den Stalinmethoden herbeigeführt und verschuldet worden ist, so wenig ist zu verkennen, daß diese richtige Erkenntnis im wirklichen Leben sich nicht fein säuberlich von der sozialistischen Wirtschaftsgrundlage trennen läßt, sobald es zum Ausbruch des Kampfs gekommen war. Die verhaßten Stalinmethoden schweben nicht in der Luft, sie waren ein Bestandteil der Ordnung. Die Rebellion gegen die Stalinknute trifft daher auch die Ordnung, die sich nicht rechtzeitig dieser Methoden entledigen konnte. Der Haß gegen die Polizeiwillkür läßt die bürgerliche Freiheit in rosiger Verklärung erscheinen. Die Mißbräuche und Missetaten der herrschenden Partei machen das bürgerlich demokratische Vielparteiensystem schmackhaft und lassen vergessen, wie ohnmächtig die Arbeiter und wie reaktionär die anderen Parteien im alten Ungarn waren. Die Sowjetbesatzung ist verhaßt als Garant der Stalinistenclique und ihrer Methoden und verleiht dadurch dem westlichen Imperialismus die Gloriole des Hortes der Freiheit. Die

Tradition der nationalen Befreiungskämpfe Ungarns wirkt gegen die Großmacht, in deren Einflußsphäre Ungarn liegt. Fanatischer Haß gegen die Sowjetunion drängt alles andere zurück. In dieser Lage bewährt sich das berühmte Wort Engels, wonach sich in der Stunde der Entscheidung die gesamte Reaktion um die „reine Demokratie“ gruppiert.

Die Regierung Nagy ist die Gefangene dieser Lage. Sie muß Schritt für Schritt zurückweichen. Sie sanktioniert die Zertrümmerung des Regimes, das bis zum 23. Oktober in Ungarn bestanden hat und proklamiert die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie. Die alten Parteien sind wieder zugelassen, ihre Zeitungen, darunter ausgesprochen antikommunistische, erscheinen. Freie Wahlen sind angekündigt worden, Wahlen, bei denen die Kommunisten niemals eine Mehrheit erhalten können. Im ganzen Lande wütete ein spontaner weißer Terror. Gerö soll bestialisch ermordet worden sein. Der „Monde“ vom 2. November berichtet unter dem Titel: „Die Regierung Nagy könnte bald einer antikommunistischen Gruppierung weichen“ über Ungarn:

„Die Revolution oder, wenn man will, die Konterrevolution hat gesiegt. Die traditionelle Ausdrucksweise, wonach die Völker Revolutionen machen, während die von der Kirche und den Großgrundbesitzern unterstützten Militärcliquen die Konterrevolution organisieren, läßt sich auf Ungarn nicht anwenden, denn die ungarische Erhebung war die Revolte eines ganzen Volkes. Heute, neun Tage nach dem Beginn des Aufstandes, sieht man deutlich die Kräfte, die im Lande gewirkt haben. Das Spiel menschlicher Unzulänglichkeit und Schwäche, durch das die Revolte eines großen Teiles der Arbeiterklasse gegen die stalinistische Führung der kommunistischen Partei – unterstützt von anfangs schwachen Kräften der Rechten – in eine Situation hineingeschlittert ist, wo ein Sieg der Elemente, die auf eine Wiedererrichtung von Horthy-Ungarn hinarbeiten, nicht ausgeschlossen ist, könnte zum fast vollständigen Verschwinden der kommunistischen Partei führen...

Seit Dienstag (dem 30. Oktober) überstürzten sich die Ereignisse. Die Kämpfe haben praktisch aufgehört, nachdem der Abzug der russischen

Truppen aus Budapest und die Eröffnung von Verhandlungen über ihren Abzug aus dem ganzen Lande, ja sogar aus Rumänien und Polen, offiziell angekündigt worden waren. Die Regierung Nagy verfügte nach, dem praktisch vollständigen Übergang der Armee zum Aufstand, nach dem Abzug der Russen und der Auflösung der Staatspolizei über keinerlei Machtmittel mehr und hat in allen Punkten den revolutionären Organen nachgegeben: Wiederzulassung der nichtkommunistischen Parteien, freie Wahlen. Mit einem Schläge löschte sie die Volksdemokratie kommunistischen Stils in Ungarn aus.

Seit gestern steht Budapest im Zeichen der Menschenjagd. Die Angehörigen der AVH, d. h. der so verhaßten Staatspolizei, werden niedergemetzelt wie räudige Hunde oder an den nächsten Laternen und Balkons aufgeknüpft. **Im ganzen Lande spielen sich Szenen ab, die an die Rückkehr der Weißgardisten im Jahre 1919 in Ungarn erinnern...** Ist die Regierung Nagy schon verurteilt, sie die formell an der Macht ist, weil es keine politische Leitung der Aufständischen gibt? Wird die Nagy-Regierung früher oder später neuen Männern weichen müssen, einer eindeutig nichtkommunistischen oder antikommunistischen Regierung? Man kann die Frage nicht beantworten.

Die Aufstandsbewegung, der es an Kadern fehlte, beginnt Führer zu finden. (Der „Monde“ hatte zuvor schon gemeldet, daß zahlreiche Emigranten zurückkehrten, die die Aufstandsbewegung mit Führungskräften versehen.) Die nicht-kommunistischen Parteien reorganisieren sich seit vorgestern, wie die Kleineigentümergebiet, die bei den Wahlen 1945 57,5% der Stimmen bekam, die Bauernpartei und die Sozialdemokratie. Auch die in mehreren Provinzstädten entstandenen **Nationalräte von mehr oder wenig nazistischer Tendenz** beginnen sich zu sammeln. Ganz neue Parteien entstehen, darunter eine christlich-demokratische und eine revolutionäre Partei der Jugend.

Eine große Versammlung der Vertreter der Nationalräte wird im Budapester Stadion stattfinden. Die Stellungnahme dieser Räte verändert sich von Stunde zu Stunde. Im Nationalrat von Győr – einem der wichtigsten, er beherrscht den größten Teil West-

ungarns – scheinen die Nichtkommunisten gesiegt zu haben, nachdem ursprünglich eine dem Nationalkommunismus günstig gesinnte Mehrheit vorhanden war.

Neue Zeitungen verschiedener Tendenzen, zum Teil nicht- oder antikommunistisch, erscheinen in Budapest und in der Provinz ... Die sich anbahnende Rechtsentwicklung beunruhigt die demokratischen Elemente des Landes.“

Ein weiteres, bezeichnendes Detail gibt der Budapester Berichterstatler des „Monde“ vom 4./5. November, der u. a. schreibt, „Kadar versucht, vom Kommunismus in Ungarn zu retten, was noch zu retten ist“: „Viele kommunistischen Funktionäre begehen Selbstmord. Das Ansehen Rajks, der vor kurzem mit großem Pomp rehabilitiert worden ist, scheint wieder in Frage gestellt zu sein: Ich sah an den Mauern eine Aufschrift, die Rajk verurteilt, weil er vor seiner Verhaftung die Staatspolizei (AVH) gründete.“ Und in der „Welt vom 5. November wird vom 31. Oktober, nach dem Rückzug der russischen Panzer aus Budapest, gesagt: „Es ertönte der Ruf nach dem Rücktritt der Mörderregierung Nagy“.

Daß die **Konterrevolution hinter der Massenempörung ihr Haupt erhob**, zeigte sich mit einer Geschwindigkeit, die jeden Zweifel verbietet. Der befreite Kardinal Mindszerity hat seine 1908 gegründete Katholische Volksunion wieder organisiert und kurz vor dem russischen Eingreifen, am 4. November, die Katze aus dem Sack gelassen. In einer Rundfunkrede erklärte er:

„Unser Kampf ist keine Revolution gewesen, sondern ein Befreiungskampf. 1945... ist das Regime gewaltsam aufgebaut worden... Der Unabhängigkeitskampf wurde geführt, weil die Nation ihre Lebensform selbst bestimmen will... Wir wollen eine Gesellschaft ohne Klassen und einen legalen Rechtsstaat, ein Land, das die demokratischen Errungenschaften auf der Grundlage des durch die Interessen der Gesellschaft und des Rechts eingeschränkten Privateigentums weiter entwickelt.“ Abschließend forderte der Kardinal „die Wiederherstellung der katholischen Einrichtungen und der katholischen Presse.“ („Frankfurter Allgemeine“, 5. Nov.)

Um die Bedeutung dieser Erklärung zu würdigen, muß man wissen, daß die katholische Kirche Ungarns einer der größten Grundbesitzer in diesem Großgrundbesitzerland war, wo 1930 0,9% aller Landeigentümer 46,4% des gesamten Bodens besaßen, während die 1 153 000 Zwergbauern – 71,5%, aller Landbesitzer – auf nur 11% des gesamten Bodens vegetierten. Kardinal Mindszenty kämpfte erbittert gegen die ungarische Landreform und gegen die Abschaffung der ungarischen Adelstitel, natürlich alles im Namen der „Demokratie“. Als ungarischer Chauvinist der äußersten Rechten hat er Horthys weißen Terror und die Verfolgung der Arbeiterparteien zwei Jahrzehnte lang unterstützt. Die „Wiederherstellung der katholischen Einrichtungen“ im Munde des feudalen Fürstprimas von Ungarn muß im Lichte des katholischen Großgrundbesitzes betrachtet werden, der auch zu ihnen gehört.

Die Sowjetarmee schlägt die Konterrevolution nieder

Die Regierung Nagy wollte zweifellos vom Sozialismus in Ungarn retten, was mit einheimischen Kräften zu retten war. Indem sie sich an die Spitze der Erhebung stellte, versuchte sie die entfesselten Energien der von den Stalinbürokraten bis aufs Blut gereizten Volksmassen ins Gleis der Sicherung der ungarischen Volksdemokratie zu lenken. Ihr Dilemma war, daß dieser Volkszorn sich auf die Forderung des Abzugs der sowjetischen Truppen konzentrierte, der einzigen Kraft, die die sozialistische Wirtschaftsgrundlage sichern konnte, nachdem der ungarische Staatsapparat zerschmettert worden war. Der Versuch Nagys, wie Jugoslawien sich weltpolitischneutral zu erklären, mußte scheitern, denn Tito hatte ein geschlossenes sozialistisches Regime mit einer erdrückenden Mehrheit der Werktätigen hinter sich. Nagy hatte nur vage Sympathieerklärungen, sofern und soweit er sich damit abfand, alles seit 1945 Erreichte rückgängig zu machen.

Der Austritt aus dem Warschauer Pakt und der Appell an die UNO liefen unter den obwaltenden Umständen auf nichts anderes hinaus **als auf die außenpolitische Rückendeckung der Restaurierung der alten**

ungarischen Zustände. Es bewahrheitete sich leider, was wir in unserer letzten Ausgabe schrieben: „Wäre Posen wirklich nur ein Auftakt“, d. h. käme es zu Aufständen, die die Gesellschaftsordnung der Volksdemokratien bedrohten, dann würde das unweigerlich zur Niederschlagung mit drakonischen Gewaltmitteln führen müssen.“

Man überschätze auch nicht die Meldungen über die **sich bildenden Arbeiterräte.** Abgesehen davon, daß so gut wie nichts über ihren tatsächlichen Einfluß bekannt geworden ist, dafür aber genügend über den der sich rasch nach rechts orientierenden Nationalräte, darf man die Dinge nie anders als in der realen Bewegungsrichtung sehen. Beim Übergang von der bürgerlichen Herrschaft zu der der Arbeiterklasse ist das Entstehen der Arbeiterräte ein epochemachender Fortschritt, denn sie führen zur sogenannten „Doppelherrschaft“, die der Machtergreifung der Arbeiterklasse vorangehen muß. Aber hier haben wir es mit dem umgekehrten Vorgang zu tun. Die Arbeiterräte sind im Auflösungsprozeß der ungarischen Volksrepublik entstanden, und der Weg von der volksdemokratischen Ordnung zur bürgerlichen Republik mit Doppelherrschaft ist ein Schritt nach rückwärts, ein Schritt zurück. Wer kann garantieren, daß Arbeiterräten, die unter solchen Umständen entstehen, nicht das gleiche Schicksal bevorsteht, wie jenen der deutschen Novemberrevolution, die auf ihr Erstgeburtsrecht verzichteten und vor den demokratischen Sirenenklängen kapitulierten? Innerhalb der staatlichen Ordnung der Volksdemokratie wären dagegen diese Arbeiterräte ein epochemachender Schritt auf dem Wege der Demokratisierung. Aber die Grenze zwischen der Demokratisierung der Volksrepublik und ihrer Vernichtung war längst überschritten worden.

Am 4. November haben Sowjettruppen ganz Ungarn besetzt und den Abfall des Landes aus dem Ostblock sowie den Triumph der bürgerlichen Demokratie zunichte gemacht. Nagy ist verhaftet worden, aber Rakosi ist nicht zurückgekehrt. **An der Spitze der ungarischen Gegenregierung steht Janos Kadar,** ihre Mitglieder sind bekannte Anhänger des ungarischen Weges zum Sozialismus, kein Stalinist ist unter ihnen. Offenbar ist

allein Nagy nicht bereit gewesen, sich auf die Sowjetunion bei der Wiederherstellung der gestürzten volkdemokratischen Ordnung zu stützen. Das 15-Punkteprogramm der Regierung Kadar ist genau dasselbe wie das Gomułkas in Polen. Es umfaßt die nationale Souveränität auf dem Boden des Schutzes der sozialistischen Ordnung, Beseitigung des Bürokratismus und breite Entfaltung der Demokratie, Arbeiterselbstverwaltung in allen Fabriken, demokratische Wahl der örtlichen Arbeiterräte und ihre Anerkennung. Das kann Theater sein und die bürgerliche Presse verfehlt nicht, propagandistisches Kapital aus dem Mißklang zwischen den Worten Souveränität, Gleichberechtigung und der Niederschlagung des Aufstandes zu ziehen.

Uns aber scheint, daß es sowohl der Sowjetunion wie Kadar und den ungarischen Vertretern des eigenen Weges zum Sozialismus bitter ernst ist. Weder die Kräfte der Entstalinisierung in den kommunistischen Parteien noch die Sowjetunion haben jemals den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß die Demokratisierung nicht die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie bedeute. Vielmehr soll und wird die Entstalinisierung der neuen Gesellschaftsordnung dieser Staaten jene Mehrheit der Werktätigen gewinnen, die der Knüppel der Stalinbürokraten in die Arme der Gegner getrieben hat. Die Tragik des in Ungarn vergossenen Blutes ist es, daß der Aufstand losbrach, bevor diese einzig mögliche Lösung sich wie in Polen durchsetzen konnte. Dennoch floß das Blut nicht umsonst. War Posen eine ernste Mahnung, so ist Ungarn ein Ultimatum. Und wenn die harten Schädel im Moskauer Politbüro noch immer nicht begriffen haben sollten, was die Stunde schlägt, dann hat es ihnen **Volkschina** am 3. November unzweideutig unter die Nase gerieben in einer amtlichen Erklärung zur Sowjetnote vom 30. Oktober. Es heißt, da:

„Gewisse sozialistische Länder haben das Prinzip der Gleichheit der sozialistischen Nationen in ihren gegenseitigen Beziehungen vernachlässigt. Solch ein Fehler ist bürgerlichchauvinistischer Art und kann, besonders wenn er von einer Großmacht begangen wird, der Sache und der Solidarität der sozialistischen Länder von großem Schaden sein. Diese Fehler sind es, die gespannte

Situationen wie seinerzeit in Jugoslawien und jetzt in Polen und Ungarn hervorgerufen haben, die sonst nicht entstanden wären“.

9 Millionen Ungarn sind frevelhafterweise überhört worden, 600 Millionen Chinesen kann man nicht überhören. An der schwersten Niederlage des sozialistischen Lagers seit 1945 zerschellt jeder bürokratische Vorbehalt und jedes Auf-die-lange-Bank-Schieben der Entstalinisierung. Ohne beherzte Reformen im Sinne der Arbeiterselbstverwaltung, der innerparteilichen Demokratie, der wirtschaftlichen und politischen Gleichheit, der sozialistischen Nationen, der Diskussions- und Meinungsfreiheit auf dem Boden der neuen Gesellschaftsordnung ist keine Mehrheit der Werktätigen zu gewinnen. Ohne eine solche Mehrheit aber ruht die Staatsmacht auf tönernen Füßen und stößt

die Arbeiter des Westens ab, statt sie anzuziehen.

Die Verweigerung der inneren Selbständigkeit und die anmaßende sowjetische Bevormundung und Einmischung haben **die Entfaltung eines klaren sozialistischen Bewußtseins in den Massen verhindert** und durch den wildesten Haß gegen die Russen und ihre Werkzeuge verdrängt. Das stalinistische System der Heuchelei und Verlogenheit, der Doppelzüngigkeit und der frechen Lüge hat seinen Giftstachel nicht zuletzt darin hinterlassen, daß den aufständischen Massen jedes Gefühl für die Realität und für das bestehende Kräfteverhältnis verloren gegangen war. Unter der niederschmetternden Wucht der Erhebung war die Sowjetunion zu allen Konzessionen bereit, die sie bereits Polen gemacht hatte, wie ihre Erklärung vorn 30. Oktober beweist. Statt

diesen Kompromiß, der der einzige Ausweg war, anzunehmen, wurde bis zum Abfall Ungarns aus dem Ostblock und der Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie weitergekämpft. Die Aufständischen hielten die Macht der Sowjetunion für eben so großmäulig und innerlich hohl wie die ihrer Werkzeuge Rakosi und Gerö. Darin täuschten sie sich gründlich. Daß jedoch die Sowjetunion erkannt hat, daß die Ära der Büttelherrschaft mittels gefügiger Werkzeuge wie Rakosi und Gerö unwiderruflich vorbei ist, beweist das Programm und die Zusammensetzung der Kadar-Regierung. Zum Unterschied von Polen hat sich in Ungarn der eigene Weg zum Sozialismus in tragischster Weise durchgesetzt. Aber er hat sich durchgesetzt. Und das wird die weitere Entwicklung im Osten nachhaltig beeinflussen.

Eine historische Mahnung

„Das Land, um das es sich handelt, wird mit militärischer Gewalt erobert, ohne daß innere revolutionäre Erhebungen vorausgegangen wären. Die Rote Armee und die Sowjetbehörden kommen als Eroberer und als Herrscher. Die militärische Gewalt spielt die ausschlaggebende Rolle bei der Beherrschung wie bei der Eroberung des Landes. Die militärischen Kräfte von außen sind nicht Hilfskräfte der inneren revolutionären Kräfte des Landes, sondern umgekehrt Die inneren revolutionären Kräfte des Landes werden oder sollen werden Hilfskräfte der Eroberer. Der sozialistische Internationalismus als das kollektive Zusammenwirken freier und selbständiger Nationen kommt dabei unter die Räder. Eine fremde Macht herrscht auf dem nationalen Gebiet. Sie zerreißt nach ihren vermeintlichen oder wirklichen Bedürfnissen die nationale Einheit. Die Entmachtung der alten herrschenden Klassen wird von oben und außen durch die erobernde Macht durchgeführt. Die Etappen und das Tempo der Durchführung werden bestimmt nicht durch die inneren Klassenkräfte des Landes unter Berücksichtigung der internationalen Kräfteverhältnisse, sondern ausschließlich durch das internationale Kräfteverhältnis des erobernden sozialistischen Staates.

Die eigene Aktion der werktätigen Klassen des Landes wird unterbunden;

wenn sie dennoch auftaucht, als lästige Störung niedergeschlagen. Dementsprechend werden auch keine selbständigen Organisationen der werktätigen Klassen im Lande geduldet. Sie werden nur zugelassen als von den Eroberern abhängige Organisationen, von ihnen gelenkt und kontrolliert...

Und schließlich: Die „Sozialisierung“ wird vorgenommen nicht entsprechend den Klassenbedingungen und -bedürfnissen des eroberten Landes, sondern nach dem Sowjetmodell und nach den Bedürfnissen der Sowjetwirtschaft.

Diese Maßregeln sind in der Wirkung revolutionär, insofern sie die bisher herrschenden Klassen entmachten, die bisher herrschende Wirtschaftsform aufheben; aber die Methode, mit der sie durchgeführt werden, ist nicht die Methode der Revolution, sondern die der Eroberung.

Die bisher unterdrückten Klassen des Landes erobern nicht die Macht, sie werden in die Macht eingesetzt, sie bleiben von der erobernden Macht abhängig, ihre Funktionäre werden von ihr eingesetzt und abgesetzt, gelenkt und überwacht. Ihr Handeln wird nicht durch eigene Bedürfnisse und Zwecke bestimmt, sondern durch fremde...

Die Stalinsche Methode der sozialistischen Ausdehnung schädigt und gefährdet nicht nur die sozialistische

Ausdehnung, sondern auch den Bestand des Sowjetstaates selbst. Sie ruft in den werktätigen Klassen der Länder, die diesen Methoden unterworfen sind, das mit Füßen getretene nationale Selbstgefühl wie die Gewohnheiten der proletarischen Demokratie gegen sich auf. Sie arbeitet so den inneren und äußeren konterrevolutionären Kräften in die Hände. Sie sät den Wind der konterrevolutionären Intervention, des konterrevolutionären Krieges gegen sich selbst, und, wenn nicht rechtzeitig eine Änderung dieser Methode erfolgt, so wird sie den Sturm des dritten Weltkrieges auf ihr eigenes Haupt herabbeschwören, und zwar unter den für sie und den internationalen Sozialismus ungünstigsten Bedingungen.

Aus dieser Lage sind nur zwei Auswege denkbar: der erste, die rascheste Entwicklung der selbständigen Aktion und der Verteidigungsfähigkeit der arbeitenden Klassen in dem eroberten Lande und dann – Räumung. Der zweite umgekehrte: der Versuch, die Fremdherrschaft im Lande immer mehr auszubauen und dauernd zu machen, mit allem was dazu gehört. Dieser zweite Weg könnte nur enden mit einer Katastrophe für das eroberte Land und einer tiefgehenden und lange anhaltenden Schwächung des Sozialismus und Kommunismus.“

August Thalheimer, „Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg“, geschrieben 1946

Nachdruck aus Freitag

Das große Experiment

Humanitäre Katastrophe im Gaza-Streifen – Wann werden die Palästinenser auf die Knie fallen und um Gnade bitten?

Ist es möglich, ein ganzes Volk dahin zu bringen, sich einer fremden Besatzung zu unterwerfen, indem man es aushungert? Die Regierungen Israels und der Vereinigten Staaten sind derzeit – im Schulterschluss mit Europa – an einem streng wissenschaftlichen Experiment beteiligt, um eine definitive Antwort zu erhalten. Das Laboratorium, in dem der Versuch stattfindet, ist der Gaza-Streifen – die Versuchstiere sind 1,3 Millionen Palästinenser.

Um das Experiment nach den nötigen Standards durchzuführen, war es zunächst nötig, das Laboratorium vorzubereiten. Das geschah wie folgt: Zunächst holte Ariel Sharon die israelischen Siedler, die dort feststeckten, heraus. Man kann ein sauberes Experiment doch nicht durchführen, wenn rund um das Laboratorium die gehätschelten Kinder herumlaufen. Dies wurde mit „Entschlossenheit und Sensibilität“ getan, Tränen liefen wie Wasser, die Soldaten küssten und umarmten die vertriebenen Siedler. Wieder einmal wurde gezeigt, dass die israelische Armee die allerbeste der Welt ist.

Danach konnte die nächste Phase beginnen: Alle Ein- und Ausgänge des Laboratoriums wurden hermetisch abgeriegelt, um störende Einflüsse von draußen zu vermeiden. Die israelische Regierung verhinderte den Bau eines Hafens in Gaza, der internationale Flughafen, der mit den Oslo-Verträgen entstand, wurde bombardiert und stillgelegt – der gesamte Gaza-Streifen von hoch effizienten Grenzanlagen eingezäunt. Es blieb eine einzige Verbindung mit der Außenwelt: der Grenzübergang Rafah nach Ägypten. Der konnte nicht ganz gesperrt werden, sonst wäre die Regierung in Kairo als Kollaborateur Israels erschienen. Also wurde eine raffinierte Lösung gefunden: Israels Armee verließ den Übergang und übergab ihn einem internationalen Überwachungsteam.

Dessen Mitglieder, darunter Deutsche, waren voll guter Absich-

ten, in der Praxis aber völlig von den Israelis abhängig, die den Übergang aus einem nahen Kontrollraum überwachten. Auch lebten diese Inspektoren in einem israelischen Kibbuz und konnten den Übergang nur mit israelischem Einverständnis erreichen. Auf diese Weise war alles für das Experiment vorbereitet.

Wie die Luft zum Atmen

Das Signal, damit zu beginnen, gab es nach den Wahlen der Palästinenser im Januar, die unter anderem der frühere Präsident Carter beaufsichtigt und als frei und fair bewertet hatte. George Bush war angetan: Seine Vision, die Demokratie in den Nahen Osten zu bringen, schien sich zu erfüllen.

Als jedoch das Ergebnis vorlag, wusste man, die Palästinenser hatten versagt. Statt die „guten Araber“ zu wählen, die in den USA angebetet werden, wählten sie die „bösen Araber“, die Allah anbeten. Bush war beleidigt, die israelische Regierung begeistert: Nach dem Hamas-Sieg waren nämlich Amerikaner und Europäer bereit, an dem Experiment teilzunehmen, und sperrten umgehend alle Hilfsgelder an die Autonomiebehörde, die ja nun von „Terroristen kontrolliert“ wurde. Zugleich blockierte auch die israelische Regierung jeglichen Geldfluss.

Um das einzuordnen, muss man wissen: Gemäß dem „Paris-Protokoll“ (dem wirtschaftlichen Anhang des Oslo-Abkommens) ist die palästinensische Ökonomie ein Teil des israelischen Zoll- und Steuersystems. Das heißt, Israel kassiert sämtliche Zölle für Waren nach Palästina, die durch sein Gebiet laufen. Nachdem dabei eine beträchtliche Summe als Kommission abgezogen worden ist, wird das verbleibende Geld an die Palästinenser überwiesen, die darauf angewiesen sind wie auf die Luft zum Atmen.

Auch dies bedarf einer Erklärung: Nach dem Sechs-Tage-Krieg

von 1967 wurden der Gaza-Streifen und die Westbank als besetzte Gebiete zum monopolistisch beherrschten Absatzmarkt für Israels Industrie. Palästinensische Arbeiter waren zudem gezwungen, in Israel für Hungerlöhne zu arbeiten. Von diesen Einkünften wiederum zog der israelische Staat (wie bei seinen eigenen Arbeitern üblich) alle Sozialabgaben ab, ohne dass die Palästinenser im Bedarfsfall je in den Genuss von Sozialhilfegeldern gekommen wären. Auf diese Weise wurden die ausgebeuteten Arbeiter um Dutzende Milliarden Dollar erleichtert, die in einem Fass ohne Boden – dem israelischen Staatshaushalt – verschwanden.

Als im Jahr 2000 die Intifada ausbrach, entdeckten die israelischen Unternehmer, dass man auch ohne palästinensische Arbeitskräfte auskommen konnte und es profitabler war, Aushilfen aus Thailand, Rumänien und anderen armen Ländern zu holen. Die Palästinenser wurden arbeitslos.

Das war die Lage zu Beginn des Testprogramms: die palästinensische Infrastruktur zerstört, praktisch ohne Produktionsmittel, keine Arbeit für die Arbeiter. Alles in allem ein idealer Ausgangspunkt für das große „Experiment Hunger“.

Die Ausführung begann – wie erwähnt – mit der Sperrung der Zahlungen. Der bewusste Grenzübergang zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten wurde faktisch geschlossen, nur zuweilen für ein paar Stunden geöffnet – um den Schein zu wahren, damit die Kranken oder Sterbenden nach Hause kamen oder ein ägyptisches Hospital erreichen konnten.

Die Passagen zwischen dem Gaza-Streifen und Israel wurden „aus dringenden Sicherheitsgründen“ geschlossen. Stets im richtigen Augenblick kam „die Warnung eines bevorstehenden Terroranschlags“. Palästinensische Produkte verfaulten am Übergang. Medikamente und Nahrungsmittel gelangten nicht hinein, manchmal für kurze Zeit, um den

Schein zu wahren – wenn eine wichtige Persönlichkeit aus dem Ausland ihre Stimme erhob und protestierte. Dann kam eine neue „dringende Sicherheitswarnung“ – und alles blieb wie gehabt.

Um das Bild abzurunden, bombardierte die israelische Luftwaffe das einzige Elektrizitätswerk in Gaza, so dass es nur noch stundenweise Strom und Wasser gab (da die Wasserpumpen Strom brauchen). Selbst an den heißesten Tagen mit Temperaturen von über 30 Grad im Schatten blieben Gefriergeräte, Ventilatoren, Geschäfte und Ambulanzen ohne Strom.

Welche Botschaft wurde mit allem aus Israel den USA und Europa übermittelt? Ihr geratet an den Rand des Hungers und sogar darüber hinaus, wenn ihr euch nicht ergebt. Ihr müsst die Hamas-Regierung davonjagen und Kandidaten wählen, die von Israel und den USA anerkannt werden. Und – was noch wichtiger ist – ihr müsst euch mit einem palästinensischen Staat zufrieden geben, der aus verschiedenen Enklaven besteht, die wiederum alle von der Gnade Israels abhängig sind.

Der Krieg, den die Armee beherrscht

Im Moment beschäftigt die Ausführenden des Experimentes eine komplizierte Frage: Wie halten die Palästinenser trotz allem durch? Nach sämtlichen Hypothesen hätten sie längst aufgeben müssen, und es gibt in dieser Hinsicht „ermutigende Zeichen“. Eine Atmosphäre der Frustration und Verzweiflung sorgt für Spannungen zwischen Hamas und Fatah, es gibt Zusammenstöße, Menschen werden getötet und verletzt, aber jedes Mal – kurz vor dem Bürgerkrieg – tritt wieder Ruhe ein. Und anders als erwartet, hält sich auch der Widerstand gegen die Besatzung. Nicht einmal der gefangene israelische Soldat wurde entlassen.

Eine Erklärung dafür liegt in der Struktur der palästinensischen Gesellschaft. Solange in der Hamula – der Großfamilie – auch nur einer arbeitet, verhungert keiner, selbst wenn es eine weit verbreitete Unterernährung gibt. Jeder, der irgendein Einkommen hat, teilt es mit seinen Brüdern und Schwestern, Eltern, Großeltern, Cousins und Kindern.

Ein einfaches System, aber unter solchen Umständen sehr wirksam. Es scheint, als hätten die Planer des Experimentes damit nicht gerechnet.

Um den Prozess dennoch zu beschleunigen, wird noch einmal die ganze Wucht der israelischen Armee eingesetzt. Monate lang war sie mit dem zweiten Libanon-Krieg befasst, als deutlich wurde, dass eine Armee, die während der vergangenen Jahrzehnte vorzugsweise als Kolonialpolizei beschäftigt war, nicht funktioniert, wenn sie plötzlich auf einen trainierten und bewaffneten Gegner trifft, der zurückschlagen kann. Der Feldzug endete unter diesen Umständen nicht wie erwartet.

Jetzt kehrt die Armee zu dem Krieg zurück, den sie beherrscht. Die Luftwaffe, deren Helikopter sich fürchteten, im Libanon Verletzte herauszuholen, kann nun wieder nach Lust und Laune Raketen auf die Häuser „gesuchter Personen“ und deren Familien abfeuern. Wurden im Sommer „nur“ 100 Palästinenser pro Monat getötet, sind wir jetzt Zeugen eines dramatischen Anstiegs dieser Zahl.

Wie kann nur eine ausgehungerte Bevölkerung durchhalten, der die

Medikamente und das medizinische Gerät für ihre einfachen Krankenhäuser fehlen und die Angriffen vom Land, vom Meer und aus der Luft ausgesetzt ist? Wann wird sie auf die Knie fallen und um Gnade bitten? Oder wird sie eine übermenschliche Kraft finden und die Prüfung bestehen?

Alle, die an diesem Experiment teilnehmen – Ehud Olmert, Condoleezza Rice und Angela Merkel, Amir Peretz und George Bush, vom Friedensnobelpreisträger Shimon Peres ganz zu schweigen – sind über Mikroskope gebeugt und warten auf eine Antwort, die zweifellos ein wichtiger Beitrag für die politischen Wissenschaften sein wird. Ich hoffe, das Nobelpreis-Komitee wird dies bei der Preisvergabe 2007 gebührend würdigen.

Uri Avnery

Freitag

Verlag und Redaktion: Zeitungsverlag

»Freitag« GmbH,

Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin

AVZ GmbH, AboService Freitag,

Storkower Str. 127 A, 10407 Berlin.

Fax: 030 428040-42

aboservice@avz-berlin.de

Fritz Lamm (1911-1977) ein lebenslanger Außenseiter: Jude – Linkssozialist – Emigrant – Homosexueller



Eine politische Biographie von Michael Benz. (Giengen/Brenz), vorgelegt als Promotionsarbeit bei der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Stuttgart 2006

Bislang existierte keine zusammenhängende wissenschaftliche Gesamtdarstellung von Fritz Lamms Leben. Zahlreiche Nachrufe, verstreute Artikel, biographische Notizen und nur wenige gedruckte Veröffentlichungen standen zur Verfügung. Lediglich in einer Broschüre seines Freundes Heinrich Schwing [1], über die Exiljahre in Kuba [2], in dem Textband Marvin Chladas [3] und in einem Interview über seinen Lebensweg auf Schallplatte [4] stehen

Lebensdaten zur Verfügung. Michael Benz stellt hier nun ein umfangreiches Werk vor, wobei schon allein der Fleiß beim Quellenstudium und bei der Materialbeschaffung beachtenswert ist. Das Quellenmaterial war in zahlreichen Archiven zerstreut, häufig war er nur auf so genannte Archivsplitter angewiesen. Um Lamms Lebensweg nachzuzeichnen bereiste der Autor Stettin im heutigen Polen, die Stationen von Lamms Flucht in der Schweiz, Österreich, Tschechien, Frankreich und Kuba, besuchte zahlreiche Archive und Privatadressen in der Bundesrepublik, führte mündliche Befragungen durch und wertete sogar das Archiv des Kibbuz Hasorea in Israel aus. Wichtige Quelle für Leben und Ansichten Lamms waren sein umfangreicher Briefwechsel, der ausgiebig zitiert und belegt wird. Ein verloren geglaubtes, fast hundertsei-

tiges Tagebuch, verfasst 1936 in der Zeit der Flucht von Österreich in die Tschechoslowakei konnte vom Verfasser aufgefunden und ausgewertet werden. Als Quelle gab es auch nur wenige ausformulierte Redemanuskripte von Lamms umfangreicher Vortragstätigkeit. Lamm verwendete häufig Stichwortzettel und improvisierte seine Reden. Die Zusammenstellung des Quellen- und Literaturverzeichnisses und der Bibliographie Lamms ist ein umfangreicher wissenschaftlicher Apparat von fast 50 Seiten und wurde bisher in diesem Umfang noch nie geleistet.

Trotz dem hohen wissenschaftlichen Anspruch der Biographie ist es Michael Benz gelungen, eine interessante, spannende und lehrreiche Vita nach zu zeichnen. Fakten- und detailreich werden die sozialen und politischen Bewegungen dargestellt, von der Spätphase der Weimarer Republik, des Faschismus an der Macht, des Widerstands, der Emigranten und Emigrationsländer, der Bewegungen der deutschen Nachkriegszeit, bis hin zur außerparlamentarischen Opposition, sozialen Bewegungen und der undogmatischen Linken bis in die 1970er Jahre. Ein Kaleidoskop der linken Parteien und Gruppen, Jugendbewegten, Naturfreunden, Freidenkern, Gewerkschaftern, Persönlichkeiten, Literaten, Friedens- und Studentenbewegten tut sich dem Leser auf. In allen diesen Bewegungen wirkte Lamm originell und engagiert. Der undogmatischen Linken der 1968er Generation war er gar ein wenig Lehrmeister und Vorbild.

Lamm, ein Mann von hoher Bildung, war kämpferisch und sensibel zugleich, ein Atheist jüdischer Abstammung, ein begabter Redner und passionierter Briefeschreiber, ein Intellektueller ohne akademische Ausbildung, „persönlich geprägt von einem schwierigen, zeitweise atemberaubenden Lebenslauf.“ Die Zeitläufe verhinderten, dass er in den Genuss einer universitären Bildung bzw. überhaupt eine Berufsausbildung erfolgreich beenden konnte. Trotzdem kann er mit gutem Recht als Arbeiter-Intellektueller bezeichnet werden ... (Manuskript S. 11)

„Auf Grund seiner jüdischen Herkunft, seines Lebenswegs als Dissident sowie als Homosexueller stellte Lamm eine ungewöhnliche Erscheinung in der deutschen Arbeiterbewegung dar. Der

Schlüssel zum Verständnis seiner Persönlichkeit liegt in der Wahl seiner Pseudonyme Rudolf Ketzler und Thomas Müntzer. ... lehnte Lamm jeglichen Dogmatismus ab und übte im politischen wie auch im täglichen Umgang mit seinen Mitmenschen Toleranz. ... Als einer der letzten innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung verkörperte Lamm den luxemburgisch-antistalinistischen Traditionsstrang.“ (Manuskript S. 518)

Ein eigenes Kapitel ist dem Wirken Lamms als Referent bei den Freidenkern gewidmet (Manuskript S. 483 ff). Schon seine Abwendung vom jüdischen Glauben als Jugendlicher war parallel entstanden zu seiner politischen Radikalisierung und zu seinem Bekenntnis zu einer marxistischen Weltanschauung und seine Organisation in der Freidenkerjugend. Lamm 1957: *„Religion liegt mir nicht ... Die Kenntnis des experimentell Erwiesenen und wissenschaftlich Nachweisbaren, des real Vorhandenen halte ich für gut und nützlich, auch um weltanschauliche Vorstellungen zu entwickeln und daraus politische Schlüsse zu folgern. Ins Gebiet der Irrationalen folge ich nicht.“* Auch wenn Lamm zuweilen aus dem Talmud zitierte und gelegentlich von seiner „jüdischen Nase“ sprach, war sein Verhältnis zum Judentum nicht ambivalent. *„Zum Judentum habe ich kein Verhältnis. Nationalismus und Religion sind mir allgemein verdächtig, auch wenn es sich um die jüdische handelt. ... Es genügt mir, ein ungläubiger Weltbürger-Mensch zu sein.“*

In Stuttgart erneuerte Lamm seine Mitgliedschaft in der, von Susanne Leonhard in Stuttgart geleiteten, Ortsgruppe des Deutschen Freidenker-Verbandes (DFV). Kritisch stellte Lamm schon damals fest, dass der Verband *„reichlich antiquiert“* sei. Susanne Leonhard jedoch beeindruckte ihn sehr, da sie ebenfalls einen antistalinistischen Hintergrund hatte. Die Kampfgefährtin Rosa Luxemburgs (S. L.: *Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges 1920*) musste im sowjetischen Exil unschuldig Verfolgungen und langjährige Lagerhaft erleiden (S. L.: *Gestohlenes Leben 1956*). Lamm übernahm bei den Freidenkern keine Verbandfunktionen, entwickelte allerdings eine fruchtbare und rege Referententätigkeit (Der Entwicklungsgedanke in Natur und Gesell-

schaft 1963, Religion und Weltanschauung 1964, Kulturpolitische und geistige Lage in der Bundesrepublik 1968, Zur Problematik von Politik und Kultur in Ost und West, Hauptreferat der Bundeskonferenz des DFV 1./2. 10. 1966 in Essen. In bester Traditionslinie eines Jakob Stern betonte er: *„Ohne das notwendige Element der Kritik ist jegliches Denken nur frei innerhalb bestimmter, offiziell zugelassener Grenzen.“* (F. L.: *Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen. in: Der Freidenker, Jg. 25, H. 12 1966, S. 150*). Lamm appellierte an die Delegierten, nicht zu vergessen, dass der DFV nicht nur eine Organisation sei, die sich mit der Frage beschäftigt, *„ob Jesus Christus lebte oder nicht und ob der liebe Gott ein netter oder böser Mensch sei“*, sondern eben auch ein Verband, *„der sich mit dem aktuellen und konkreten Kulturkampf ... , mit Fragen der Kunst, mit den Fragen der sonstigen gesellschaftlichen Entwicklung, z. B. den Sexualfragen“* beschäftigen müsste (Ebd. S. S155).

Heiner Jestrabek

Als Ergänzung zur vorliegenden Biographie sei der Textband empfohlen: *Marvin Chlada (Hrsg.): Fritz Lamm. Christus als Standuhr. Ausgewählte religions- und gesellschaftskritische Texte. Reihe Klassiker der Religionskritik Band 5. alibri, Aschaffenburg 1998.*

Die über 500-seitige politische Lamm-Biographie von Michael Benz erscheint im März 2007. Bestellung ist möglich über: Die AnStifter Peter Grohmann, Olgastraße 1 A D-70182 Stuttgart, 0711 - 2 48 56 77, Fax - 2 48 56 79, peter-grohmann@die-anstifter.de GLS Bochum 801 296 4700, BLZ 430 609 67, www.die-anstifter.de

[1] Heinrich Schwing (Hrsg.): *Fritz Lamm. Materialien I, Veröffentlichung der Studiengruppe zur Geschichte der Arbeiterbewegung Stuttgart 1979*

[2] Detlev Brunner: *Fritz Lamm – Exil in Kuba. In Grebing/Wickert (Hrsg.): Das „andere“ Deutschland im Widerstand. Essen 1994*

[3] Marvin Chlada (Hrsg.): *Fritz Lamm. Christus als Standuhr. Ausgewählte religions- und gesellschaftskritische Texte. Reihe Klassiker der Religionskritik Band 5. alibri, Aschaffenburg 1998.*

[4] *Fritz Lamm: Gespräche, Briefe, Gedichte. Hrsg. Heinrich Schwing, Studiengruppe ... Stuttgart 1978*

Wer war Fritz Lamm?

Geburt in Stettin am 30. Juni 1911, als Sohn von Emma und Magnus Lamm, jüdische „Kaufleute in der Herrenkonfektionsbranche“. 1917-1929 Bismarck-Oberrealschule in Stettin. Entlassung mit „Prima-Reife“. 1927-1929 war er aktiv im deutsch-jüdischen Wanderbund Kameraden. Ab 1929 Arbeit im väterlichen Geschäft. 1929/30, nach Auflösung des väterlichen Geschäftes, Volontär beim sozialdemokratischen Volks-Bote in Stettin.

Seit 1930 war er Mitglied in der SPD, der SAJ, der Gewerkschaft und bei den Naturfreunden, „kommend aus der deutsch-jüdisch-bürgerlichen Jugendbewegung über Pazifismus und Frömmigkeit zum Marxismus“. 14. August 1931 Ausschluss aus der SPD „wegen Parteischädigendem Verhalten“, „Radikalisierung der Jugend anhand von Schriften von Marx und Engels“ und wegen Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG). Abbruch des Volontariats, bzw. wurde gekündigt aus politischen Gründen. Vorangegangen waren heftige politische Diskussionen zwischen rechter SPD-Führung und linken Sozialisten und Pazifisten in der Partei. Die Parteiführung beantwortete dies mit einer Ausschlusswelle gegenüber Kritikern (Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, Heinrich Ströbel, Paul Levi, ein großer Teil der Parteilinken wurde herausgedrängt und ausgeschlossen). Auch Lamm trat in Stettin in einer Versammlung in direkte Konfrontation mit Ollenhauer, dem späteren SPD-Vorsitzenden und Vater des Godesberger Programms von 1959.

Im August Austritt aus der jüdischen Gemeinde, nachdem er in seinen Jugendjahren aktiv in der jüdischen Jugendbewegung war und dort eine politische Radikalisierung erfahren hatte. Hierzu Lamm 1930: „Das Judentum ist tot. Die Orthodoxie ist einfach eine unbedeutende Angelegenheit geworden.“ Auch lehnte er den Zionismus, als weltanschauliche und politische Alternative, ab. Eintritt in die Freidenkerjugend.

Im Oktober war er Gründungsmitglied in der linken SPD-Abspaltung Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) und Mitglied in deren Ortsvorstand Stettin, Vorsitzender der Stettiner Jugendorganisation Sozialistischer Jugendverband (SJV) und Be-

zirksleiter in Pommern. Gewerkschaftlich organisierte er sich im links orientierten Zentralverband der Angestellten. Er versuchte sich als Buchhändler und Leihbibliothekar. Belegte einen russischen Sprachkurs und legte ein Dolmetscherexamen ab. Tätigkeit für die Büchergilde Gutenberg.

1933, nach dem Reichstagsbrand (27. 2. 1933) fünf Tage „Schutzhaft“. Erneute Verhaftung am 3. Mai 1933. Am 2. Januar 1934 Verurteilung vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ (Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften) zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis. 1934/35 Haft im Strafgefängnis Naugard in Pommern. Ende Oktober 1935 aus der Haft entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt. Illegale antifaschistische Tätigkeit. Ab dem 14. Januar 1936 Flucht, zunächst nach Stuttgart und in die Schweiz. Verhaftet von den Schweizer Behörden, nach Österreich abgeschoben, nach sechs Wochen weitere Flucht in die Tschechoslowakei (1936-1938). Dort politische Tätigkeit in der SAP. Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Statist am Theater. Arbeit für die Schweizer Büchergilde. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen, im August 1938 Ankunft in Paris. Arbeit bei der SAP mit Sternberg und Walcher. Am 1. September 1939 Verhaftung. Sechs Wochen im Pariser Zentralgefängnis, dann Internierung im Lager Vernet d'Aridge in den Pyrenäen als „feindlicher Ausländer“. Im Oktober 1940 misslungener Fluchtversuch. Gefängnisse von Port de Buc und Aix en Provence. Januar 1941 zurück in Vernet. Erneuter Fluchtversuch im Dezember 1941, bei einer Gesundheitsuntersuchung nördlich von Toulouse, mit Hilfe einer SAP-Genossin. Drei Monate illegal in Marseille. Von amerikanischen Genossen bekam er ein Visum für Kuba. März 1942, mit gefälschten Ausreisepapieren, Flucht auf einem Schiff über Casablanca nach Havanna, Kuba. Das erste halbe Jahr Aufenthalt im Internierungslager Tiscornia bei Havanna. 1942-1948 Tätigkeit als Teildiamantenschleifer. Sekretär der Gewerkschaft der ausländischen Diamantenschleifer. Korrespondent und Buchhalter in einem Importgeschäft von Schweizer Uhren. Enger Kontakt zu den oppositionellen Kommunisten Thalheimer und Brandler. Thalheimer

verstarb 1948 und Lamm sollte seinen Nachruf halten.

Ab Kriegsende 1945 erfolglose Versuche, nach Deutschland zurückzukehren. Am 31. Oktober 1948 Rückkehr nach Deutschland, lässt sich in Stuttgart nieder. Ab 15. November 1948 Leiter des Redaktionssekretariats der Stuttgarter Zeitung. Wiedereintritt in die SPD, die Gewerkschaft und die Naturfreunde. Im Juni 1949 erscheint der erste Thomas Münzer-Brief, fünf weitere folgen bis zum April 1950, als Vorläufer der Zeitschrift Funken. Aussprachehefte für sozialistische Politik (die erste Nummer Juni 1950, mit dem Untertitel: Aussprachehefte radikaler Sozialisten). Hauptautor der Funken in allen Jahrgängen war Fritz Lamm. Am 28. Januar 1951 Kandidatur zur Gemeinderatswahl für die SPD, wird aber nicht gewählt. Im Dezember 1952, nach dem Zeitungsstreik bei der Stuttgarter Zeitung, Versetzung zur Vertriebsabteilung mit der Begründung; Redaktionssekretär „sei ein Vertrauensposten und jemand, der mehr zur Gewerkschaft hält als zur Firma, der könne keinen Vertrauensposten haben.“ Mit kurzer Unterbrechung im Betriebsrat der Stuttgarter Zeitung. 1953/54 Vorsitzender des Betriebsrats bis 1974. 1950-1960 Tätigkeit bei der Gewerkschaft Druck und Papier, bei den Naturfreunden, im Ortsvorstand der SPD, seit 1954 im Deutschen Freidenker-Verband. Unermüdlische politische Vortragstätigkeit für viele Organisationen, Jugendgruppen, Volkshochschulen. Bildungsleiter und Mitglied der Landesleitung der württembergischen Naturfreunde und Bildungsreferent beim Bundesverband. Zusammenarbeit mit Gruppen des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund). 1959 Ende der Zeitschrift Funken nach 10 Jahrgängen. 1961 Mitbegründer der Fördergesellschaft des SDS, nach dem Ausschluss des SDS aus der SPD, zusammen mit Abendroth, Flechthelm und Heydorn. 1963 erneuter Ausschluss Lamms aus der SPD, wegen seiner Zugehörigkeit zur Fördergesellschaft und einer Rede zum 1. Mai 1961 in Berlin. 1964 zweiter Vorsitzender im Ortsvorstand der IG-Druck und Papier. Rege Zusammenarbeit mit dem SDS. 1960-1977 rastlose politische Tätigkeit, v. a. in Vorträgen und Publikationen der Neuen Linken, der Gewerkschaft, den Freidenkern und bei den Naturfreunden. Mitarbeit im Sozialistischen Büro, Offenbach. 1974 Pensionierung. 15. März 1977 Tot durch Herzschlag.

Heiner Jestrabek

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
 € 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

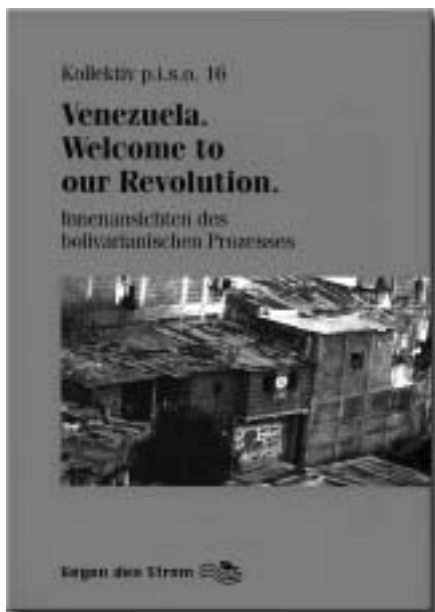
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
 € 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bisher) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München
 gds-verlag@gmx.de

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



624 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg